

Genehmigt: 20.11.2026

Protokoll 17

Stadtratssitzung

Donnerstag, 16.10.2025, 17.05 Uhr und 20.30 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll mit Audio beachten Sie unser [Audioprotokoll](#) auf der Website.

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17:05 bis 18:50 Uhr	3
2024.SR.0254	4
1 Begrüssung und Mitteilungen	
Diskussion zu einem aktuellen Ereignis.....	9
2025.SR.0303	25
2 Büro Stadtrat: Ersatzwahl Mitglied	26
2025.SR.0282	26
3 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahl Mit- glied	
2025.SR.0283	26
4 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahl stell- vertretendes Mitglied	
2025.SR.0284	27
5 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahl stell- vertretendes Mitglied	
2025.SR.0261	27
6 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Ersatzwahl Mitglied	
2025.SR.0286	27
7 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Ersatzwahl stellver- tretendes Mitglied	
2025.SR.0285	28
8 Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl Mitglied	
2025.SR.0301	28
9 Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl stellvertretendes Mitglied	
2025.SR.0259	29
10 Protokoll Stadtrat 13 vom 21.08.2025; Genehmigung	
2025.SR.0260	29
11 Protokoll Stadtrat 14 vom 28.08.2025; Genehmigung	
Schluss der Sitzung: 18.47 Uhr	29
Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:30 Uhr	30
2017.PRD.000097	31
12 Sanierung Freibad Lorraine; Projektierungskrediterhöhung und Bau- kredit (Abstimmungsbotschaft)	

2025.PRD.0026	43
13 Volksschule Sulgenbach: Gesamtsanierung und Erweiterung; Projektierungskredit	
2025.SR.0027	54
14 Motion: Für eine echte Amtszeitbeschränkung für Stadtratsmitglieder: Nach 3 vollen Legislaturen ist Schluss!; Annahme	
2025.SR.0056	62
15 Postulat: Fraktion SVP (Glauser, Jaisli, Feuz): Prüfung der Aufhebung der Amtsdauerbeschränkung für Mitglieder des Stadtrates und des Gemeinderates: Änderung der Gemeindeordnung der Stadt Bern; Ablehnung	
Verschoben und eingereicht.....	63
Schluss der Sitzung: 22.29 Uhr.....	65

Anwesenheit in der Sitzung von 17:05 bis 18:50 Uhr

Stadtrat anwesend

Tom Berger, Präsident

Valentina Achermann
Janina Aeberhard
Nadine Aebischer
Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Lena Allenspach
Emanuel Amrein
Natalie Bertsch
Gourab Bhowal
Lea Bill
Laura Binz
Gabriela Blatter
David Böhner
Laura Brechbühler
Jacqueline Brügger
Michael Burkard
Carola Christen
Francesca Chukwunyere
Laura Curau
Andreas Egli
Nik Eugster
Alexander Feuz
Jelena Filipovic
Dominik Fitze

Seraina Flury
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser
Helin Genis
Thomas Glauser
Bernadette Häfliger
Bernhard Hess
Dominique Hodel
Thomas Hofstetter
Stephan Ischi
Monique Iseli
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Raffael Joggi
Nora Joos
Barbara Keller
Fuat Köçer
Mirjam Läderach
Anna Leissing
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Nicolas Lutz

Salome Mathys
Esther Meier
Matteo Micieli
Szabolcs Mihályi
Tanja Miljanovic
Dominic Nellen
Roger Nyffenegger
Shasime Osmani
Chantal Perriard
Ronja Rennenkampff
Simone Richner
Mirjam Roder
Michael Ruefer
Judith Schenk
Lukas Schnyder
Tobias Sennhauser
Chandru Somasundaram
Ursula Stöckli
Irina Straubhaar
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann
Karel Ziehli

Stadtrat entschuldigt

Mirjam Arn
Oliver Berger
Georg Häsler

Ingrid Kissling-Näf
Nora Krummen

Cemal Özçelik
Michelle Steinemann

2024.SR.0254

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsident: Es ist so, dass wir im Moment mit unserer elektronischen Anlage noch Probleme haben. Wir haben nun entschieden, dass ich mit der Sitzung starte. Es ist an der heutigen Sitzung so, dass wir einige Zeit benötigen für die Mitteilungen zu Beginn. Wir schauen dann einfach weiter, sobald die Anlage da ist. Wir würden sie eigentlich bei den ersten Abstimmungen benötigen. Aber ich hoffe, dass spätestens für die allfällige Debatte aus aktuellem Ereignis die Anlage funktioniert.

Ich begrüsse euch also etwas verspätet zur heutigen Sitzung. Ich gebe euch die Entschuldigungen bekannt. Für beide Sitzungen abgemeldet ist Cemal Özçelik von der SP. Für die erste Sitzung abgemeldet hat sich Oliver Berger von der FDP. Und auf die zweite Sitzung hin verlassen wird uns Raffael Joggi von der AL. Wir haben heute die Situation, dass ich euch zwei Rücktritte aus dem Parlament bekanntgeben muss. Und bevor wir zu diesem Punkt kommen, haben wir noch etwas anderes, sorry. Ganz zu Beginn der heutigen Sitzung erinnern wir uns an Joy Matter. Joy Matter ist am 8. Oktober, einen Tag nach ihrem 90. Geburtstag, verstorben. Mit ihr verliert Bern eine prägende Persönlichkeit des politischen und des gesellschaftlichen Lebens. Joy Matter war Mitglied der Bewegung Junges Bern und später der Grünen Freien Liste. Von 1978 bis 1988 sass sie im Grossen Rat des Kantons Bern, danach gehörte sie dem Berner Gemeinderat an und leitete bis 1996 die Schuldirektion. Zudem präsidierte sie die Ausländerkommission der Stadt Bern und später die Stiftung Gertrud Kurz, die sich für Integration und Chancengleichheit einsetzt. Joy Matter hat sich unermüdlich für die Gleichstellung eingesetzt, für Frauen, aber auch für alle am Rande der Gesellschaft. Sie verband politische Überzeugung mit menschlicher Wärme. Sie suchte nicht die Konfrontation, sondern die Verständigung. Mit ihrem Engagement hat Joy Matter die Stadt Bern offener, gerechter und menschlicher gemacht. Ihr Wirken bleibt uns Vorbild und Verpflichtung. Ich bitte euch, für einen Moment des Gedenkens aufzustehen.

Die Stadtratsmitglieder erheben sich für eine Schweigeminute.

Merci. Wir kommen jetzt zu den beiden Rücktritten, die ich vorhin schon vermelden wollte. Wir machen es wie immer: Ich lese euch die Rücktrittsschreiben der beiden zurücktretenden Mitglieder in der Reihenfolge vor, wie sie bei uns eingegangen sind.

"Liebe Kolleginnen, liebe Gemeinderatsmitglieder, liebe Mitarbeitende des Parlamentsdienstes, liebe Gäste auf der Tribüne, heute ist meine letzte Stadtratssitzung nach sechs Jahren. Meine erste Sitzung war jene, als in Ostermundigen beim Stimmenzählen alles schief ging und sich an Italien erinnernde, tumultartige Szenen im Sternensaal abspielten. Mit dem Blick einer Fellini-Filme gewohnten Zuschauerin amüsierte ich mich köstlich und dachte bei mir: Das habe ich mir gar nicht so vorgestellt. Das kann ja heiter werden. Seither habe ich mich bemüht, habe mir wirklich Mühe gegeben, etwas zu bewegen, und komme heute zum ernüchternden Schluss: Das ist mir nicht gelungen. Woran das liegt und lag – an meinen Anliegen, meiner in diesem Parlament schwer zu definierenden politischen Verankerung, für die ich in der GFL immerhin einen sicheren Hafen gefunden habe, danke dafür an alle meine Parteikolleg*innen, an meinem Stil. Ehrlichkeit, eine meiner herausstechenden Eigenschaften, ist keine politische Währung. Jedenfalls würde ich im Berufsleben jemanden mit diesem Zeugnis – sie hat und gibt sich Mühe – wohl früher oder später versetzen oder rausschmeissen. Bevor das andere tun, nehme ich eine erfolgte berufliche Veränderung zum Anlass, selbst den Hut zu nehmen. Ausserhalb des Parlaments, im Berufs- und Privatleben kann ich meine Qualitäten besser einbringen und habe ich in denselben sechs Jahren einiges bewegt

und angestossen, auch politisch. Denn schliesslich ist ja alles Bemühen um ein friedliches Zusammenleben letztlich Sinn und Zweck der Politik. Kurz gesagt: Der Aufwand dafür, in diesem Parlament nichts zu bewegen, scheint mir zu gross, und ich freue mich darauf, künftig mehr Zeit wieder in andere Vorhaben einzubringen. Es freut mich aber, dass mit Christoph Leuppi ein fähiger, ambitionierter und kluger junger Parteikollege meinen Sitz übernimmt und dass mein SBK-Sitz bei Carola Christen in gute Hände kommt. Ich bedanke mich bei euch allen für die gute Zusammenarbeit. Sollte ich jemandem einmal persönlich zu nahegetreten oder jemanden verletzt haben, so entschuldige ich mich dafür. Mir ging es immer um die Sache und nie um die Person. Ich wünsche euch weiterhin viel Lust am Debattieren. Vergesst nicht: Es gibt meist mehr als eine Wahrheit und je nachdem, woher man das W betrachtet, verwandelt es sich plötzlich zum M und wenn wir dann noch das A in "Wahrheit" durch ein E austauschen, nur ein Buchstabe, dann kommt die Mehrheit dabei raus. Mehrheiten haben die Wahrheit nicht für sich gepachtet, aber die Macht. Macht korrumpiert, ganz egal, in welcher Ecke sie sich angesiedelt hat. Darum, liebe Mehrheit, tragt Sorge zu euren Minderheiten. Hört auch ihnen zu. Nur so gelangen wir vielleicht zu Lösungen, die einer Wahrheit für alle näherkommen. Ich würde mich darüber freuen, dem einen oder der anderen in anderem Kontext wieder zu begegnen. Francesca Chukwunyere."

Liebe Francesca, deine Abschiedsworte sind genauso authentisch und ehrlich, wie ich sie von dir vermutet habe. Auch hier im Rat hast du das Herz immer auf der Zunge getragen. Und erst heute hat mich das Internet darüber informiert, dass diese Redewendung auch negativ verstanden werden kann. Deswegen betone ich ganz klar, dass ich das in deinem Fall vollumfänglich positiv finde. Du hast zu jenen Ratsmitgliedern gezählt, die zugehört haben. Und es gab Situationen, in welchen du Sachen hören musstest, die du so nicht stehen lassen konntest. Wenn der Name Francesca Chukwunyere bei den Einzelredner*innen auftauchte, wusste man, jetzt wird es sich besonders lohnen zuzuhören. Wenn ein Mitglied diesen Rat verlässt, weil es das Gefühl hat, hier nichts bewegen zu können, wäre es wohl meine Aufgabe als Ratspräsident, dem zu widersprechen und irgendwas zu sagen, das anderen Ratsmitgliedern, welche sich ähnliche Gedanken machen, Mut macht oder sie bei der Stange hält. Aber ganz ehrlich, ich habe dein Rücktrittsschreiben vor zwei Wochen das erste Mal gelesen. Ich habe in der ganzen Zeit gemerkt: Es wäre falsch, wenn ich das heute sagen würde. Darum trage jetzt auch ich mein Herz auf der Zunge, wenn ich sage: Liebe Francesca, leider verstehe ich dich und deine Beweggründe, heute aus dem Rat zurückzutreten. Ich hatte nie das Privileg, in der gleichen Sachkommission wie du zu sitzen. Wir haben aber in der Fraktionspräsidienkonferenz zusammengearbeitet, als du zwischen August 2022 und Januar 2025 die GFL-Fraktion geführt hast. In den von dir als Erstunterzeichnende eingereichten Vorstössen hast du dich auf die grossen Themen fokussiert. Sie widmeten sich dem Einsatz gegen Antisemitismus, der Frage nach der richtigen Grösse der Stadtregierung oder der Frage, wie das Kita-Wesen in der Stadt Bern organisiert sein sollte. Liebe Francesca, ich danke dir ganz herzlich für deinen Einsatz in den letzten sechs Jahren und ich bedaure sehr, verlässt du den Rat mit dem Gefühl, nichts erreicht zu haben. Aber lass mich zum Abschluss sagen: Ich bin sicher, du hast einiges bewegt und sei es auch nur, dass im einen oder anderen Kopf mit deinen Worten ein Denkprozess angestossen oder weitergeführt werden konnte. Für deine persönliche und berufliche Zukunft wünsche ich dir nur das Beste. Und eines musst du besonders wissen: Wenn du jemals wieder einen Samichlaus brauchst – du hast meine Nummer und ich stehe dir weiterhin sehr, sehr gerne zur Verfügung. Merci vielmals.

Ich habe ein zweites Rücktrittsschreiben, das ich euch heute vorlesen muss:

"Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, lieber Tom, liebe Kolleginnen bis Kollegen, geschätzte Anwesende, ich mache sehr gerne Politik, diskutiere mit viel Leidenschaft und empfinde es als grosses Privileg, meine Stadt so aktiv mitgestalten zu können. Ich habe deshalb die Zeit mit euch im Stadtrat trotz all der Widerstände und Frustrationen sehr genossen. Aber leider bin auch ich in die Vereinbarkeitsfalle getappt. Ich habe viele Jahre dafür gekämpft, dass die politische Arbeit neben meiner zeit- und reiseintensiven Erwerbstätigkeit und meiner Familie ausreichend Platz fand. Ein grosser Dank gebührt an dieser Stelle meiner Fraktion. Ihr habt mich immer wieder darin bestärkt, weiter zu politisieren. Ihr habt meine vielen Abwesenheiten mitgetragen und hättet auch jetzt eine andere Lösung als den Rücktritt für mich gefunden. 1'000 Dank dafür. Ich habe euch alle sehr gern und werde unsere gemeinsamen Nachtessen sehr vermissen. Neben der Schwierigkeit, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen, ist vor 13 Monaten noch eine weitere grosse Herausforderung auf mich und meine Familie zugekommen. Viele von Ihnen wissen es bereits: Mein Mann hat vor ziemlich genau einem Jahr eine unheilbare Krebsdiagnose erhalten. Wir haben gemeinsam gegen die Krankheit gekämpft durch das gesamte letzte Jahr und wurden im Sommer mit unvergesslichen fast zwei kreisfreien Monaten in Australien beschenkt. Leider ist der Krebs seit ein paar Wochen zurück und hat in die Hirnhaut und ins Rückenmark gestreut. Das bedeutet leider, dass mein Partner nur noch ungefähr zwei bis drei Monate leben wird. Deshalb habe ich mich entschieden, zurückzutreten. Denn mein Rücktritt wird es mir erlauben, all meine Kraft und Energie in meine Familie zu investieren, meinen Mann auf seiner letzten Reise zu begleiten und unseren Sohn so gut wie möglich durch diese schwierige Zeit und hoffentlich auch wieder in eine glückliche Zukunft zu tragen. In dieser Zeit möchte ich meine Arbeit mit meiner Familie und nicht im Ratssaal oder in irgendwelchen Sitzungsräumen verbringen. Ich habe mir auch überlegt, mich bis zum Tod meines Partners beurlauben zu lassen. Aber leider ist das politische Milizsystem ganz und gar nicht geeignet für alleinerziehende Elternteile. Und ich möchte meine Energie lieber für mich und meinen Sohn brauchen als für endlose Parkplatzdebatten. Deshalb verabschiede ich mich heute mit einem letzten Wunsch. Bitte seid respektvoll und geht mit offenem Geist, einem offenen Ohr und einem offenen Herz aufeinander zu. Versucht auf die Anliegen eurer politischen Gegner einzugehen und tragfähige Lösungen zu erarbeiten, die alle politischen Anliegen und Bedürfnisse berücksichtigen. Ich weiss, dass ihr alle das Beste wollt für unsere Stadt. Nur beim "Wie" seid ihr euch meist nicht ganz einig. Ich wünsche euch viel Freude beim Zuhören, Diskutieren und Ringen um gemeinsame Lösungen. Zum Schluss möchte ich mich bedanken. Ein ganz spezieller Dank geht an meine Büro-Gspänli. Ich werde unsere respektvollen, lustigen und konstruktiven Diskussionen vermissen. Und beim Anschauen der Fotos in der Abstimmungsbotschaft werde ich immer an euch denken. 1'000 Dank an meine Fraktion und meine Partei. Ihr seid ganz wundervolle Menschen. Ich habe mich immer sehr wohl gefühlt. Und ihr, die Grünliberalen, seid und bleibt meine politische Heimat. Last but not least möchte ich mich bei euch allen bedanken, den Parlamentarier*innen, den Gemeinderät*innen, den Verwaltungsmitarbeitenden, dem Parlamentsdienst, den Journalist*innen und den Zuhörenden. Jeder Mensch in diesem Raum ist Teil des demokratischen Systems, das so unendlich wichtig ist für unsere Stadt und mir so am Herzen liegt. Tragt Sorge dazu. Und ganz herzlichen Dank für euer tägliches Engagement. Es hat mir wirklich Spass gemacht mit euch. Und ich werde die politische Arbeit mit euch allen sehr vermissen. Merci, à bientôt, Gabriela Blatter."

Liebe Gabi, was du uns gerade mitgeteilt hast, hat zutiefst berührt. Es ist schwer, in diesem Moment die richtigen Worte zu finden. Dein Rücktritt bedeutet für uns alle mehr, als dass einfach ein Sitz im Stadtrat frei wird. Mit dir verlässt uns eine aussergewöhn-

liche Persönlichkeit, eine Frau, die mit Herz, Geist und Humor in diesem Rat und im Ratsbüro gewirkt hat. Du bist und bleibst für viele von uns ein Vorbild. Ein Vorbild an Stärke und Klarheit, an Engagement und Menschlichkeit. Du hast politische Überzeugung immer mit Empathie verbunden, hast nie vergessen, dass hinter jedem Antrag, hinter jeder Debatte Menschen stehen mit ihren Sorgen, Hoffnungen und Geschichten. Und du hast die grosse Gabe, komplexe Sachverhalte verständlich zu machen. Ich erinnere mich sehr gerne an die gemeinsamen Sitzungen im Ratsbüro, allen voran, wenn wir uns mal wieder wegen einer Abstimmungsbotschaft die Köpfe zerbrachen. Du hast stets aufmerksam zugehört, hast irgendwann den Kopf schräg gestellt. Und dann kam dein unverkennbares "Also, eigentlich ist es doch ganz einfach". Und du hast die perfekte Kompromisslösung präsentiert, der sich alle anschliessen konnten. Aber nicht nur im Ratsbüro wurde deine Arbeit sehr geschätzt, auch in den Sachkommissionen sowie auch deine wertvolle Arbeit in der Energie- und Klimakommission der Stadt Bern. Dir waren konkrete Taten stets wichtiger als grosse Worte. Deine Vorstösse nahmen die Themen Gleichstellung, Nachhaltigkeit und Umwelt auf. Und es freut mich sehr, auch wenn das jetzt vielleicht ein etwas komischer Kontext zu deinem Rücktrittsschreiben ist, dass wir zwei damals den Vorstoss für die Stellvertretungsregelung gemeinsam eingereicht haben. Dein wacher Verstand, dein Humor und deine Wärme haben diesem Rat unglaublich gutgetan. Heute verlässt uns nicht einfach eine Kollegin, sondern eine Stimme, die immer wieder Brücken gebaut hat. Gabi, wir alle wünschen dir von Herzen ganz viel Kraft, Liebe und Halt und dass ihr die kommende gemeinsame Zeit so gut und intensiv wie möglich miteinander verbringen könnt. Wir wünschen dir Momente, die dir und deiner Familie Halt geben und die dich auch über die kommenden Monate hinaus tragen werden. Im Namen des ganzen Stadtrats: Danke, Gabi für alles, was du eingebracht, bewirkt und bewegt hast.

Ich bin mir bewusst, dass ich uns allen eine nicht ganz einfache Aufgabe gestellt habe, so in eine Sitzung zu starten und dann weiterzufahren. Ich mache euch allen das Angebot: Wenn sich jemand nicht imstande fühlt, heute Abend ein Votum zu halten, meldet das bitte ungeniert bei uns an. Wir werden garantiert eine Lösung für das finden. Nach Rücksprache mit Gabriela Blatter führen wir heute Abend eine Spendenaktion durch. Ihr alle habt die Unterlagen bereits auf eurem Sitzplatz. Ihr dürft völlig frei entscheiden. Und es muss sich niemand unter Druck gesetzt fühlen. Aber ihr könnt einen Teil oder das ganze Sitzungsgeld des heutigen Abends spenden. Und ihr könnt auf dem Formular auch angeben, welche Organisation berücksichtigt werden soll. Es ist leider nicht möglich, den Betrag aufzuteilen, ihr müsst euch also leider für eine Organisation entscheiden. Ihr habt die Möglichkeit, euer Geld der Krebsliga Bern zu geben, welche Krebsbetroffene und ihre Angehörigen stark unterstützt und auch die Familie von Gabi eng begleitet. Der zweite Verein ist der Verein Hörschatz, der eine unendlich wichtige Arbeit leistet. Der Verein Hörschatz erlaubt es Eltern an ihrem Lebensende, eine Audiobiografie für ihre Kinder aufzunehmen. Auch der Verein Hörschatz hat Gabi Blatter und ihren Partner in den letzten Wochen begleitet. Bitte füllt das Formular einfach bis zum Sitzungsende aus. Es hat dann da vorne die altbekannte Box, in die ihr den Zettel abgeben könnt.

Nach diesen traurigen News kommen wir doch auch zu schönen Sachen. Wir dürfen nämlich heute auch zwei neue Ratsmitglieder in unserer Reihe begrüssen. Zum einen hat heute beim Grünen Bündnis die erste Sitzung Karel Zieli, den ich ganz herzlich hier begrüsse. Jetzt ist es so: Karel Zieli macht eigentlich eine Stellvertretung. Ihr wisst: Kürzlich ist ja Sarah Rubin zurückgetreten. Für Sarah Rubin wird Lea Schweri in den Rat nachrutschen. Lea Schweri ist aber im Mutterschaftsurlaub. Aus diesem Grund lässt sich Lea Schweri jetzt temporär durch Karel Zieli ersetzen. Gabi Blatter, du siehst,

unsere Stellvertretungsregelung funktioniert. Als zweites neues Ratsmitglied begrüsse ich für die JUSO neu Gourab Bhowal. Auch er hat heute seine erste Sitzung bei uns. Ganz herzlich willkommen. Er tritt die Nachfolge von Sofia Fisch an, ohne Stellvertretung.

Dann auch eine schöne News: Gestern hatte Anna Leissing Geburtstag. Ihr dürft ihr gerne noch gratulieren. Und wenn wir gerade bei Geburtstagen und schönen News sind – ich glaube, die tun uns im Moment alle gut: Vor knapp einem Monat, am 11. September, hat unsere Ratskollegin Denise Mäder ein Töchterchen mit dem Namen Ines Camille auf die Welt gebracht. Ich gratuliere der Familie ganz herzlich und wünsche weiterhin einen tollen Start. Vorne links liegt dort wo immer eine Gratulationskarte auf. Ihr dürft diese sehr gerne unterschreiben. Bitte denkt daran: Wenn ihr das alle erst um 22.30 Uhr tut, gibt es eine ziemlich lange Schlange. Ihr könnt es also schon den ganzen Abend tun.

Denkt daran: In der Sitzungspause ist der Anlass der Stiftung Heilsarmee Schweiz. Er findet unten in der Rathaushalle statt. Ein weiteres Datum, das ihr euch jetzt merken dürft, wenn ihr möchtet, ist der 26. Februar 2026. Dann wird es in der Ratspause einen Austausch mit dem Jugendparlament der Stadt Bern geben. Und zum Schluss dieses ausführlichen Blocks der Mitteilungen: Denkt daran, wie immer, Badgen nicht vergessen und mit dem Einreichen der Vorstösse ist es auch wie immer: dringliche Vorstösse bis 21.00 Uhr, nicht dringliche Vorstösse bis 21.30 Uhr. Was danach eingereicht wird, ist zu spät.

Wir kommen zu den Anträgen gemäss Antragsliste. Und wenn ich es richtig interpretiere, haben wir jetzt eine voll funktionsfähige Anlage. Wir testen das.

Wir haben als erstes den Ordnungsantrag der GFL. Der Ordnungsantrag der GFL verlangt, das Traktandum 16 auf die Sitzung vom 30. Oktober zu verschieben. Wir stimmen über diesen Ordnungsantrag ab.

Ordnungsantrag 1

GFL

Das Traktandum 16 sei auf die Sitzung vom 30. Oktober 2025 zu verschieben.

Abstimmung

2024.SR.0254: Ordnungsantrag 1

Annahme

Ja 21

Nein 43

Enthalten 5

Präsident: Ihr habt diesen Antrag abgelehnt mit 21 Ja zu 43 Nein bei 5 Enthaltungen. Dann liegen uns bekanntlich mehrere Anträge vor auf Diskussion zu einem aktuellen Ereignis. Wir fassen diese Anträge zu einem zusammen und wir stimmen jetzt darüber ab, ob ihr diese Diskussion gewähren wollt oder nicht.

Antrag auf Diskussion zu einem aktuellen Ereignis

David Böhner, AL

Diskussion zur Palästina-Demonstration vom 11. Oktober 2025 in Bern.

SVP

Massive Ausschreitungen anlässlich der unbewilligten Demonstration vom 11.10.2025.

FDP, Mitte, SP, GFL/EVP, SVP

In Zusammenhang mit den Ereignissen vom letzten Samstag stellen die Fraktionen FDP, Mitte, SP, GFL, EVP und SVP Antrag auf Diskussion zu einem aktuellen Ereignis an der Stadtratssitzung vom 16. Oktober 2025.

Präsident: Also, die Situation ist wie folgt: Die Abstimmungsanlage funktioniert nicht. Wir haben jetzt die Möglichkeit, eine Abstimmung mit Stimmenzählenden zu machen. Dann hätte Gabi Blatter noch einen Einsatz als Stimmenzählende. Ich mache aber beliebt, dass wir zuerst mit offenem Handmehr schauen, ob es überhaupt eine Auszählung benötigt oder nicht. Ich frage euch somit: Wer dem Antrag auf Diskussion aus aktuellem Ereignis zustimmen will, soll dies bitte bekunden mit Handerheben. Gibt es Personen, die diesen Antrag ablehnen wollen? Gibt es Enthaltungen? Gut, das ist eine deutliche Mehrheit für die Debatte. Das heisst, wir steigen somit in diese Diskussion ein.

Dem Antrag wird zugestimmt.

Diskussion zu einem aktuellen Ereignis

Präsident: Ich mache nochmals kurz auf die Regel aufmerksam. Es funktioniert bei dieser Diskussion aus einem aktuellen Ereignis so, dass jede im Rat vertretene Partei eine Redezeit von total fünf Minuten hat. Es geht also nach Partei, nicht nach Fraktion. Was auch wichtig ist: Bei dieser Diskussionsform gibt es keine Einzelvoten. Sobald alle Parteien, die das wollen, ihr Votum gehalten haben, geht das Wort an den Gemeinderat, der zum Schluss 10 Minuten Zeit hat für sein Votum. Ich gebe somit als erstes das Wort an David Böhner für die Alternative Linke.

David Böhner (AL) für die Partei: Liebe Anwesende auf der Tribüne, schön gibt es so viel Interesse. Letzten Samstag waren 10'000 Leute nach Bern gekommen, um gegen den Genozid, den die rechtsextreme israelische Regierung verübt, zu demonstrieren. Warum wohl sind so viele besorgte Menschen nach Bern gereist, um an einer unbewilligten Demonstration teilzunehmen?

Es ist, weil der Bundesrat es noch immer nicht geschafft hat, Palästina offiziell anzuerkennen, wie das 80% der Nationen inzwischen gemacht haben. Die Komplizenschaft mit dem international gesuchten Kriegsverbrecher Benjamin Netanyahu geht aber noch weiter. Der israelische Rüstungskonzern Elbit hat in der Berner Innenstadt ein Büro eingerichtet. Dieser Konzern hat Geschäfte über zig Millionen Franken mit der Schweiz abgeschlossen, während in Gaza das neueste Kriegsgerät von Elbit getestet wird. Von links bis rechts können wir nun auf die Chaoten zeigen und empört sein über das brutale Vorgehen von einigen Demonstrant*innen. Damit machen wir es uns in diesem Saal aber zu einfach. Es ist die Schwäche der Linken in diesem Land, dass sie es den Menschen nicht ermöglicht hat, ihre Solidarität mit den Betroffenen des Genozids in Palästina auf der Strasse auszudrücken. Wir haben gesehen, es gibt ein grosses Bedürfnis dazu, aber keine Organisation, die das ermöglicht hat.

Ein Aufruf für eine unbewilligte Demo einer namentlich unbekannten Gruppe hat dann zu dieser grossen Mobilisierung geführt. Wo war die SP, wo waren die Grünen, die Gewerkschaften, wo war die AL, die PdA, die Reitschule? Wo blieb der Aufruf, der sich für einen gerechten Frieden für alle Menschen in Palästina und Israel einsetzt, der sich von religiösen Hetzern auf allen Seiten abgrenzt und zweideutige Formulierungen vermeidet, die unseren jüdischen Mitmenschen Angst machen, weil sie antisemitisch interpretiert werden können oder gar so gemeint sind?

Ich war also am Samstag zum Bahnhofplatz gegangen, trotz dieser Ausgangslage. Ich war erfreut darüber, dass so viele Menschen gekommen sind. Was dann folgte, war leider die schlimmste Demonstration, die ich je in Bern erlebt habe. Eine wahrscheinlich sehr unerfahrene, überforderte und verantwortungslose Demoleitung ist auf eine ebenso verantwortungslose Polizeileitung gestossen, die das ihre zur Eskalation beigetragen hat. Einige hundert wütende Demonstrant*innen waren bereit, sich mit der Polizei anzulegen. Und die Polizei hat es dankbar aufgenommen. Tausende andere werden nun vom Sicherheitsdirektor diffamiert als Idioten, die denen nachgelaufen sind.

Wieso wird von einer Deeskalationsstrategie gesprochen, wenn der Demonstrationzug in der Amtshausgasse gestoppt wird zu einem Zeitpunkt, als es noch gar keine Sachbeschädigungen oder Ausschreitungen gegeben hat? Bei der Pressekonferenz am Sonntag wurde das so bestätigt vom Polizeikommandanten. Die gefährlichsten Situationen mit den meisten Verletzten gab es bei der Schauplatzgasse Richtung Loeb-Ecke, nachdem die Polizei die Menschen aufgefordert hat, genau diesen Weg zu gehen, um sich zu entfernen. Dort wurden dann die über 500 Leute eingekesselt und zum Teil 10 Stunden in der Kälte festgehalten. Es gab keine Decken, nur wenig Essen und der Toilettengang wurde den Menschen verweigert. Später auf dem Bahnhofplatz hat die Polizei wahllos mit Gummischrot in die Menge geschossen und damit auch viele Unbeteiligte gefährdet und auch viele verletzt. Dem Wasserwerfer wurde offenbar Reizstoff beigemischt. Und es gibt Berichte, dass Verletzten ärztliche Hilfe verweigert worden ist. Aus diesen Gründen geht mein Dank also nicht an die Polizei. Und ich fordere den Gemeinderat auf, diese Berichte ernst zu nehmen und bei den Demokratischen Jurist*innen und bei Amnesty International nachzufragen, was ihre Erkenntnisse sind. Beide Organisationen waren mit Beobachter*innen vor Ort und zweifeln die Verhältnismässigkeit des Polizeieinsatzes an. Sich jetzt einfach vorbehaltlos hinter die Polizei zu stellen und diese Kritik zu ignorieren, mag zwar politisch mehrheitsfähig und medienwirksam sein. Von einem linken Gemeinderat erwarte ich in dieser Frage mehr Rückgrat. Aus diesen Gründen fordert die Fraktion AL-PdA-TIF den Gemeinderat auf, eine unabhängige Untersuchung rund um die Demo vom letzten Samstag in Auftrag zu geben.

Präsident: Als nächstes spricht die Partei SVP. Das Votum der SVP wird aufgeteilt. Für den ersten Teil, Alexander Feuz. Ich möchte einfach nochmal kurz daran erinnern: Ihr habt wirklich zu zweit diese fünf Minuten, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Partei: Ich halte mich kurz. Ich möchte zuerst Gabriela Blatter ganz viel Kraft wünschen.

Ich danke euch, dass ihr die Diskussion gewährt habt. Ich danke der Polizei für ihren Einsatz. Ich bin schon eine Weile im Stadtrat, wir hatten x wüste Demos. Man hat immer gesagt: Schande von Bern, es muss besser werden. Ich befürchte, auch heute werden wir keine Nägel mit Köpfen machen. Wir haben ja bereits am 18. September Anträge gestellt für eine Erhöhung der Polizeipräsenz, weil wir befürchtet haben, dass es gewalttätige Demonstrationen der Hamas geben könnte und dass man nachher die Stadt lahmlegt, so dass man nicht mehr zum Bahnhof kommt. Mit Ausnahme der SVP hat niemand diese Anträge unterstützt. Ich sage euch auch noch etwas: Wer mit einem Hammer im Rucksack und einer Taucherbrille in die Stadt geht, der geht nicht an ein Kinderfest. Für mich ist klar: Die Deeskalationsstrategie muss man überdenken. Wir sind der Meinung, man muss mehr auf Prävention setzen. Wir werden entsprechende Vorstösse einreichen. Ich hoffe, Ihre Entschlossenheit, diesem Terror, diesen Sachen eine Grenze zu setzen, hält bis nach dem Nachtessen an. Wir werden im Rahmen des Traktandums 18 "Bernmobil" Anträge stellen, dass man bei Demonstrationen richtig

eingreift und schaut, dass zumindest der Weg zum Bahnhof und der ÖV nicht während Stunden lahmgelegt werden. Das waren meine Ausführungen. Ich habe schon früher viel zu diesem Thema geredet. Darum gebe ich jetzt das Wort an Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP) für die Partei: Ich bin seit 2019 im Stadtrat. Was letzten Samstag in Bern abgegangen ist, hat weltweit, europaweit, Schlagzeilen gemacht. Eine Friedensdemonstration, unbewilligt – die grosse Toleranz der linksgrünen Politik hat das zugelassen mit dem Resultat, dass 18 Polizisten verletzt, 57 Liegenschaften verschandelt und am Schluss 536 Leute verhaftet wurden, mit der Bilanz von einer Million Schaden ohne Polizeieinsatz und mit einem Versagen der städtischen Sicherheitspolitik.

Ja, demonstrieren ist ein Recht. Wir von der SVP sind dafür, dass jeder seine Meinung äussern und demonstrieren darf. Aber das hat jetzt das Fass zum Überlaufen gebracht. Und ab sofort fordern wir, dass in der Stadt bei den Geschäften, bei den KMU, bei den Restaurants keine Demonstrationen erlaubt werden. Demonstrieren kann man meinetwegen auf dem Parkplatz vor der Reithalle. Da hat man die ganze Sache ein bisschen besser im Griff. Eine Demonstration hat auch nichts mehr auf dem Bundesplatz zu suchen. Ab sofort fordern wir, dass es ein Demoverbot ist, vor allem in den Städten. Man hat zum Teil auch Häuser angezündet. Es waren Leute darin. Das geht schon ein bisschen in Richtung vorsätzliche Tötung. Wenn die Polizei nicht mit dem Wasserwerfer gewesen wäre, hätte kein Feuerwehreinsatz geleistet werden können, eine Brandbekämpfung wurde mit dem Wasserwerfer gemacht. Die zehn Leute konnte man nachher einigermaßen retten. Ich denke, es sind Zustände wie in Sodom und Gomorra. Wir haben in diesem Parlament in der Sicherheitspolitik versagt. Es wird sich immer mehr wiederholen. Und in den Rucksäcken der Menschen, die die Polizei kontrolliert hat, hat man Hämmer gefunden, Messer gefunden, Sachen, die nichts mit einer Demo von Frieden zu tun haben, sondern mit einer organisierten Gewalttätigkeit. Ich fordere das Parlament auf, dass man über die Bücher geht und Lösungen findet.

Präsident: Für die Partei GFL, Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL) für die Partei: Jetzt kommt der Ansatz oder der Versuch, diese Extrempositionen wieder zu vereinen. Auch wir schauen nach wie vor ungläubig auf das zurück, was sich vor fast einer Woche in der Berner Innenstadt abgespielt hat an Gewalt und Brutalität. Wir fragen uns: Wie kann es passieren, dass ein grundsätzlich berechtigtes Anliegen, wofür wir uns auch selbst engagieren, derart durch den Dreck gezogen werden kann? Wie kann es sein, dass Freude in Gaza und Israel ob der jüngsten Entwicklungen als Wut und rohe Gewalt zu uns herüberschwappen? Wie kann es sein, dass man einem wütenden Mob blind hinterherläuft, wenn Behörden und Polizei eindringlich davor warnen? Und vor allem: Wie kann es sein, dass wir uns auf diese gehässige Debatte einlassen, die seit den Ereignissen von letztem Samstag in Gang ist. Denn die Debatte, die Reaktionen, wirken wie ein Brandbeschleuniger. Krawallmacher wie Sicherheitsfanatiker, wir haben es eben gehört, bedrohen ernsthaft den friedlichen Protest in unserer Demokratie, in unserer Stadt.

Auf der einen Seite werden jetzt Forderungen, wir haben es gehört, nach Demoverboten laut, auf der anderen Seite werden uns Geschichten von Polizeigewalt aufgetischt. Sie folgen dem sogenannten Gesetz der vertikalen Gegenläufigkeit. Je stärker die eigene Betroffenheit, desto stärker sinkt auch die eigene Fähigkeit zur Kommunikation. Man zieht sich ins Gedankenredukt zurück, statt im entscheidenden Moment der Betrof-

fenheit dialogfähig und offen zu bleiben. Das kann ja wohl nicht die Meinung sein. Die GFL will weder einen autoritären Staat noch gross angelegte Untersuchungen wegen angeblicher Polizeigewalt. Es ist eindeutig: Ein Teil der Palästina-Bewegung hat sich in den vergangenen Monaten, man hat es auch ausführlich lesen können in Interviews mit Extremismusexperten, radikalisiert. Und nun hat sich diese Radikalisierung eben entladen auf unseren Strassen. Es stimmt, es gab auch Teile der Demo, die friedlich waren. Ich habe gestern beim Kaffee auch gehört, dass Leute in der Spitalgasse gar nicht begriffen haben, was abgeht am anderen Ende der Demonstration. Das gibt es und das müssen wir schützen. Wir müssen allen Demonstrationen grundsätzlich die Chance geben, sich friedlich zu entwickeln. Das war auch nach dem Friedenszeichen im Nahen Osten von Freitag bei der Demo am Samstag der Fall.

Offensichtlich hat sich das als Fehleinschätzung erwiesen. Jetzt aber zu sagen, zu kommentieren, man hätte noch härter reingehen müssen, ist einfach müssig und wohlfeil. Es wurden über 500 Personen angehalten, registriert. Ihnen droht jetzt vermutlich eine Anzeige und ein Prozess. Reto Nause – ich bin auf ein Interview mit ihm gestossen, das wurde nach den Tanz-dich-frei-Krawallen 2013 publiziert – musste sich, und jetzt auch Alec von Graffenried, *laissez faire* vorwerfen lassen von der einen Seite. Darauf hat er 2013 geantwortet: Wir waren in einer Lose-Lose-Situation. Und darum geht es doch, wenn wir hier jetzt im Rat vor allem aber auch auf der Tribüne, bei den Medien und bei den Zuschauenden das Gefühl haben, wir müssen dieses Lose-Lose noch instrumentalisieren, noch ausnutzen, noch einen draufhauen, dann frage ich alle, die das machen: Was ist eigentlich euer persönlicher Beitrag zu einer Beruhigung der Situation? Denkt mal darüber nach. Ich bin nicht der Einzige, der findet, es würde bei diesen Debatten immer extrem giftig. Und es geht eigentlich darum, dass man sich selbst aufs moralische Eigenpodest hieven kann. In einer Welt, in der wir alle mit Trump um die Wette twittern, sind wir doch ständig reizüberflutet. Und das führt zur grossen Gereiztheit. Politik, Medienberichterstattung, öffentliche Debatten – eine wahre Fieberkurve.

Ist das die Art Debatte, die wir uns wünschen? Ich denke dabei auch ans Abschiedsvotum von Francesca. Haben wir Wirksamkeit, wenn wir so miteinander sprechen? Unser Appell von der GFL: Wir haben es selbst in der Hand, Verantwortung dafür zu übernehmen, dass sich die Gewalt von letztem Samstag nicht wiederholt, auch dafür, dass wir uns nicht gegenseitig die Augen auskratzen und in Autoritarismus abdriften. Wir haben diese Wahl. Mein Dank geht an diejenigen, die es geschafft haben, letzten Samstag auf der Strasse als Polizistinnen und Polizisten die Gewalt zurückzudrängen und die das auch weiterhin tun, ob hier im Saal oder auf Social Media. Danke an euch, ihr seid die wahren Helden.

Präsident: Als nächstes für die Partei FDP, Nik Eugster.

Nik Eugster (FDP) für die Partei: Ich lese das Votum geschrieben von meinem Kollegen Georg Häsler vor, der erst für die zweite Sitzung dazukommen kann. Den Einstieg musste ich aber anpassen nach deinem Votum, David Böhner.

Lieber David, warum wohl sind die Demonstrant*innen nach Bern gereist? Wegen dem Aufruf. Und warum wohl hat sich der Grossteil der Parteien abgewendet? Wegen dem Aufruf.

Und Michael, ich bin gereizt. Es geht nicht anders, als gereizt zu sein. Die Rhetorik und Ästhetik der ganzen Sache richten sich gegen das jüdische Leben, nicht nur in Israel. Sie fordert eine Orgie der Gewalt zu einem äusserst zynischen Zeitpunkt, einem Tag

nach dem Waffenstillstand im Nahen Osten. Und fast auf den Tag genau zwei Jahre nach dem Pogrom vom 7. Oktober zog ein antisemitischer Zug, so kann man es nicht anders sagen, durch Bern. Praktisch gleichzeitig traten in Gaza die vermummten Hamas-Schergen wieder in ihren Uniformen auf die Strasse und erschossen Menschen, die ihre Herrschaft in Frage stellten, systematisch und in aller Öffentlichkeit.

Die Intifada geht weiter, auch auf den Strassen von Bern. Wir können dieses Phänomen nicht einfach dem Fremden zuschreiben, dem Muslim, wie es gewisse politische Kreise gerne tun. Was am Samstag passiert ist, hat mit uns zu tun. Das zeigt eine Auswertung der Polizei. Es waren Schweizerinnen und Schweizer, die hier bei uns die Al-Aqsa-Flut, den Codenamen für den Anschlag des 7. Oktober 2023, hochleben liessen. Sie propagierten den uralten Stereotyp vom jüdischen Kindermörder und vom Blutjuden, mittelalterlichen Antisemitismus in der Gestalt der autoritären Ideologien unserer Zeit. Klimaaktivisten, denen unsere Gletscher plötzlich egal sind, tragen jetzt das Arafat-Tuch. Linksextreme, die noch vor kurzem überall No-Borders hinschrieben, marschieren nun hinter einer Fahne her, sind plötzlich Nationalisten und sympathisieren mit religiösen Fanatikern im Nahen Osten.

Und da muss ich auch dem Gemeinderat widersprechen. Nein, Frau Stadtpräsidentin, es ist nicht nur die Gewalt, die uns entsetzt. Es sind die Inhalte in erster Linie auch. Was war am Wochenende? Wo waren Sie? Aber wir wollen diesen antisemitischen Krawall nicht nutzen, um unsere politischen Gegensätze im Rat zu pflegen. Vielmehr muss es uns gelingen, uns dem Hass und der Gewalt gemeinsam entgegenzustellen und unsere Institutionen zu schützen. Nach einer ersten Beurteilung haben wir in Bern ein Probing erlebt, ob man es mit antisemitischer Rhetorik und Gewalt hier machen kann, ob das geht hier in Bern. Bern ist dafür ein permissives Umfeld, auch wegen der hohen Präsenz ausländischer Nachrichtendienste, die Extremismus anfeuern. Die Spaltung der Gesellschaft ist ein erklärtes Ziel solcher Aktionen und Teil eines hybriden Krieges gegen die offenen Gesellschaften, gegen unsere Freiheit und unsere Demokratie. Wir möchten den Konflikt im Nahen Osten aus unterschiedlichen Perspektiven betrachten. Aber es kann nicht in unserem Interesse sein, wenn auf unseren Strassen Gewalt gegen Juden verherrlicht wird, wenn Feuer entfacht werden und mit Hamas-Dreiecken Gegner markiert werden. Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen der Mitte und der SP haben wir bereits vor dem 11. Oktober eine Interpellation eingereicht, die vom Gemeinderat einen Bericht über die Aktivitäten ausländischer Nachrichtendienste auch bei den Demonstrationen fordert. Es muss uns gelingen, eine gemeinsame Plattform zu schaffen, um unsere Stadt nicht noch mehr für solche Probings zu öffnen. Nein, das war nicht ein Krawall, wie wir ihn hier wollen, wirklich nicht. Zu dieser Gewaltorgie, die sich am vergangenen Samstag in den Strassen von Bern manifestierte, sagen alle, die es mit der Demokratie und dem Schutz aller, die hier leben, ernst meinen: No pasaran. Danke an die Polizei, die sich dem entgegengesetzt hat, danke jedem und jeder, der sich oder die sich dem gegen setzt.

Präsident: Jetzt kurz zur Reihenfolge, damit sich niemand benachteiligt fühlt. Wir haben im Moment einen völlig veralteten Datensatz. Als Dominik gedrückt hat, wurde er auf der Anzeige als Babs Keller angezeigt, weil die zweimal Platz getauscht haben. Aber es ist die richtige Reihenfolge, wenn ich jetzt Dominik das Wort erteile. Aus diesem Grund hat das Wort für die Partei SP, Dominik Fitze.

Dominik Fitze (SP) für die Partei: Lassen Sie mich zum Anfang gleich sehr klar sagen: Wir von der SP-JUSO-Fraktion verurteilen die Gewaltausschreitungen von Samstag unmissverständlich. Solche Gewaltausbrüche haben in einer offenen und solidarischen

Stadt, für die wir uns einsetzen, keinen Platz. Wir verurteilen die gewaltverherrlichenden, hetzerischen und teilweise antisemitischen Parolen und Aufrufe im Vorfeld und während der Demonstration, die von einigen Kundgebungsteilnehmenden ausgegangen sind, aufs Schärfste. Einige Dutzend oder 100 Menschen haben es sich herausgenommen, eine Demo zu einem berechtigten Anliegen für ihren Gewaltexzess zu missbrauchen und im Schutze der Anonymität vorzugehen. Nichts kann diese Gewalt und Zerstörungswut rechtfertigen. Und sie haben damit der Bewegung, die seit zwei Jahren für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel einsteht, geschadet. Nur mit Glück konnte eine Katastrophe abgewendet werden. Man stelle sich mal vor, das Restaurant Della Casa mit den dort anwesenden Mitarbeitenden wäre abgebrannt. Feuer vor einem Holzhaus zu legen, wo dann doch in Kauf genommen werden muss, dass Menschen verletzt werden oder sogar sterben, kann nicht gerechtfertigt werden und gibt dem Ganzen eine neue Dimension. Ich möchte hier auch die Organisierenden der Demo explizit ansprechen. Sie haben es versäumt, im Sinne der Sicherheit der tausenden friedlichen Demonstrierenden zu handeln.

Wir begrüßen dabei explizit die Kontakt- und Deeskalationsstrategie des Gemeinderats. Nach heutigem Wissensstand hat er korrekt gehandelt und versucht, sowohl das Grundrecht der Versammlungsfreiheit als auch die Sicherheit bestmöglich zu gewährleisten. Das ist wichtig, denn tausende Demonstrierende kamen mit einem wichtigen, berechtigten Anliegen nach Bern. Der UNO-Menschenrechtsrat geht heute davon aus, dass es sich bei den Kriegsverbrechen der Netanyahu-Regierung um einen Genozid handelt. Hunger darf niemals als Kriegswaffe eingesetzt werden. Dass die Menschen auf die Strasse gehen und die Untätigkeit des Bundesrats anprangern, ist verständlich, nachvollziehbar. Und es ist auch grundrechtlich geschützt. Nach unserer Einschätzung wollte das die klare Mehrheit der Demonstrierenden. Die klare Mehrheit wollte ein friedliches Zeichen setzen. Es ist auch deshalb unerträglich, dass sich dann einige wenige das Recht herausnehmen, diesen berechtigten Protest gegen die Kriegsverbrechen der rechtsextremen israelischen Regierung für ihre Gewalt, für antisemitische und für Pro-Hamas-Parolen und für Hetze zu missbrauchen.

Für diese Gewaltverherrlichung darf es in Bern keinen Platz haben. Die Handlungen dieser wenigen Gewaltbereiten haben dazu geführt, dass nun nur noch über die Gewalt gesprochen wird. Und damit haben Sie der Bewegung der Solidarität mit den Menschen in Gaza massiv geschadet. Ich gehe nun davon aus, dass wir in den kommenden Wochen und Monaten auch immer wieder über den Polizeieinsatz sprechen werden. Das ist auch Teil unserer Rolle im Parlament. Dabei muss man die Kritik beispielsweise der Demokratischen Jurist*innen Bern anschauen und ernst nehmen. Es wird sicher eine Analyse brauchen, ob der Einsatz von Zwangsmitteln rechtmässig erfolgte. Dabei denke ich zum Beispiel an Berichte über den Einsatz von Gummischrot auf Augenhöhe. Diese Aufarbeitung darf aber nicht als Relativierung oder Verharmlosung der vorgefallenen Gewalt genommen werden.

Genauso werden wir sicher immer wieder über mehr Repression gegenüber linken oder linksradikalen Kreisen sprechen. Diese Diskussion spielt sich aber vor allem auf kantonaler und Bundesebene ab. Aber der Schluss, dass Repression nun nötig ist, dass vielleicht sogar die Antifa verboten werden soll, wie auch immer das gehen soll, weil die Antifa bekanntlich keine Organisation ist, vielmehr ist Antifaschismus die Aufgabe von uns allen, dieser Schluss ist genauso falsch wie die Idee, nun unbewilligte oder sogar alle Demos zu verbieten.

Wir von der SP-JUSO-Fraktion haben uns schon immer für das Recht auf friedliches Demonstrieren eingesetzt. Als Bundesstadt sind wir dabei als Sitz von Parlament und Regierung in einer besonderen Rolle. Der Sicherheitsdirektor Alec von Graffenried hat

es an der Pressekonferenz vom Sonntag denn auch richtig gesagt: Auch unbewilligte Demos sind grundrechtlich geschützt. Die Polizei kann und darf sie nicht einfach sofort auflösen. Das Recht der Demonstrierenden schliesst aber, und das möchte ich ganz explizit sagen, kein Recht auf Gewalt gegen Polizei und Sachen, auf Feuer legen und auch kein Recht auf Hass, Hetze und antisemitische Parolen ein.

Abschliessend: Die Gewalt durch eine Gruppe Demonstrierender am Samstag hat nicht nur mich schockiert. Wir müssen das jetzt aufarbeiten und wir müssen eine klare Haltung zeigen gegen Gewalt, gegen Hetze, für einen gerechten Frieden, gegen Antisemitismus.

Matteo Micieli (PdA) für die Partei: Zuallererst: Die Gewalt und die Gewaltbereitschaft einzelner Demonstrierenden ist zutiefst zu verurteilen. Bewusst Menschenleben in Gefahr zu bringen, ist nicht gerechtfertigt. Aber auch die staatliche Gewalt ist zu verurteilen. Ich sehe die Aufgabe des Stadtrats hierin. Unsere Aufgabe ist es, den staatlichen Rahmen und das Behördenhandeln zu prüfen. Wir müssen fragen, ob die Stadt ausreichend vorbereitet war und ob die Rahmenbedingungen solche Eskalationen begünstigen oder verhindern. Das ist für staatliche Institutionen aber besonders schwierig, weil sie sich dadurch gewissermassen entblössen müssten. Denn wie Walter Benjamin vor über 100 Jahren in "Zur Kritik der Gewalt" schrieb, ist die Polizei nicht nur eine rechtserhaltende, sondern in weiten Grenzen auch eine rechtsetzende Gewalt, denn sie entscheidet, was als Gefahr gilt und wie darauf zu reagieren ist, und kann so das Recht in weiten Grenzen selbst setzen. Im Moment der Entscheidung, was eine Gefahr ist und mit welcher Härte eingegriffen wird, bewegt sich die Polizei an der Schwelle zwischen Recht und Unrecht und riskiert, zur Aufrechterhaltung der Ordnung das Recht paradoxerweise zu brechen.

Genau so hat sie es auch am vergangenen Samstag getan und was der Gemeinderat bis anhin geleistet hat, ist, die polizeiliche Gewaltausübung zu decken und die rechtsetzende Macht der Polizei nachträglich zu legitimieren. Hier müssen wir ansetzen. Denn das ist es, worüber wir als Parlamentarier*innen diskutieren sollten. War der Polizeieinsatz verhältnismässig? Laut den Demokratischen Jurist*innen Bern wurde vielerorts sofort zu Gummischrot gegriffen, noch bevor Wasserwerfer eingesetzt wurden. Diese wiederum wurden breitflächig gegen offensichtlich friedliche und unbeteiligte Personen eingesetzt.

Wurde rechtmässig gehandelt? Amnesty International spricht von beunruhigenden Berichten – Gummigeschosse aus kurzer Distanz auf Kopfhöhe ohne Vorwarnung, auch gegen Personen, von deren keinerlei Gewalt ausging. Solche Einsätze widersprechen geltenden Richtlinien für nichtletale Waffen. Amnesty untersucht aktuell über 200 Meldungen möglicher Menschenrechtsverletzungen. Gibt es systematische Probleme? Beobachtungen deuten auf chaotische Kommunikation, fehlgeschlagene Deeskalation und mangelnde Trennung von friedlichen und gewaltbereiten Demonstrierenden hin; auch komplett Unbeteiligte, ich kenne mehrere solche Menschen wie zum Beispiel meinen Onkel, der aus Kalabrien zu Besuch war, gerieten dann in die Schusslinie. Unter den Tausenden von Demonstrierenden befanden sich viele Familien mit Kindern, Rentner*innen und Jugendliche. Die grosse Mehrheit verhielt sich friedlich. Erst als der Demonstrationzug am Bundesplatz gestoppt wurde, kippte die Stimmung. Gewaltbereite eskalierten die Situation. Doch auch der deutlich grössere Teil friedlich Teilnehmender, bekam ab da Tränengas ab. Als dieser Teil dann versuchte, sich Richtung Bahnhof zurückzuziehen, gerieten sie erneut zwischen die Fronten.

Die Stadtpräsidentin sagte, wer mit Stangen auf Polizisten einschlägt, nimmt diese nicht mehr als Menschen wahr. Das ist eine Seite. Und die Gewalt ist auch klar zu verurteilen. Die andere Seite, die weder der Gemeinderat noch die Stadtpräsidentin wohl auch aus strukturellen Gründen sieht, lautet: Wenn die Polizei mit Gummischrot und mit Reissgas versetzten Wasserwerfern am Bahnhof um sich schiesst und Verletzungen von unbeteiligten Passant*innen und friedlich Demonstrierenden in Kauf nimmt, nimmt sie diese ebenso nicht als Menschen wahr, sondern als staatliche Objekte. Diese unschuldigen, von polizeilicher Gewalt betroffenen Menschen zu verteidigen, scheint weder ein Grossteil der Medien noch der Gemeinderat übers Herz zu bringen. Das gilt es hier und heute zu sagen. Wer nur ein paar gewaltbereite Menschen verurteilen kann, ohne die eigene Verantwortung und staatliche Gewalt im Auge zu behalten, ist auf dem selbstkritischen Auge blind. Diese Perspektive fehlt in der Kommunikation des Gemeinderats bisher vollkommen. Bis heute hat der Gemeinderat laut Medienmitteilungen der Polizei und sich selber auf die Schulter geklopft und den ominösen Schwarzen Block verurteilt – von Beobachtungen von Amnesty oder den demokratischen Jurist*innen keine Spur. Das zeigt, wie schwer es dem Staat fällt, seine eigene Rolle kritisch zu hinterfragen. Oder zugespitzt gesagt: Die Kritik an der polizeilichen Gewalt scheitert, weil der Staat in ihr nur sich selber erkennen würde. So sagt der Gemeinderat in seiner Medienmitteilung ja auch, dass er den Polizeieinsatz mittrug. Die rücksichtslose Gewalt richtete sich nicht nur gegen Einsatzkräfte, schrieb der Gemeinderat in der Mitteilung. Das stimmt, denn die Einsatzkräfte setzten ebenfalls rücksichtslos Gewalt ein. Darüber schweigt die Medienmitteilung aber. Lassen wir uns also nicht von der Empörung über eine kleine Gruppe von Randalisierenden ablenken. Unsere Aufgabe ist es, die demokratische Kontrolle staatlichen Handelns ernst zu nehmen im Interesse aller Menschen in dieser Stadt.

Präsident: Als nächstes spricht die Partei Mitte. Die Mitte teilt sich ihr Votum ebenfalls auf. Für den ersten Teil des Votums, Béatrice Wertli.

Béatrice Wertli (Mitte): Diese Demonstration hat niemandem etwas gebracht, nicht der Bevölkerung und zuallerletzt den Leidtragenden in Gaza oder der jüdischen Bevölkerung, noch unserem Gewerbe. Niemandem hat es etwas gebracht. Und ich würde auch sagen, auch den Demonstrierenden nicht. Am 10. Oktober hat der Gemeinderat eine Medienmitteilung veröffentlicht: Pro-Palästina-Demonstration – kein Gesuch eingegangen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Anwesende, ich habe jetzt einige Male das Wort Rechtmässigkeit und Recht gehört und es dünkt mich doch, das ist une géometrie variable. Das Grundrecht der Versammlungsfreiheit wurde von den Organisatorinnen und Organisatoren mit Füßen getreten. Die Rechtmässigkeit des Einsatzes der Polizei war gerecht, richtig und entsprechend einer Demonstration, welche nicht bewilligt war. Kein Gesuch einzugeben und das wissentlich und willentlich und das nach der Aufforderung des Gemeinderates ist auch nicht rechtmässig. Somit sollte man sich vielleicht überlegen, welche Rechtsmittel zu welchem Zeitpunkt anzurufen sind, wenn es darum geht, über Gerechtigkeit zu sprechen. Zweitens, eine unbewilligte Demonstration hatte einige Konsequenzen – eine hohe Aufmerksamkeit, einen hohen Kollateralschaden, einen höheren Bedarf an Ressourcen der Sicherheitskräfte, ein ungewisser Ausgang. Warum sollten sich neuerdings und ab jetzt Organisatorinnen und Organisatoren noch die Mühe machen, eine Demonstration bewilligen zu lassen? Es geht ja auch ohne. Genau darum fordern wir, dass es bei unbewilligten Demonstrationen klare Konsequenzen braucht. Der Mehraufwand, der hier generiert wurde, muss auch von denjenigen getragen werden, welche ihn verursachen. Es braucht bei Täter*innen, An-

stifter*innen eine klare Identifikation und eine Verantwortung, die sie übernehmen müssen. Unbewilligte Demos sollen möglichst im Keim erstickt und der Schutz der Einsatz- und Sicherheitskräfte muss verbessert werden.

Präsident: Für den zweiten Teil, Nicolas Lutz.

Nicolas Lutz (Mitte) für die Partei: Erstens einmal möchte ich der Polizei und allen danken, die dort waren. Es war auch eine Apotheke betroffen, die ich selber kenne. Dort waren auch Leute eingeschlossen. Vorne hat es gebrannt. Es hat niemand gewusst, woher der Rauch kommt. Und die haben nachher dort raus müssen. Und da ein kleiner Tipp an die Polizei: Da gibt es sicher noch Verbesserungspotenzial, dass man die Leute wirklich sicher rausbringt – bessere Kommunikation. Es hatte vielleicht auch damit zu tun, dass Polizeikräfte aus anderen Kantonen da waren. Der Polizei möchte ich auch danken. Und ich möchte dort einmal denen, die diese immer kritisieren, sagen: Bei drohendem Femizid und bei häuslicher Gewalt sind das die gleichen Leute, die dann dort helfen gehen. Und darum fordere ich ein bisschen mehr Respekt. Das sind die Leute, die auch in Notfallsituationen die Personen schützen und sich auch für den Rechtsstaat einsetzen.

Dann die Deeskalationsstrategie: Natürlich kann man nicht alle aufhalten. Aber bei Fussballspielen macht man das nämlich schon. Man kann nämlich Leute kontrollieren. Man hat ja jetzt Daten. Das sind junge Leute. "Der schwarze Block" sagt schon: Sie sind schwarz gekleidet und sie haben Utensilien bei sich, die man für eine Demo braucht. Und wenn man wie unser Sicherheitsdirektor sagt: Ich weiss nicht, ob die in die Migros gehen oder nicht, dann muss ich sagen, ich gehe selten mit der Gasmasken in die Migros einkaufen. Also kann man durchaus schon an gewissen Plätzen die Leute herausfiltern und kontrollieren. Und dann hat man die eben gar nicht mehr an der Demo und dann wäre die Demo friedlicher. Und diese Demo, ich habe es selber miterlebt, die war sehr von Hass getrieben. An einem Tag, an dem es erstmals Hoffnung auf Frieden in Palästina und Israel gibt, spricht man in wirklich sehr rüder Manier. Und das stachelt natürlich die Leute auf. Es war keine friedliche Demo, auch von der Rhetorik her. Es war hetzerisch und von Antisemitismus geprägt. Es ist ganz klar: Wenn man sagt, tötet Juden in Bern, dann ist das nicht Kritik an Israel, sondern es ist Antisemitismus. Das muss man einfach auch so benennen.

Jetzt aber: Was machen wir? Wir können hier schimpfen. Am wichtigsten ist, dass die Kräfte für gewisse Werte in diesem Land zusammenarbeiten. Aber wenn man für Werte steht, heisst das auch, dass man eine klare Meinung hat und solche Sachen nicht toleriert. Denn wir haben es vorher gehört in den USA. Es probieren uns alle zu entzweien. Und das wichtige ist, dass wir in der Mitte, und da meine ich jetzt nicht meine Partei, sondern diejenigen, die täglich arbeiten, die das Land vorantreiben, sich nicht von Extremisten von links bis rechts diffamieren lassen, zusammenstehen, eine klare Haltung haben und auch klar hinter der Polizei stehen, wenn das nötig ist. Das heisst nicht, dass man Sachen nicht kritisieren darf. Aber im Rechtsstaat ist es wichtig, dass wir zu diesen Werten und Prinzipien stehen.

Präsident: Ganz kurz, bevor ich der nächsten Sprecherin das Wort erteile, begrüsse ich auf der Tribüne zwei Amtsvorgänger*innen von mir. Wir haben Jürg Küffer bei uns, er ist Stadtratspräsident aus dem Jahr 1993, und Barbara Nyffeler, unsere Stadtratspräsidentin von 2020. Sie sind heute mit einer Delegation der SP Sektion Ost bei uns,

Ich begrüsse euch alle, natürlich auch alle anderen auf der Tribüne, die sich nicht angemeldet haben. Keine Angst, ihr hättet das nicht tun müssen. Aber ich finde, bei zwei Vorgänger*innen hier auf diesem Stuhl erlaube ich mir, diese zu begrüßen. Als nächstes für die Partei GLP, Corina Liebi.

Corina Liebi (JGLP) für die Partei: Dass eine Demo, die das Leid in Gaza aufzeigen soll, zu so immensen Ausschreitungen geführt hat, ist ausserordentlich bedauerlich. Die Gewalt, die von einem Teil dieser Demonstrierenden ausgeübt wurde, ist mit keiner Argumentation zu rechtfertigen. Wir waren schockiert über die Bilder, die durch die Medien verbreitet wurden – zerschlagene Schaufenster, Mobiliar, das durch die Luft fliegt oder angezündet wird, und das Della Casa, das knapp an der Feuerkatastrophe vorbeigeschrammt ist. Da bringt uns ein UNESCO-Managementkulturplan nichts. Eine Gruppe von Chaoten, und wie man den Medien entnehmen konnte, auch Chaotinnen, hat bewusst in Kauf genommen, dass Personen verletzt werden, und eine Spur der Verwüstung in unserer Stadt hinterlassen. Das nützt ihnen gar nichts und bringt niemandem etwas und dient dem Anliegen der Demo in keiner Art und Weise. Mehr noch als über den Sachschaden sind wir über den Hass schockiert, der die Taten motiviert hat.

Hass hat keinen Platz in unserer Stadt, Gewalt hat keinen Platz in unserer Stadt und auch Antisemitismus hat keinen Platz in unserer Stadt. Die Vorkommnisse vom vergangenen Samstag waren ein direkter Angriff auf unsere Demokratie. Die Stadt Bern hat sich stets offen gezeigt, Bewilligungen für Demonstrationen zu erteilen. Das Recht auf freie Meinungsäusserung und die Möglichkeit, seine Anliegen öffentlich bei einer Demo zu teilen, stützen unsere Demokratie. Aber seien wir ehrlich: Am Samstag ist es gar nicht um das gegangen. Man hat schon im Vorfeld aufgrund verschiedener Aufrufe zu dieser unbewilligten Demo gesehen, dass es nie um einen friedlichen Protest gehen sollte.

Und das, geschätzte Anwesende, ist absolut inakzeptabel. Es gefährdet das Vertrauen der Bevölkerung in unseren Rechtsstaat, greift die demokratischen Rechte direkt an und lässt einen nur den Kopf schütteln. Gewalt und Extremismus von links wie von rechts haben in unserer Gesellschaft auch keinen Platz. Diverse Personen sind an diesen Ausschreitungen vom Samstag verletzt worden, nicht nur Polizist*innen und Demonstrierende, sondern auch unbeteiligte Passant*innen, die unbeabsichtigt ins Geschehen hineingezogen wurden. Solche Vorkommnisse hautnah mitzuerleben, kann einem Angst machen und ganz besonders noch, wenn man mit seinen Kindern in der Stadt unterwegs ist. Auch die Mitarbeitenden von diversen Geschäften und Gastrobetrieben sind einmal mehr in eine Situation geraten, die sie selber nicht beeinflussen konnten. Von den Umsatzeinbussen und dem Aufräumaufwand nach diesen Geschehnissen für das Gewerbe reden wir gar nicht erst.

Jetzt ist es an unserem Rechtsstaat, die Verantwortlichen zu identifizieren und Straftatbestände konsequent zu verfolgen. Zum Schluss möchte ich noch unseren Dank an die Behörden aussprechen, die ihr Möglichstes getan haben, um die Situation zu deeskalieren und eine sorgfältige Risikoanalyse vorgenommen haben. Auch wenn es nicht gelungen ist, die Ausschreitungen zu verhindern, sind wir nicht unvorbereitet in die Situation hineingerasselt. Darum ein grosses Merci an alle Beteiligten. Wir wünschen uns sehr, dass es nie mehr zu einer solchen Eskalation kommt.

Präsident: Als nächstes für die Partei Junge Alternative, Ronja Rennenkampff.

Ronja Rennenkampff (JA) für die Partei: Die JA! verurteilt jegliche Art der Gewalt: Die Gewalt eines Teils der Demonstrierenden, die Gewalt der Polizei gegenüber Demonstrierenden und unbeteiligten Passant*innen, die Gewalt der israelischen Armee gegenüber der palästinensischen Bevölkerung, die Gewalt der Hamas gegenüber der israelischen Bevölkerung, die Gewalt der UBS, die mit ihren Profiten und Investitionen beispielsweise in Elbit-Systems jeden Tag Menschen tötet, die Gewalt des Schweizer Staates durch tatenloses Zuschauen eines Genozids. Die JA! solidarisiert sich mit allen Verletzten und Betroffenen dieser Gewalt. Die JA! distanziert sich zudem klar vom Demo-Aufruf, welcher die Hamas glorifiziert, und grundsätzlich von jeglicher Art von Antisemitismus. Trotz des problematischen Aufrufs – und sicher nicht deswegen – sind am Samstag 10'000 Menschen auf die Strasse gegangen, 10'000 Menschen demonstrierten gegen den Krieg in Gaza und forderten die Schweiz auf, endlich Verantwortung zu übernehmen. Wir verstehen den Frust und die Wut der Demonstrierenden, sich für dieses Anliegen einzusetzen. Einige Teilnehmende verurteilen den problematischen Demo-Aufruf, aber es war ihnen wichtiger, ein politisches Zeichen gegen den Genozid zu setzen.

Am Samstag war klar zu sehen, wie viele Menschen frustriert über die Untätigkeit der Schweizer Politik sind. Alle Demonstrierenden in einen Topf zu werfen, ist deshalb nicht angebracht. Ein Grossteil der Teilnehmenden hat friedlich demonstriert und war nicht an den Ausschreitungen beteiligt. Parolen wurden geschrien, Menschen haben getrommelt und die Zusammensetzung der Demonstrierenden war sehr divers. Sie kamen mit der Intention, sich gemeinsam gegen den Genozid einzusetzen. Diesen Menschen wurde das Recht, friedlich zu demonstrieren, genommen. Die JA! verurteilt dies aufs Schärfste.

Für uns ist aber auch klar, dass faktenfreie Spekulationen und die Diffamierung einer grösstenteils friedlichen und legitimen Solidaritätsbewegung in der aktuellen Debatte nicht zielführend sind. Von einem Angriff auf die Demokratie zu reden und gleichzeitig das Recht auf Protest einschränken zu wollen, ist aus unserer Sicht mehr als widersprüchlich. Demonstrieren ist ein Grundrecht und muss gewährleistet sein, auch wenn die Demo unbewilligt ist. Das stellt Amnesty Schweiz klar. Eine unbewilligte Demo ist nicht automatisch verboten. Eine Person, die friedlich demonstriert, verliert ihr Recht auf Protest nicht, weil ein Teil der Demonstrant*innen gewalttätig ist. Wir lehnen alle Forderungen, Demonstrationen noch mehr einzuschränken, mehr Polizeigewalt anzuwenden oder absurde Aussagen wie "die Antifa verbieten", entschieden ab.

Anstatt Grundrechte noch weiter einzuschränken, fordern wir eine Meldepflicht statt eine Bewilligungspflicht. Zusätzlich fordern wir die Abschaffung der Kostenüberweisung bei Kundgebungen. Das Recht auf Protest muss geschützt und ausgebaut statt abgebaut werden. Die Gewalt an der Demonstration war massiv. Im Raum stehen einerseits Anschuldigungen von Sachbeschädigung, Landfriedensbruch, Brandstiftung etc. von Demonstrierenden, andererseits Anschuldigungen wegen eines unverhältnismässigen Einsatzes von Zwangsmitteln wie Wasserwerfer, Gummischrot und Einkesselung und stundenlange Festhaltung Hunderter seitens der Polizei. Die Vergangenheit zeigt, dass diese nicht die gleichen strafrechtlichen Konsequenzen haben. Wir fordern eine Gleichbehandlung aller Formen von Gesetzeswidrigkeiten. Gewaltausübende Polizist*innen haben für ihre unverhältnismässige Gewalt genauso Konsequenzen zu tragen wie gewaltausübende Demonstrierende. Wir als JA! verurteilen jegliche Form von Gewalt. Wir fordern, dass jede Art von Gewalt strafrechtliche Konsequenzen hat. Anstatt das Grundrecht zu demonstrieren, weiter einzuschränken, fordern wir erstens, dass Polizeigewalt

konsequent aufgearbeitet wird, zweitens eine Meldepflicht statt einer Bewilligungspflicht und die Abschaffung der Kostenüberweisungen, drittens, dass die Schweizer Politik den friedlichen Demonstrierenden zuhört und handelt. Arbeiten wir gemeinsam weiter, um Grundrechte zu stärken und Gewalt auf allen Ebenen konsequent zu verurteilen.

Präsident: Für die Partei EVP Debora Alder-Gasser.

Debora Alder-Gasser (EVP) für die Partei: Eine Gruppe jüdischer Ukrainer*innen, welche vor dem Krieg geflüchtet sind und die sich am Sabbat jeweils in der Nähe des Bundesplatzes aufhalten, kontaktierten am Freitagabend die Polizei, um zu fragen, wie sie sich bei ihrer Sabbatfeier verhalten sollen. Die Polizei wies auf Nachfrage darauf hin, dass Flaggen und andere Dinge, die sie als Juden erkennbar machen, als Provokation gesehen werden könnten. Aus Angst vor den Demonstrant*innen beendete die Gruppe schliesslich die öffentliche Sabbatfeier frühzeitig und zog sich in das Untergeschoss zurück, um dort versteckt und in Ruhe weiter zu feiern.

Was ist denn das für eine Stadt, wo das Recht auf Meinungsäusserung auf Kosten von Minderheiten geht? Wie ist es möglich, dass Menschen Botschaften voller Hass und den Wunsch nach Zerstörung aller Juden frei in die Stadt hineinrufen und -sprayen? Ich bin tief betroffen. Wir als EVP sind tief betroffen, wenn wir an die Menschen mit jüdischem Hintergrund denken, die in unserer Stadt leben. "Fuck Zionists" oder sogar "Kill your local Zionist" waren die Botschaften, die ihnen entgegengeschleudert wurden. Viele von Ihnen wissen sehr genau, dass Zionist mittlerweile ein Codewort für alle Jüd*innen ist und wie schnell und unreflektiert grundsätzlich Menschen als Zionisten "getagt" und somit zur Zielscheibe von Gewalt und Einschüchterung deklariert werden.

Was bei uns grosse Fragen auslöst, ist, wieso so viele linksdenkende Menschen, die spezialisiert darauf sind, ihre Wörter ganz bewusst zu wählen und sicherzustellen, dass Begriffe auf jeden Fall alle einschliessen, plötzlich beim Israel-Palästina-Konflikt damit so nachlässig werden. Pauschalisierung werden plötzlich wieder en vogue und die Differenziertheit bleibt aussen vor. Ja, ein Grossteil oder wahrscheinlich die Mehrheit linker Parteien und Gruppierungen haben sich im Vorfeld oder auch im Nachgang von dieser Demo distanziert. Und darüber sind wir froh. Trotzdem fragen wir uns, wie es so weit kommen konnte, dass tausende Menschen einer Einladung gefolgt sind, auf der das rote Dreieck der Hamas prangte, einer Einladung, die Hamas-Propaganda wiedergab, und ein Mobilisierungsvideo, das laut der WOZ mit einem islamistischen Lied in arabischer Sprache unterlegt war.

Es ist klar: Eine Demonstration für den Frieden, welche zu Recht auf das Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung hinweist, sieht anders aus. Als ich mit einem meiner Kinder die Schäden besichtigte und über die Ausschreitungen austauschte und dem Kind sagte, dass da auch Bernerinnen und Berner mitgemacht haben, konnte es das natürlich kaum glauben. "Mama, aber das ergibt doch überhaupt keinen Sinn. Diese Stadt gehört doch uns allen", sprudelte es aus ihr heraus. Auch wenn sie natürlich den Satz in Bezug auf die 10 bis 20% Berner*innen gesagt hat, welche sich an der Gewalteskalation beteiligt haben, beschäftigt mich dieser Satz seither im Zusammenhang mit dieser ganzen Debatte über diese Demonstration.

Diese Stadt gehört uns allen und genau deshalb darf es keine Toleranz für Gewalt und Hass geben. Wir alle gestalten die Demokratie in dieser Stadt. Meinungsfreiheit ist zentral und friedlicher Protest ist legitim und auch wichtig. Aber antidemokratische Kräfte,

Hass und Gewalt haben keinen Platz. Wer dieser Eskalation ein Aber hinzufügt, verkennt, was für ein Angriff auf unsere Demokratie das war. Wir alle entscheiden mit, ob unsere Stadt ein Ort des respektvollen Dialogs ist. Ob wir trotz Meinungsverschiedenheiten immer den Menschen im Gegenüber sehen, ob sich alle Menschen jeglicher Haltung, Herkunft und Glauben frei und sicher fühlen. Und wir alle tragen Verantwortung, dass das auch für unsere jüdischen Mitbürger*innen gilt. Hass, Ausgrenzung, Gewalt und Einschüchterung dürfen keinen Platz haben – ohne Wenn und Aber.

Präsident: Für die Partei Grünes Bündnis, Lea Bill.

Lea Bill (GB) für die Partei: Die letzten Tage und auch die heutige Diskussion hier im Rat zeigen für das Grüne Bündnis vor allem eines: Es gilt Gleichzeitigkeiten und vermeintliche Widersprüche auszuhalten. Wir distanzieren uns vom Demo-Aufruf, weil darin die Hamas verharmlost und auch das Vokabular der Hamas verwendet wird. Und im Aufruf wird implizit auch das Existenzrecht Israels aberkannt. Das ist antisemitisch. Deshalb haben wir auch nicht zur Demo aufgerufen und sie nicht unterstützt. Ebenso verurteilen wir antisemitische Äusserungen im Rahmen der Demo und wir verurteilen die Gewalt an der Demo, insbesondere weil sie Personen gefährdet hat. Hier spreche ich sowohl von Polizist*innen, von Mitdemonstrierenden und auch von Unbeteiligten, die zum Beispiel in der Schauplatzgasse gearbeitet haben. Das ist verantwortungslos und nicht zu akzeptieren.

Gleichzeitig haben wir Verständnis für die Wut und die Ohnmacht der Demonstrierenden angesichts des Genozids in Gaza und der Untätigkeit der Schweiz. Und wir stellen uns gegen die ständige Diffamierung der Palästina-Solidarität, die jetzt schon zwei Jahre dauert. Zudem wehren wir uns dagegen, alle Demonstrierenden in einen Topf zu werfen und unter Generalverdacht zu stellen. Der grösste Teil der Demonstrierenden war friedlich. In diesem Zusammenhang stellen wir auch die Verhältnismässigkeit des Polizeieinsatzes in Frage. Die Polizeipräsenz war massiv. Die Polizei setzte die Zwangsmittel wie Gummischrot und Wasserwerfer auf sehr kurze, wir müssen zurzeit davon ausgehen, zu kurze Distanzen ein. Und die Einkesselung dauerte unendlich lange. Die Bedingungen darin waren fragwürdig. Betroffen waren auch viele friedlich Demonstrierende. Es ist halt leider nicht so einfach, wie es die Bürgerlichen und wie es auch die Medien gerne hätten.

Die Menge am Samstag war unglaublich durchmisch. Junge, Alte und Kinder haben demonstriert, Demoerfahrene und Demoneulinge, Menschen mit unterschiedlichen Beweggründen und ganz vielfältigen politischen Hintergründen. Und wie gesagt, mindestens 90% der Demonstrierenden waren friedlich unterwegs und haben sich für eine legitime Sache engagiert. Es war denn auch aus Sicht des Grünen Bündnisses richtig, dass die Demo trotz fehlender Bewilligung laufen konnte. Und hier gilt es auch zu betonen, das sage ich nicht zum ersten Mal hier an diesem Redepult, Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind Grundrechte und deren Wahrung ist zentral für unsere Demokratie. Die Verteidigung demokratischer Grundrechte ist auch eine Hauptaufgabe für uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Gleichzeitig ist es natürlich auch in einem Rechtsstaat möglich und richtig, strafrechtlich relevante Vergehen zu ahnden. Das soll und wird im Nachgang der Demo passieren beziehungsweise geschieht bereits.

Aber ich muss hier auch klarstellen: Die Teilnahme an der unbewilligten Demonstration, auch wenn diese zu Teilen eskaliert, ist nicht per se verboten und kann strafrechtlich nicht verfolgt werden. Die Forderungen der Bürgerlichen nach einer grundsätzlich härteren Gangart sind denn auch fehl am Platz und rechtsstaatlich haltlos. Ich zitiere in diesem Zusammenhang gerne den Anwalt und Rechtsprofessor Simon Huwiler. Er

hat das gestern im Blick gesagt: Die Teilnahme an unbewilligten Demonstrationen reicht zu Recht nicht aus, um jemanden längerfristig in Haft zu nehmen. Wir leben glücklicherweise nicht in einer Diktatur, in der rechtsstaatliche Garantien nicht mehr gelten. Diese Garantien müssen auch dann gelten, wenn das politische und gesellschaftliche Kopfschütteln über eine eskalierte Demo gross ist. An den Rechtsstaat gebunden ist auch die Polizei. Die Recherchen und Beobachtungen von Amnesty International und den Demokratischen Jurist*innen sind erschreckend – der Einsatz von Gummischrot und Tränengas aus nächster Nähe, ohne Vorankündigungen, auch auf Personen, von denen keine Gewalt ausging. Es wurden Menschen verletzt, auch solche, von denen eben keine Gewalt ausging, unter anderem auch am Kopf und im Gesicht. Dazu kommt die Einkesselung durch die Polizei. Den Kessel konnten gemäss den Demokratischen Jurist*innen nicht alle, die wollten, verlassen. Die Personen wurden bis zu 12 Stunden festgehalten und dies unter fragwürdigen Bedingungen. Und ja, es ist möglich, gleichzeitig die Gewalt eines Teils der Demonstrierenden und auch die Gewaltanwendung der Polizei zu kritisieren. Auch das eine Gleichzeitigkeit, die wir aushalten müssen. Zum Schluss noch ein paar Worte zur antidemokratischen Rhetorik der Bürgerlichen: Diese ist brandgefährlich – die Linke vom Nachrichtendienst stärker zu überwachen, Demos von Anfang an den Riegel zu schieben, bis zu einem Verbot der Antifa. Da bewegen wir uns in einem Fahrwasser von autoritären, antidemokratischen Regierungen. Und dagegen stellen wir uns mit aller Vehemenz. Konzentrieren wir uns jetzt stattdessen darauf, wie es bereits der Gemeinderat in seiner Medienmitteilung geschrieben hat, alle Aspekte der Demo aufzuarbeiten. Dabei spreche ich von den strafrechtlichen Ermittlungen gegen die gewalttätigen Demonstrierenden, aber auch der Aufarbeitung des Polizeieinsatzes und der Verteidigung der Grundrechte in dieser Stadt. Es gilt, alle diese Aspekte aufzuarbeiten.

Präsident: Ich habe keine weiteren Anmeldungen von Parteien, die sich noch äussern möchten. Ich erteile somit jetzt dem Gemeinderat das Wort. Für den Gemeinderat beginnt Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Stadtpräsidentin: Herr Stadtratspräsident, geschätzte Stadträt*innen, geschätzte Anwesende. Es ist ein wichtiges Zeichen, dass wir diese Debatte aus aktuellem Anlass führen. Was am letzten Samstag in der Innenstadt passiert ist, hat auch uns hier in diesem Saal erschüttert. Ich danke Ihnen für die engagierten Voten und die deutlichen Worte gegen diese masslose und sinnlose Gewalt. Wenn man die Bilder der Angriffe auf die Polizistinnen und Polizisten sieht, sehe ich darin eben auch eine Entmenschlichung. Da wird auf Polizistinnen und Polizisten mit grobem Geschütz eingeschlagen, als wären sie keine Menschen. Diese Bilder machen mich wirklich fassungslos. Mir ist es wichtig, hier auch noch einmal im Namen des Gemeinderats festzuhalten: Diese Gewalt ist durch nichts zu rechtfertigen. Wir verurteilen sie aufs Schärfste. Ich möchte den Polizistinnen und Polizisten und allen Einsatzkräften für ihre gute Arbeit unter diesen schwierigen Bedingungen danken und wünsche allen Verletzten baldige Besserung.

Bern ist das Politzentrum unseres Landes. Die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut unserer Demokratie und dazu gehört auch die Demonstrationsfreiheit. Bern ist regelmäßige Kundgebungen und Demonstrationen gewöhnt. Dem Gemeinderat ist bewusst, dass diese Kundgebungen auch immer wieder Einschränkungen für die Geschäfte in der Innenstadt darstellen. Demokratie ist oft anstrengend und immer wieder gilt es, Begleiterscheinungen eben halt auch auszuhalten. Aber was am letzten Samstag mit diesen Ausschreitungen passiert ist, hat mit Demokratie nichts mehr zu tun. Das müssen

wir nicht aushalten, diese Gewalt akzeptieren wir nicht. Es ist legitim, gegen die Kriegsführung der israelischen Regierung in Gaza demonstrieren zu wollen. Es ist verständlich, vom immensen Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung bewegt zu sein. Die Ereignisse am Samstag haben aber auch klar gezeigt, warum Demonstrationen gut organisiert werden und warum es die Absprachen mit den Behörden eben braucht. Die Stadt hat gewarnt und auch aufgerufen, nicht an der unbewilligten Demonstration teilzunehmen. Wie es herausgekommen ist, wissen wir alle.

Die Kundgebung wurde von einem gewaltbereiten Teil regelrecht gekapert. Statt Friedensforderungen dominierten Bilder von Gewalteskapaden. Diese Ausschreitungen haben dem eigentlichen Anliegen wirklich einen Bärendienst erwiesen. Es hat bei den Aufrufen im Vorfeld und auch während der Demonstration Antisemitismus gegeben. Das ist wirklich inakzeptabel. Das hat in Bern keinen Platz. Ja, Debora, die Stadt gehört allen. Weil Eskalationen zu befürchten waren, hat die Polizei ein grosses Dispositiv aufgebaut. Eine Demonstration mit so vielen Menschen lässt sich nicht einfach unterbinden. Wir können nicht einfach die Innenstadt total abriegeln. Polizeihandeln muss natürlich immer verhältnismässig sein. Und darum liess man die Demonstration zum Bundesplatz ziehen. Hier hätte weiterhin eine friedliche Kundgebung stattfinden können.

Als ein gewaltbereiter Teil eskalierte, musste die Polizei entschiedene Mittel einsetzen. Der Gemeinderat hat gestern im Beisein der Polizei die Vorkommnisse erörtert. Wir, die Polizei und der Gemeinderat, wollten die Eskalation mit allen Mitteln verhindern. Der Gemeinderat bedauert, dass es trotzdem zu diesen wüsten Ausschreitungen gekommen ist. Bei allem Verständnis, dass die Emotionen nach solch sinnloser Gewalt hochgehen, muss es jetzt um konstruktive Lösungen gehen. Krasse Forderungen, gegenseitige Anschuldigungen und Schaumschlägereien bringen uns einfach nicht weiter.

Noch zum Klima in unserer Gesellschaft. Es ist bedenklich, was auf Social Media und in den Kommentarspalten abgeht. Mit einer konstruktiven Aufarbeitung hat das gar nichts zu tun. Diese zunehmende Verrohung im Umgang miteinander senkt die Hemmschwelle zum Ausleben von Wut und Frustration. Es rechtfertigt aber weder Gewalt noch Drohung. Merci, Michael Ruefer, für dein Votum dazu. Den zunehmenden Antisemitismus in unserer Gesellschaft dürfen wir nicht tolerieren. Wir stehen hier als Stadt, aber eben auch als Gesellschaft in der Verantwortung. Hier sind wir alle gefragt.

Selbstverständlich gilt es nach solchen Ereignissen, eine Auslegeordnung zu machen und auch selbstkritisch hinzuschauen und auch zu schauen, was man ein anderes Mal anders oder besser machen müsste. Dieser Prozess läuft, die Strafverfolgung wird auch in ihren Bahnen verlaufen. Das ist gut so. Der Nachweis von Vergehen ist aufwendig und die Strafverfolgung wird Zeit brauchen. Der Gemeinderat dankt den verantwortlichen Behörden im Voraus für diese Arbeit. Es gab Forderungen, die Deeskalationstrategie sei gescheitert. Ich habe es bereits gesagt: Das Geschehene wird nun sorgfältig aufgearbeitet. Aber für mich ist klar, Deeskalation und Verhältnismässigkeit muss weiterhin das Ziel sein. Ich übergebe nun an Sicherheitsdirektor Alec von Graffenried.

Präsident: Für den zweiten Teil des Votums des Gemeinderats, Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Ich konnte mich schon oft äussern zum Thema. Ich werde vieles nicht wiederholen, was ich in den letzten Tagen bereits sagen konnte. Ich danke Ihnen allen, dass Sie sich so klar von der Gewalt distanziert haben und dass Sie sich auch von dieser Art einer Kundgebung distanziert haben. Ich glaube, es ist

wichtig, dass wir diesbezüglich auch ein gemeinsames Verständnis entwickeln und darauf dann auch reagieren. Der Gemeinderat hat sich, Sie haben das soeben von der Stadtpräsidentin gehört, auch ebenso klar von der Gewalt distanziert. Eine solche Kundgebung genießt nicht den Schutz der Meinungsäusserungsfreiheit und der Versammlungsfreiheit. Sie genießt den grundrechtlichen Schutz eben nicht. Wir wollen wirklich diesen Grundrechtsschutz auch verwesenlichen. Aber dazu gehört auch, dass wir solche Kundgebungen nicht in dieser Form stattfinden lassen.

Es wurde jetzt auch viel über die Polizeigewalt gesprochen. Es ist logisch, dass die Polizeigewalt Zwangsmittel anwenden muss, wenn der Rechtsstaat in dieser Form angegriffen wird. Und ich bitte Sie, auch zu berücksichtigen: Das waren Notwehrsituationen. Ich begrüße es, dass so viele von Ihnen das auch beobachten konnten. Sie haben das auch gesehen. Die Demonstration ist sehr gut dokumentiert. Aber das sind Notwehrsituationen und in Notwehrsituationen können Sie dann den Gewalteinsatz eben nicht so steuern, wie Sie sich das wünschen. So ist das auch zu erklären. Unter Notwehr handelt man eben anders. Und die Polizei musste dort auch anders handeln. Es wurde oft gesagt: Warum unterdrückt ihr eine solche Demonstration nicht? Man kann eine Demonstration unterdrücken. Was man wissen muss im Vorfeld: Die, die anreisen, wenn erkannt wird, dass jemand von ihnen mit Waffen, mit Sprengstoff, mit Feuerwerk anreist, dann versucht man natürlich vorher, diese von der Kundgebung fernzuhalten. Das ist aber sehr schwierig, weil die Leute das natürlich auch nicht offen tragen und das auch nicht sichtbar ist. Wenn eine Demonstration unterdrückt wird, dann verlieren wir an Freiheit, aber für alle. Dann ist den Geschäften auch nicht geholfen, denn dann leidet die Bewegungsfreiheit, dann müssen sie wirklich alle 10 Meter, alle 5 Meter kontrolliert werden, damit man verhindern kann, dass sich überhaupt eine Kundgebung bildet. Und dann haben wir auch nicht das freie Stadtleben, das wir uns wünschen. Wir haben das bereits mehrmals gehabt, dass man das versucht hat. Aber dabei geht dann sehr viel Freiheit verloren und das wollen wir eben auch nicht. Wir wollen die Innenstadt nicht abriegeln. Wir wollen eine Stadt für alle. Wir wollen eine offene Stadt sein. Aber diese Freiheit ist eben auch mit den Risiken verbunden, dass man nicht alles verhindern kann, was eben in einer solchen Freiheit auch entstehen kann. Wir sind nicht Russland, wir sind nicht China, wir sind nicht Nordkorea. Wir wollen die Schweiz bleiben. Wir wollen ein offenes Land bleiben.

Deswegen werden wir auch an der Deeskalationsstrategie festhalten. Das ist uns wichtig. Und darin haben wir eine lange Tradition, diesbezüglich arbeitet der Gemeinderat wirklich sehr gut mit der Kantonspolizei zusammen und früher auch schon mit der Stadtpolizei. Und wir wollen diese Deeskalationsstrategie weiterführen. Sie ist eben unsere Antwort für eine freiheitliche Ordnung, damit wir uns in unserer Freiheit nicht zu stark einschränken lassen müssen. Deswegen lassen wir eine Demonstration grundsätzlich mal laufen, solange sie friedlich ist, und greifen erst ein, wenn sie eben nicht mehr friedlich ist. Und hier muss ich auch ganz klar widersprechen. Es war nicht die Polizei, die Gewalt eingesetzt hat. Die Polizei hat sich nur einer weiteren Ausbreitung in den Weg gestellt und wurde dann massivstens angegriffen. Sie musste sich dann natürlich wehren. Somit ist es erst zur Gewalt gekommen.

Eingeschritten wird grundsätzlich erst, wenn Straftaten begangen werden. Das wurde auch am Samstag so gehandhabt. Aber was man auch sagen muss: Die Polizei war sehr gut vorbereitet auf diesen Einsatz. Deswegen kam es auch zu diesen Festnahmen. Wir arbeiten nicht nur heute, sondern auch in Zukunft diese Demonstration politisch auf. Aber sie wird natürlich auch strafrechtlich aufgearbeitet. Das wird jetzt abgearbeitet. Es wird vermutlich eine längere Zeit dauern. Aber die strafrechtliche Aufarbeitung folgt jetzt. An jene, die fordern, dass wir das Demonstrationsrecht einschränken:

Wir werden diese Diskussion hier führen. Ich nehme an, dass jetzt auch Vorstösse dazu kommen. Wir wollen grundsätzlich das Demonstrationsrecht aufrechterhalten. Wir wollen aber nicht zu einer Meldepflicht übergehen. Wir wollen an der Bewilligungspflicht festhalten. Wir glauben, dass mit dem Vorbereiten einer Demonstration, mit einer Strukturierung der Demonstration auch Inhalte transportiert werden können, damit die politische Debatte nicht nur hier drin stattfindet, dass sie nicht nur in den sozialen Medien stattfindet, sondern dass sie auch auf der Strasse stattfindet, aber in einer friedlichen, in einer freiheitlichen Art und Weise, wie sie unserer Stadt, unserem Land und unserer Demokratie entspricht.

Präsident: Vielen Dank, wir sind am Ende dieser Diskussion zu einem aktuellen Ereignis. Ich danke euch allen sehr für die Art und Weise, wie wir diese Diskussion gemeinsam führen konnten.

Wir kommen somit zurück auf die Traktandenliste, wie sie ursprünglich vorgesehen war. Wir haben jetzt eine Reihe an Wahlen, die wir durchführen.

2025.SR.0303

2 Büro Stadtrat: Ersatzwahl Mitglied

Präsident: Wir beginnen bei Traktandum 2, mit einer Ersatzwahl ins Büro des Stadtrates. Hier eine kurze Erklärung. Wie ihr wisst, verlässt uns Gabriela Blatter heute und sie verlässt entsprechend auch das Ratsbüro. Die Fraktion GLP-JGLP-EVP hätte bis Ende des Kalenderjahres Anspruch auf den Sitz der Stimmenzählerin, müsste diesen aber Ende Jahr räumen. Im Kalenderjahr 2026 ist gemäss Turnus die SVP am Zug. Die beiden Fraktionen haben sich verständigt, den Sitzwechsel bereits jetzt vorzunehmen, weil es nicht zielführend wäre, eine Person für zwei Monate ins Ratsbüro zu wählen und dann wieder ersetzen zu müssen. Für die Wahl ins Ratsbüro nominiert die SVP Alexander Feuz als Stimmenzähler. Gibt es hier weitere Wahlvorschläge zu dieser Wahl? Das ist nicht der Fall. Gibt es von irgendeiner Seite Diskussionsbedarf zu dieser Wahl? Das ist auch nicht der Fall. Dann wählen wir mittels Handerheben. Wer Alexander Feuz als Stimmenzähler ins Ratsbüro wählen möchte, bezeugt dies bitte mit Handerheben.

Antrag 1

SVP

Der Stadtrat wählt Alexander Feuz (SVP) als Stimmenzähler in das Büro des Stadtrats für die zurückgetretene Gabriela Blatter (GLP).

Wahl

<i>Per Handerheben gewählt.</i>

Präsident: Gibt es Enthaltungen? Das ist nicht der Fall, dann gratuliere ich Alexander Feuz zu dieser Wahl. Ich muss noch kurz präzisieren: Die Wahl gilt ab morgen. Das heisst, liebe Gabi, sollten wir in der zweiten Sitzung eine Stimmenzählerin brauchen, dürfen wir sehr gerne noch auf deine Dienste zählen. Ab Freitag übernimmt dann Alexander Feuz.

2025.SR.0282

3 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahl Mitglied

Präsident: Wir kommen zu den Traktanden 3, 4 und 5. Da erlauben wir uns, diese gemeinsam zu behandeln. Sie betreffen Wahlen in die Kommission PVS. Wir haben die Fraktion GB-JA!, welche zum einen Mirjam Läderach als Mitglied in die PVS nominiert, dies als Ersatz für die zurückgetretene Jelena Filipovic. Weiter haben wir immer noch die Fraktion GB/JA!, welche vorschlägt, Franziska Geiser als stellvertretendes Mitglied in die Kommission zu wählen, dies als Ersatz für die als stellvertretendes Mitglied zurücktretende Mirjam Läderach. Und dann haben wir auch noch eine Nomination der SP-JUSO. Die SP-JUSO nominiert Timur Akçasayar als stellvertretendes Mitglied in die Kommission PVS, dies als Ersatz für den zurücktretenden Lukas Schnyder. Seid ihr damit einverstanden, diese drei Wahlen gemeinsam durchzuführen? Gibt es bei der PVS weitere Wahlvorschläge? Gibt es Diskussionsbedarf? Dann wählen wir auch hier mit Handerheben. Wer die drei Leute in die jeweiligen Ämter wählen will, bezeugt das bitte mit Handerheben. Gibt es hier Enthaltungen? Das ist nicht der Fall.

Antrag 1

GB/JA

Der Stadtrat wählt Mirjam Läderach (GB) als Mitglied der Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS) für die zurückgetretene Jelena Filipovic (GB).

Wahl

<i>Per Handerheben gewählt.</i>

2025.SR.0283

4 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahl stellvertretendes Mitglied

Gemeinsame Beratung der Traktanden 3 bis 5: siehe Traktandum 3.

Antrag 1

GB/JA

Der Stadtrat wählt Franziska Geiser (GB) als stellvertretendes Mitglied der Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS) für die zurückgetretene Mirjam Läderach (GB).

Wahl

<i>Per Handerheben gewählt.</i>

2025.SR.0284

5 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahl stellvertretendes Mitglied

Gemeinsame Beratung der Traktanden 3 bis 5: siehe Traktandum 3.

Antrag 1

SP/JUSO

Der Stadtrat wählt Timur Akçasayar (SP) als stellvertretendes Mitglied der Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS) für den zurückgetretenen Lukas Schnyder (SP).

Wahl

<i>Per Handerheben gewählt.</i>

2025.SR.0261

6 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Ersatzwahl Mitglied

Präsident: Wir kommen somit zu den Traktanden Nummer 6 und 7. Da hier geht es um Wahlen bei der SBK. Die GFL nominiert als neues Mitglied für die SBK Carola Christen, dies als Ersatz für die heute zurücktretende Francesca Chukwunyere. Und ebenfalls die GFL nominiert Mirjam Roder als neues stellvertretendes Mitglied, dies als Ersatz für die zur Wahl stehende Carola Christen. Gibt es bei dieser Wahl weitere Wahlvorschläge, gibt es Diskussionsbedarf? Wer die zwei wählen will, bezeugt es mit Handerheben, gibt es Enthaltungen? Das ist nicht der Fall.

Antrag 1

GFL

Der Stadtrat wählt Carola Christen (GFL) als Mitglied der Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK) für die zurückgetretene Francesca Chukwunyere (GFL).

Wahl

<i>Per Handerheben gewählt.</i>

2025.SR.0286

7 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Ersatzwahl stellvertretendes Mitglied

Gemeinsame Beratung der Traktanden 6 und 7: siehe Traktandum 6.

Antrag 1

GFL

Der Stadtrat wählt Mirjam Roder (GFL) als stellvertretendes Mitglied der Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK) für die zurückgetretene Carola Christen (GFL).

Wahl

Per Handerheben gewählt.

2025.SR.0285

8 Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl Mitglied

Präsident: Dann sind wir bei den Traktanden 8 und 9. Hier geht es um die RWSU. Die SP-JUSO nominiert Dominique Hodel als Mitglied in die RWSU, dies als Stellvertretung für den zurücktretenden Lukas Schnyder. Und die SP-JUSO nominiert Lukas Schnyder als stellvertretendes Mitglied in die RWSU, dies als Ersatz für Laura Brechbühler. Gibt es bei der RWSU bei diesen zwei Wahlen weitere Wahlvorschläge, gibt es Diskussionsbedarf? Dann wählen wir auch hier mit Handerheben. Wer die zwei wählen will, bezeugt dies bitte mit Handerheben. Gibt es Enthaltungen? Das ist nicht der Fall. Dann sind wir durch mit den Wahlen.

Antrag 1

SP/JUSO

Der Stadtrat wählt Dominique Hodel (SP) als Mitglied der Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU) für den zurückgetretenen Lukas Schnyder (SP).

Wahl

Per Handerheben gewählt.

2025.SR.0301

9 Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl stellvertretendes Mitglied

Gemeinsame Beratung der Traktanden 8 und 9: siehe Traktandum 8.

Antrag 1

SP/JUSO

Der Stadtrat wählt Lukas Schnyder (SP) als stellvertretendes Mitglied der Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU) für die Laura Brechbühler (SP).

Wahl

Per Handerheben gewählt.

2025.SR.0259

10 Protokoll Stadtrat 13 vom 21.08.2025; Genehmigung

Präsident: Wir haben die Traktanden 10 und 11. Das sind zwei Protokollgenehmigungen. Bei uns sind dazu keine Änderungswünsche eingegangen. Gibt es von eurer Seite Diskussionsbedarf zu diesen beiden Traktanden? Das ist nicht der Fall. Sind die Protokolle bestritten? Das ist auch nicht der Fall. Dann gelten diese zwei Protokolle als genehmigt.

Stillschweigend genehmigt.

2025.SR.0260

11 Protokoll Stadtrat 14 vom 28.08.2025; Genehmigung

Gemeinsame Beratung der Traktanden 10 und 11: siehe Traktandum 10.

Stillschweigend genehmigt.

Präsident: Liebe Anwesende, ihr kennt mich und meine manchmal etwas strenge Art, Sitzungen zu leiten. Es ist eigentlich erst 18.47 Uhr, aber ich erlaube mir, die erste Sitzung hier zu beenden. Ich glaube, es tut uns allen gut, kurz ein wenig durchzuatmen. Im Gegenzug bitte ich euch, wirklich pünktlich hier zu sein, damit wir um 20.30 Uhr mit der Traktandenliste fortfahren können.

Schluss der Sitzung: 18.47 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

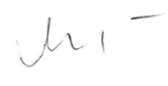
16.01.2026

X 

Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

für das Protokoll

30.06.2026

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:30 Uhr

Stadtrat anwesend

Tom Berger, Präsident

Valentina Achermann
Janina Aeberhard
Nadine Aebischer
Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Lena Allenspach
Emanuel Amrein
Mirjam Arn
Oliver Berger
Natalie Bertsch
Gourab Bhowal
Lea Bill
Laura Binz
Gabriela Blatter
David Böhner
Laura Brechbühler
Jacqueline Brügger
Michael Burkard
Carola Christen
Laura Curau
Andreas Egli
Nik Eugster
Alexander Feuz
Jelena Filipovic
Dominik Fitze

Seraina Flury
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser
Helin Genis
Thomas Glauser
Bernadette Häfliger
Georg Häsler
Bernhard Hess
Dominique Hodel
Thomas Hofstetter
Stephan Ischi
Monique Iseli
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Nora Joos
Barbara Keller
Fuat Köçer
Mirjam Läderach
Anna Leissing
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Nicolas Lutz

Salome Mathys
Esther Meier
Matteo Micieli
Szabolcs Mihályi
Tanja Miljanovic
Dominic Nellen
Roger Nyffenegger
Shasime Osmani
Chantal Perriard
Ronja Rennenkampff
Simone Richner
Mirjam Roder
Michael Ruefer
Judith Schenk
Lukas Schnyder
Tobias Sennhauser
Chandru Somasundaram
Ursula Stöckli
Irina Straubhaar
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann
Karel Ziehli

Stadtrat entschuldigt

Francesca Chukwunyere
Raffael Joggi

Ingrid Kissling-Näf
Nora Krummen

Cemal Özçelik
Michelle Steinemann

Gemeinderat anwesend

Marieke Kruit PRD
Alec von Graffenried SUE

Ursina Anderegg BSS

Melanie Mettler FPI

Stadtkanzlei anwesend

Claudia Mannhart, Leitung Stadtkanzlei

Parlamentsdienste anwesend

Nadja Bischoff, Leitung Parlamentsdienste
Mago Flück, Weibeldienste
Cornelia Stücker, Weibeldienste

2017.PRD.000097

12 Sanierung Freibad Lorraine; Projektierungskrediterhöhung und Baukredit (Abstimmungsbotschaft)

Präsident: Liebe Anwesende, es ist Zeit, die zweite Sitzung zu beginnen. Bitte nehmt eure Plätze ein, bitte fahrt den Geräuschpegel runter und wir fahren jetzt mit unserer Traktandenliste fort, so wie sie ist. Das heisst wir sind jetzt bei Traktandum Nummer 12: Das ist ein Sachgeschäft mit obligatorischem Referendum. Es geht um die Sanierung des Freibads Lorraine; Projektierungskrediterhöhung und Baukredit inklusive Abstimmungsbotschaft. Für die vorberatende Kommission PVS hat das Wort, Tanja Miljanovic.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Kommission: Der Ratspräsident hat das Geschäft bereits benannt, also die Sanierung des Freibads Lorraine. Ich werde ganz wenig zum Geschäft selbst sagen, weil wir das ja alle schon gelesen und in der Kommission diskutiert haben. Ich werde versuchen, einfach nur ein paar Eckpunkte zu nennen und dann auf die Diskussion in der Kommission einzugehen. Es ist eines der ältesten Flussbäder der Schweiz und erbaut wurde es 1892. 1949 war wieder ein grosser Meilenstein durch die Trennung von der Aare. 2004 kam das Buvette-Gebäude und heute ist es als erhaltenswert eingestuft. Das Bad hat einen sehr hohen Sanierungsbedarf. Seit 2011 wurden regelmässig statische Überwachungen durchgeführt. Die Lehnkonstruktion, also der Damm, das Becken, die Stützmauern, die sind alle in einem schadhaften Zustand und entsprechen auch nicht mehr den gesetzlichen Anforderungen. Im Vortrag heisst es dazu, dass die Restnutzungsdauer nahezu ausgereizt und teilweise überschritten ist. Das Problem ist einfach, dass das plötzlich versagen könnte. Deswegen gibt es auch jetzt schon bereits einige Sofortmassnahmen, bei denen der Damm nicht mit Riemen, sondern mit Metallkonstruktionen für eine längere Zeit gesichert wird. Aber man konnte eben dann auch nicht sagen, wie lange diese Sofortmassnahmen hinhält. Hält es jetzt noch ein Jahr, zwei Jahre oder fünf Jahre? Oder bricht es plötzlich auseinander und man muss es sperren? Um diese Diskussion ging es dann eben auch in der Kommission.

Die Schwimmbecken aber sind auch nicht so toll, denn der Wasseraustausch ist ungenügend. Nach dem Hochwasser 1999 und 2005 gab es bis zu 1 Meter dicken Schlamm- und Sandschicht im Beckenboden, viele Wasserpflanzen, Risse, Abplatzungen, sodass man sich verletzen kann. Die Hochbauten, die wenigen, die es gibt, sind stark sanierungsbedürftig, genauso die Werkleitungen. Bezüglich Rahmenbedingungen und Projektgeschichte: Also die Wasserstrategie 2018 greift hier. Das bedeutet, dass das Flussbad Lorraine die heutige Intimität und den einzigartigen Charakter beibehalten soll. Die Attraktivität und Nutzbarkeit sollen aber verbessert werden. Ausserdem sollen die Wasserqualität und der Flussbadcharakter gestärkt werden. 2015 gab es einen Workshop im Sportamt und im Quartier, dann eine Machbarkeitsstudie und so kam es dann zum ersten Projektvorschlag. Doch wir haben dann 2023 Auflagen im Stadtrat erlassen. Wir haben zwar die Projektierung, den Kredit erhöht, aber wir haben auch Auflagen gemacht, wie zum Beispiel eingesparte Bäume sollen wieder wie ursprünglich gesetzt werden, mehr Biodiversität, Vorzug der Biodiversität vor der Denkmalpflege. Wir wollten auch, dass es mehr Schattenplätze im Kleinkinderbereich gibt. Dem kann teilweise nachgekommen werden, denn es geht einfach nicht mit Bäumen aufgrund des Denkmalschutzes, sondern mit Sonnensegeln. Das ist auch eine Diskussion, die wir dann in der Kommission geführt haben, was hier Priorität haben müsste aus der politi-

schen Sicht. Nämlich, dass es eben diese Rahmung durch die quasi alleearartige Baumpflanzung geben soll. Oder dass man ein, zwei Bäume mehr setzt, damit die Kinder aber auch echten kühlen Schatten haben. Denn unter diesen Segeln ist es trotzdem ganz heiss.

Einiges zu diskutieren gab – das ist auch einer der Knackpunkte in diesem Geschäft – die Revitalisierung der Südwiese, die dann 2013 zum Bad dazugekommen ist, glaube ich. 2013 kam die Wiese dazu und 2015 startete quasi das Projekt. Man hat jetzt dazu eine Machbarkeitsstudie gemacht, die der Kanton auch bezahlt hat. Der Kanton hat schon einen eigenständigen Kredit lanciert. Das Ziel ist mehr Biodiversitätsfläche. Aber das Problem ist, dass der Bedarf für die Liegefläche dort natürlich auch hoch priorisiert werden muss, und das ist ein Zielkonflikt. Wir wollen auch mehr Bäume, mehr Krautsaum und mehr Kleinstrukturen. Auch das soll umgesetzt werden, aber auch das steht im Konflikt mit der Liegewiese. Wir wollen 22,5% naturnahe Räume. Also es ist wirklich ein Ort, aus dem wir ganz vieles maximal herausholen möchten und das wird nicht möglich sein und deswegen ist dann schon die Frage, wie genau, dass wir das umsetzen können. Es war auch ein Anliegen, dass man den Liegebereich für FLINTA-Personen – einen separaten Liegebereich – prüfen solle, aber auch hier scheint der Bedarf für Liegefläche eine höhere Priorität zu geniessen. Denn es würde zusätzlich auch noch Sichtschutzelemente benötigen für die Abtrennung oder die Zonierung und die nördliche Liegefläche ist bereits stark ausgelastet. Dazu gibt es aber dann auch noch Anträge von der PVS, zu denen wir später kommen.

In der Nachhaltigkeit hat man wieder diese verschiedenen Punkte auszutarieren versucht mit Wirtschaft, Umwelt, Gesellschaft. Ich habe das Gefühl, dass das eigentlich recht gut gelungen ist. Da wurde auch nicht viel kritisiert in der Kommission. Die Klimaverträglichkeit versucht man einzuhalten. Dann, was aber auch ein bisschen schwierig war, ist die Baustellenerschliessung. Das haben wir aus verschiedenen Richtungen diskutiert. Es soll entlang der Aare vom Altenbergquartier zum Lorrainebad eine Baustellenerschliessung bereitgestellt werden. Es gibt auch provisorische Verbreiterung im Bereich zweier Privatparzellen, der Uferweg wird in einem Bereich unterbrochen, die Nord-Süd-Verbindung über den Stauwehrsteg Engehalde und Altenbergsteg bleibt gesichert und auch Notausstiege für Schwimmer*innen sind mit dem Quartier abgesprochen und das wird es geben. Aber da gab es zum Beispiel auch die Frage, ob man nicht den ganzen Steg trotzdem zugänglich machen könnte. Das kann man nicht, denn es würde einfach viel zu teuer und aufwendig werden, deswegen gibt es nur diese Notausstiege. Dann gibt es wie im Vortrag erwähnt dieses Nachfolgeprojekt Renaturierungsmassnahmen. Das ist wie ein Fächer: Wir haben das Hauptgeschäft und dann noch zwei Nebemassnahmen. Da geht es genau um diese Südwiese, damit das von der Sanierung des Bads getrennt wird. Das Argument ist, dass es jetzt nicht umsetzbar ist, weil die Sanierung des Bads so dringend ist. Aber an sich sind diese zwei Geschäfte aneinandergekoppelt, weil die Sanierung der Südwiese oder die Renaturalisierung der Südwiese auch eine Ersatzmassnahme ist, die notwendig ist für die Sanierung des Bads. Die zweite Ergänzung im Vortrag ist der Zugang Ost über die Jurastrasse, der im Moment einfach nicht so gut ist und man denkt, wenn man sowieso schon das Bad saniert und die Erschliessung anschaut, dass man da sehr gut Synergien nutzen und das aufwerfen kann. Für das braucht es weitere 570'000 Franken.

Die Anträge des Gemeinderats sind einerseits der Projektierungskredit von 1,97 Mio. Franken, um weitere 1,03 Mio. Franken zu erhöhen auf insgesamt 3 Mio. Franken zuzulasten der Investitionsrechnung. Dann das Projekt Lorraine-Bad Zugang Ost zu genehmigen, das sind die 570'000 Franken. Und dann den Baukredit von 22,26 Mio. Franken zuzulasten der Investitionsrechnung zu genehmigen. Dort sind die 3 Mio. Franken Projek-

tierung bereits drin, und dann noch die Abschreibungen in der Spezialfinanzierung Eis- und Wasseranlagen und die Abstimmungsbotschaft. Die grosse Diskussion, die wir hatten, und wir haben dieses Geschäft in zwei Lesungen behandelt, um genügend Zeit zum Diskutieren zu haben, war eben auch, inwiefern man eine ganzheitliche, aber sanfte Renaturierung im ganzen Perimeter machen könnte. Unter "sanft" wurde dabei verstanden, dass zum Beispiel nur der nicht einsehbare Damm, also die Tragkonstruktion unter Wasser des flussseitigen Stegs, geöffnet wird. In der Kommission war man sich einig, dass die Dringlichkeit des vorliegenden Geschäfts, so wie es vorliegt, wichtiger ist und dass man nicht irgendwelche Aufschiebungen oder Anpassungen wagen möchte. Es gab dann trotzdem drei Anträge aus der Kommission: Eine Belagsänderung nach der Sanierung, damit der Boden eben weniger heiss wird. Dann mit Jugendlichen zu prüfen, wie man die Räume dort auch ein bisschen für Jugendliche gerechter machen kann, denn meistens sind ja die kleinen Spielplätze einfach für die kleinen Kinder, aber Jugendliche haben auch Bedürfnisse an diesen Raum.

Der Präsident bittet die Referentin zum Schluss zu kommen.

Und zuletzt, wie der bestehende FKK-Bereich am äusseren Rand weiterentwickelt werden kann. Die Kommission empfiehlt euch, das Geschäft unter Berücksichtigung der drei PVS-Anträge anzunehmen.

Präsident: Merci, möchtest du das Fraktionsvotum anhängen? Es besteht Diskussionsbedarf. Kann jemand Tanja nochmal schnell anmelden. Ihr könnt euch dann für weitere Fraktionsvoten ebenfalls anmelden. Ich weiss nicht, ob es am Thema oder an der grossen medialen Präsenz lag in der ersten Sitzung, aber bitte seid doch auch jetzt so fair und haltet euch an die Regeln. Wenn ihr längere Gespräche führen wollt, geht doch einfach kurz raus. Es ist nicht schwierig. Für die Fraktion GFL, als erstes Tanja Miljanovic.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Fraktion: Nun zum Fraktionsvotum: Das Projekt wurde aus unserer Sicht im Sinne des Auftrags an die Verwaltung erfüllt, allerdings geht die Planung grösstenteils auf die Vorgaben aus dem Jahr 2015 zurück, insbesondere in Bezug auf den Denkmalschutz und die Berücksichtigung von Umwelt- und Naturschutz. Auch in Bezug auf die Stadtfinanzen, Umwelt und Zugänglichkeit der Bevölkerung zum Uferweg und zur Aare wäre aus unserer Sicht eine Rückweisung und neue Machbarkeitsstudie zur Revitalisierung im gesamten Perimeter notwendig. Das hat hier aber im Rat überhaupt keine Chance aufgrund der Dringlichkeit der Sanierung. Einer Sanierung, die auf mehrfache Nachfrage hin zwar wiederholt als dringlich unterstrichen wurde, zu der aber nicht konkrete Zahlen oder Schätzungen geliefert werden konnten. Wie bei vielen Bau- und Sanierungsgeschäften beschleicht mich auch hier das ungute Gefühl, dass nicht vorausschauend genug geplant worden ist und auch, dass nicht von Anfang an alle relevanten Aspekte berücksichtigt worden sind. Aus dem Vortrag geht deutlich hervor, dass die Sanierung, sprich Renaturierung der Südwiese als Teilprojekt und Ersatzmassnahme der Sanierung des Lorrainebads betrachtet werden muss. Warum war das nicht bereits 2015 berücksichtigt worden? Warum müssen wir heute darüber streiten, wie gross der Schaden ist, wenn wir zwei Projekte, die ganz klar inhaltlich und rechtlich, sprich bewilligungstechnisch voneinander abhängen, auch zusammen denken und zusammen ausführen wollen, zehn Jahre später. Die Rechtfertigung müsste eigentlich aus der anderen Richtung herkommen.

Präsident unterbricht: Liebe Leute, es ist so unglaublich laut. Ich weiss nicht, woher das kommt und ich habe vor zwei Minuten gebeten, etwas leiser zu sein. Wir haben uns

gemeinsam auf den Respekt im Ratssaal geeinigt. Das sind die Regeln, die ihr euch selber gegeben habt und wir haben ganz klar abgemacht, dass wenn ihr miteinander reden wollt, dass ihr den Saal verlässt. Ich hoffe wirklich, dass ich euch jetzt nicht alle fünf Minuten wieder an diese Regel erinnern muss.

Tanja Miljanovic (GFL) führt das Votum fort: Diese Rückweisung, die ich sinnvoll fände, hat keine politische Chance und darum haben wir eine zweite Rückweisung geschrieben, und zwar weil wir gerne eine zeitgleiche Sanierung von Wiese und Bad möchten. So wie es jetzt geplant ist, muss der Perimeter, und das sind doch einige 100 Meter, zweimal geschlossen werden. Zusätzliche Kosten fallen an für die Erschliessung, zweifache Sperrung des Uferwegs, ungenügende Abstimmung zwischen diesen beiden Projekten. Die Ansprüche an diese Südwiese sind enorm und die können ja nicht abgestimmt werden auf das Bad, weil es einfach ein paar Jahre später passiert. Wir haben Unsicherheiten bezüglich Zielkonflikte zwischen diesen notwendigen Ersatzmassnahmen auf der Südwiese, der Liegewiese und auch den Baumpflanzungen. Also wir machen hier ein Versprechen, das gut klingt, aber wir haben keine Ahnung, was dann dort kommt. Sofortmassnahmen und Aufschiebung kosten natürlich auch Geld, das ist uns klar, aber wie viel, konnte uns die Verwaltung leider nicht beziffern. Da es entsprechend keine Zahlen gibt, gehen wir davon aus, dass eine Aufschiebung finanziell durchaus tragbar wäre, aber der politische Wille, dort zu sparen, wo man aus unserer Sicht sparen könnte und sparen sollte, fehlt. Deswegen danken wir euch, wenn ihr unserer Rückweisung folgt.

Präsident: Für die Fraktion GLP/EVP, Corina Liebi.

Corina Liebi (JGLP) für die Fraktion: Ich kann mich heute kurzhalten, denn wir werden das Geschäft annehmen und den Rückweisungsantrag und alle Anträge ablehnen. Vielleicht kurz zu unserer Begründung: Wir freuen uns sehr, dass endlich ein Geschäft vorliegt und dass im Lorraine-Bad etwas passiert, und aus diesem Grund finden wir eine weitere Verzögerung des Geschäfts mit einem Rückweisungsantrag nicht zielführend. Gleichzeitig haben wir zwar gewisse Sympathien für die PVS-Anträge. Wir sind aber der Meinung, dass die Verwaltung diese bereits umsetzt und müssen deshalb als Stadtrat nicht nochmals nachdoppeln. Der Belag wird derzeit im Marzili getestet und falls man im Lorrainebad einen entsprechenden Belag machen möchte, wäre es doch gut, wenn man auf die Erkenntnisse zurückgreifen kann von der aktuellen Testung im Marzili. Aus diesem Grund möchten wir diese Verantwortung an die Verwaltung weitergeben, sodass sie entsprechende Massnahmen in die Wege leiten kann, wenn sie die Erkenntnisse aus der Marzili-Testung mitgenommen haben. Auch sind wir der Meinung, dass es notwendig ist, dass Jugendliche sich ihren Raum selbst aneignen können. Wir freuen uns natürlich, wenn sie ihre Inputs einbringen können, diese auch mitberücksichtigt werden im Lorrainebad und auch dort einen Raum bekommen. Aber wir finden, es ist nicht Aufgabe des Stadtrats, dort eine Planung zu machen und auch nicht einen Prüfantrag an den Gemeinderat zu überweisen. Und schliesslich noch zum FKK-Bereich: Wir finden es etwas schwierig, dass der FKK-Bereich und die FLINTA-Zone gegeneinander ausgespielt werden. Aus unserer Sicht soll alles Raum und Platz haben und das ist der Entscheid der Verwaltung, wie das dann umgesetzt wird und aus diesem Grund werden wir auch diesen Antrag ablehnen.

Präsident: Für die Fraktion GB/JA!, Franziska Geiser.

Franziska Geiser (GB) für die Fraktion: Ich halte das Votum für Nora Joos, weil sie ein bisschen krank ist. Die GB-JA!-Fraktion stimmt dem Baukredit des Lorrainebads zu. Das Bad muss dringend saniert werden, sonst droht die Schliessung. Wir begrüssen den Ansatz, nur so viel wie nötig zu sanieren, um den Charme und den Charakter des Bades beizubehalten. Zum Inhalt des Bauprojekts: Das Bauprojekt sieht 22% naturnahen Lebensräume vor. Die 22% entsprechen nicht den ökologisch notwendigen 30%, die wir bei der Projektierung gefordert haben, immerhin aber liegen diese 22% naturnahen Lebensräume noch deutlich über den Mindestvorgaben von 15% und das freut uns natürlich. Ebenfalls erfreulich ist, dass neu wieder alle ursprünglich geplanten Bäume gepflanzt werden und südlich des Bades eine Revitalisierung angedacht ist. Wir sind hoffnungsfroh, dass dank dem separaten Revitalisierungsprojekt das Aare-Ufer bald einen möglichst grossen ökologischen Wert aufweist und gleichzeitig für die Stadtbevölkerung attraktiv bleibt zum Baden und Erholen. Unglücklich ist tatsächlich, dass die Sanierung und die Revitalisierung der oberen Parzelle nicht gleichzeitig ausgeführt werden können. Die Kosten werden durch die zweifache Baustellenschliessung natürlich in die Höhe getrieben. Wir sind aber überzeugt, dass die Badsanierung nicht länger aufgeschoben werden kann, wir lehnen den Rückweisungsantrag der GFL deshalb ab. Das Bad muss dringend saniert werden und eine temporäre Schliessung ist aus Sicht der Badenden unerwünscht. Apropos Baustellenschliessung, wir sehen es kritisch, dass der Uferweg vom Altenbergsteg bis zum Bad während der Bauphase für Zufussgehende geschlossen wird. Der Aareabschnitt ist im Sommer zur täglichen Abkühlung für viele Menschen wichtig. Wir gehen davon aus, dass bei der zweiten Baustellenschliessung im Rahmen des Revitalisierungsprojekts eine Lösung gefunden werden kann und kein zweites Mal der Fussweg praktisch gesperrt wird. Die GB-JA!-Fraktion kritisiert am vorliegenden Bauprojekt zudem die Tatsache, dass über dem Kinderspielbereich ein Sonnensegel vorgesehen ist, anstatt dass Bäume zur Beschattung gepflanzt werden. Der Grund ist die Gartendenkmalpflege. Studien zeigen, dass Bäume viel effektiver kühlen als ein Sonnensegel. Unseres Erachtens wurde hier falsch priorisiert. Der ökologische und kühlende Nutzen von Bäumen ist ästhetischen Aspekten vorzuziehen, abgesehen davon sind Bäume ja auch ästhetisch. Bäume zu pflanzen war eigentlich auch der Auftrag des Beschlusses des Stadtrats Nummer 7 im März 2023. Ebenfalls nicht zufrieden sind wir mit der Umsetzung des Stadtratsbeschlusses Nummer 8 von der Projektierungskrediterhöhung. Der Geschäftsvortrag macht in keiner Weise ersichtlich, ob geprüft wurde, ob Biodiversitätsflächen ausserhalb des Bades ökologisch von einem grösseren Mehrwert wären als innerhalb des Bades. Wir bitten in Zukunft die Projektteams, die Prüfanträge wortgerecht umzusetzen und dem Stadtrat die Resultate transparent vorzulegen. Nun zu den heutigen Anträgen. Die GB-JA!-Fraktion erachtet es als sehr sinnvoll und dringend notwendig, dass der Belag des Uferwegs neu ausgestaltet wird. Aktuell testet das Tiefbauamt im Marzili Beläge, welche sich weniger schnell erhitzen. Die Erkenntnisse des Tests sind beim Uferweg in der Lorraine anzuwenden. Schwimmer*innen sollen sich auch in Zukunft trotz Klimaerhitzung nicht die Füsse verbrennen. Den PVS-Antrag Nummer 3 nehmen wir ebenfalls an. Partizipativ zu prüfen, welche Bedürfnisse Jugendliche und ältere Kinder im Perimeter des Bades haben, begrüssen wir. Auch den Abklärungen, wie der FKK-Bereich weiterentwickelt werden kann, stehen wir positiv gegenüber. Wir begrüssen auch die Abklärung für einen zusätzlichen abgeschlossenen Schutzbereich für FLINTA-Personen. FLINTA-Personen sind nach wie vor tagtäglich sexistischen Aggressionen und Mikroaggressionen ausgesetzt. Gerade Freibäder sind für FLINTA häufig auch Orte, an denen sie sich in ihrem Körper weniger gut von ungewollten Blicken, Kommentaren und Belästigungen schützen können und darum auch Orte, an denen sich viele Leute unwohl oder unsi-

cher fühlen können. Grundsätzlich wollen wir das Bad sanieren statt schliessen und wir wollen möglichst viele naturnahe Lebensräume, viele Biodiversitätsflächen und eine Badi, in der sich alle Menschen wohlfühlen.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion FDP, Thomas Hofstetter.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Im Jahr 2015 hat das Sportamt festgestellt, dass das Lorrainebad sanierungsbedürftig ist. Und wenn jetzt alles gut geht, wird die Sanierung des Freibads Lorraine im 2028 abgeschlossen sein, also 13 Jahre später. Das ist unglaublich lang, das ist noch langsamer als das Berner Tempo, das ist Schneckentempo. Dafür hat man in dieser Zeit 3 Millionen Franken für Planungen ausgegeben. 3 Mio. Franken allein für die Planung, ohne dass etwas gebaut oder saniert wurde, das ist einfach unglaublich viel. Für unsere Fraktion ist dies fast nicht nachvollziehbar. Trotzdem werden wir allen Anträgen des Gemeinderates zu diesem Geschäft zustimmen, denn wir sind ganz klar der Ansicht, dass das Lorrainebad endlich saniert werden muss und wir finden die vorgeschlagene Lösung gut. Die Kosten von mehr als 22 Millionen sind unserer Ansicht nach allerdings zu hoch, auch wenn wir Verständnis dafür haben, dass es eine schwierige und deshalb auch teure Baustelle ist. Ich erlaube mir noch ein paar Bemerkungen zu diesem Geschäft. Im Rahmen von FIT 2 wurde eine Projektüberprüfung mittels Variantenstudien und Ermittlung von Einsparpotenzial durchgeführt, dafür wurden 250'000 Franken ausgegeben und das Resultat, es wurde kein Einsparpotenzial gefunden. 250'000 Franken für fast nichts, das tut weh. Ursprünglich war geplant, das Kleinkinderbecken in einem von Bäumen beschatteten Ort zu platzieren. Leider hat die Denkmalpflege dies aus gestalterischen und gartendenkmalpflegerischen Gründen, das Ensemble der Baumallee würde gestört, verhindert. Jetzt befindet sich das Kleinkinderbecken am sonnigsten Ort und wird mit einem Sonnensegel beschattet. Es ist einmal mehr nicht nachvollziehbar, dass die Wünsche der Denkmalpflege über die Gesundheit der Kinder gestellt werden und die Verwaltung dies akzeptiert und sich nicht wehrt. Die Denkmalpflege handelt einmal mehr unverhältnismässig. Manchmal haben wir das Gefühl für das Wesentliche verloren. So wurden viele Wünsche und Anträge im Zusammenhang mit der Biodiversität gefordert. Die Biodiversität ist sehr, sehr wichtig, aber bei der Sanierung eines städtischen Bades, das eigentlich zu klein ist und aus allen Nähten platzt, noch zusätzliche Biodiversitätsmassnahmen zu fordern, ist einfach unsinnig. Ausserdem verzögert und verteuert dies alles und es werden Alibi-Biodiversitätsmassnahmen realisiert. Hier geht es um die Sanierung eines alten Bades und alles andere muss sich unterordnen. Ich komme zu den Anträgen: Antrag 1 werden wir ablehnen. Wir wollen endlich mit der Sanierung beginnen und auch das Projekt nicht noch mit mehr überladen und teurer machen. Aus diesem Grund werden wir auch Antrag 2 ablehnen. Den PVS-Antrag Nummer 3 werden wir annehmen. Antrag 4 werden wir ablehnen. FLINTA-Personen dürfen nicht diskriminiert werden, das ist für uns ganz klar, denn sie sind Teil unserer Gesellschaft. Deshalb möchten wir die FLINTA-Personen inkludieren und integrieren und nicht in separaten Bereichen ausschliessen und marginalisieren. Sie sollen entweder im normalen Bereich oder im FKK-Bereich das Lorraine-Bad geniessen. Einfach wie es sich in einer integrativen und fortschrittlichen Gesellschaft gehört und falls es Probleme gibt, muss die Badeaufsicht einschreiten oder die anderen Badegäste.

Präsident: Für die Fraktion SP-JUSO, Johannes Wartenweiler.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion: Um es gleich vorwegzunehmen: Die SP-JUSO-Fraktion unterstützt die Sanierung des Lorrainebads. Sie stimmt den drei Prüfungsanträgen der PVS zu und sie lehnt den Rückweisungsantrag der GFL ab. Damit sind wir mitten im Geschäft. Es ist jetzt nicht der Moment, mit einer Rückweisung die Sanierung des Lorrainebads weiter zu verschleppen. Das Geschäft ist schon sehr lange in der Pipeline und wurde immer wieder herausgezögert. Das Lorrainebad hat eine breite öffentliche Unterstützung, was 2021 mit einer vom Verein "Lebendige Lorraine" lancierten und von rund 10'000 Personen unterschriebenen Petition an den Gemeinderat eindrücklich untermauert wurde. Das ist aus unserer Sicht die Richtschnur für das weitere Vorgehen. Technische und finanzielle Überlegungen im Hinblick auf eine mögliche Renaturierung der südlich gelegenen Wiese müssen diesbezüglich hintenanstehen, auch wenn man sie abstrakt durchaus nachvollziehen kann. Aus unserer Sicht ist auch im Fall einer Naturierung dieser Wiese sicherzustellen, dass die inzwischen sehr beliebte Liegewiese den Badenden weiterhin zur Verfügung steht. Das Lorraine-Bad ist wie das Marzili-Bad Ausdruck einer jahrhundertlangen Badetradition in der Aare. Baden war bereits zu Zeiten des Ancien Regimes ein beliebtes und von der Obrigkeit mit Argwohn und einschränkenden Verboten verfolgtes Vergnügen der Berner Bevölkerung. Das Lorraine-Bad wurde in den 1890er-Jahren zuerst als Lehrschwimmbadbecken erbaut, später zu einer allgemeinen Badeanstalt weiterentwickelt. In der Mitte des Jahrhunderts musste es von der Aare abgekoppelt werden, weil in ihr die beim Blutturm eingeleiteten Abfälle und Fäkalien trieben und den Ratten am Ufer ein einträgliches Auskommen ermöglichten. Notabene, Stadt abwärts sind in allen Städten der Welt gesellschaftlich schwächere Schichten zu Hause, denen man die Schweinereien ohne Wimpernzucken zugemutet hat und vielleicht auch weiter zumutet. Inzwischen hat sich die Wasserqualität erholt und das Aare-Schwimmen ist nahe daran, zum UNESCO-Weltkulturerbe zu werden.

Zentraler Bestandteil des vorgelegten Projekts ist denn auch der Anschluss an die Aare. Das Lorraine-Bad wird wieder zu einem Flussbad. Das verbessert die Wasserqualität zusätzlich und reduziert das Algenwachstum. Nur für die Karpfen wird es ungemütlich, denn sie müssen jetzt nicht nur Treiben und Gründeln, sondern auch Schwimmen lernen. Mit der dringenden Sanierung des Lorrainebads endet eine lange Periode der Ungewissheit. 2003 wurde die Schliessung erwogen. 2021 dann seine Auslagerung, die Privatisierung im Rahmen von FIT 1 als Massnahme des Gemeinderats vorgeschlagen. Parallel dazu musste allerdings auch immer wieder geflickt und saniert werden, weil entweder die Sandsteinwand abstürzte, die Gastro-Einrichtung marode war oder der Kinderbereich mehr Schatten benötigte. Stoisch haben die Besucher*innen den allmählichen Verfall des Bades ertragen, sie werden aber froh sein, wenn dieser Prozess nun zu einem Ende kommt. Das sanierte Bad wird seinen Charakter im Wesentlichen behalten. Der stark angeschlagene Damm zwischen Aare und Becken wird erneuert, die denkmalgeschützte Infrastruktur wird aufgefrischt, zusätzlicher Platz entsteht für den Gastrobetrieb, die Details findet ihr im Vortrag. Auf groben Unfug wie Wasserrutschen wird verzichtet. Zum Glück ist die Idee vom Tisch, das Lorraine-Bad selber zu renaturieren. Dazu tauchte bei der letzten Debatte 2023 eine Visualisierung auf, die vor allem die Medien entzückte und in letzter Minute in die Debatte geworfen wurde. Wir sind der Ansicht, dass das Lorraine-Bad nicht der Ort ist, wo die Renaturierung primär zu erfolgen hat. Der Biodiversität wird in dem Projekt die nötige Beachtung geschenkt. Aber unter sozialen Aspekten ist es weitaus wichtiger, der Bevölkerung in einem der dichtesten besiedelten Gebiete der Stadt einen Ort der Erholung und der Entspannung zur Verfügung zu stellen. Dies auch vor allem wegen der Tatsache, dass der Wunsch nach kühlem Nass angesichts des Klimawandels verstärkt nachgefragt werden wird. Die ur-

sprünglich geschätzten Baukosten von 10 bis 17,5 Mio. Franken je nach Quelle erhöhen sich deutlich auf 22,25 Mio. Franken.

Die bei der Diskussion um die Erhöhung des Projektierungskredits gemachten Hoffnung, durch cleveres Bauen Kosten sparen zu können, hat sich leider nicht bewahrheitet. Das ist unerfreulich, aber unvermeidlich und hat im Wesentlichen drei Gründe: Erstens die allgemeine Bauteuerung, die seit Corona zugeschlagen hat. Zweitens die Hangsanierung im nördlichen Bereich, die sich erst im Lauf der Untersuchung als dringlich herausgestellt hat und drittens die komplexe Zufahrtssituation. Sie erfordert umfangreiche Aufschüttungen entlang der Aare, weil die bestehenden Zugänge nicht für das Gewicht von Baufahrzeugen dimensioniert sind. Neu und nicht Teil dieses Geschäfts ist die Sanierung des Zugangswegs von der Lorraine, auch dort besteht Handlungsbedarf. Das Projekt wurde im "Dialog Nordquartier" und im Verein "Lebendige Lorraine" vorgestellt und ist dort auf positives Echo gestossen. Wobei vor allem für die Bauphase viele Detailfragen gestellt wurden. Die Einschränkungen für den Uferweg zwischen Altenberg und Stauwehr während der Bauphase sind erheblich und gewöhnungsbedürftig und hier wird von der Stadt als Bauherrin gute und anhaltende Information der Bevölkerung erwartet. Insgesamt liegt ein Projekt vor, das der Quartierbevölkerung, der Stadtbevölkerung und den Menschen allgemein den Zugang zum Wasser ermöglicht und erleichtert. Das sanierte Lorrainebad hält die Tradition des Flussbades aufrecht. Es erquickt Jung und Alt gleichermassen – und das kostenlos. Das ist Service public im besten Sinne.

Präsident: Für die Fraktion Mitte, Nicolas Lutz.

Nicolas Lutz (Mitte) für die Fraktion: Ich werde es nicht so lange machen wie vorher, sondern ganz kurz. Grundsätzlich sind viele Sachen schon gesagt worden. Es braucht eine Sanierung, darum werden wir dieser Sanierung auch zustimmen. Zum Glück hat man sich dort jetzt auf das Wichtigste fokussiert. Den ersten Antrag werden wir notabene ablehnen. Den zweiten auch, denn die Bausubstanz ist eigentlich noch gut und eben wir sollten zuerst abwarten, was dort nachher herauskommt. Der dritte Antrag, den unterstützen wir selbstverständlich. Es ist auch so ein bisschen aus meiner Idee entstanden, denn man sagt immer, für kleine Kinder brauche es Spielplätze. Aber für ältere Kinder gibt es auch zum Beispiel im Marzili sehr wenig. Es gibt nichts zum Fussballspielen und das sind die Kinder, die am meisten Platz brauchen. Und darum soll man mit dem Quartier und auch mit diesen Kindern in diesem Alter – es geht weniger um Jugendliche, die 15, 16 Jahre alt sind, sondern wirklich um Kinder zwischen 6 und 12 Jahren –, die für den Spielplatz häufig zu gross sind, dass die wirklich auch Raum bekommen, in welcher Form auch immer, das würde man noch anschauen. Antrag 4 lehnen wir ebenfalls ab. Ich finde, dass es natürlich für alle Platz braucht. FKK ist jetzt halt so gegeben, da man das vielleicht nicht öffentlich machen will, sondern in einem besonderen Bereich machen muss, weil das nicht alle mitbekommen wollen. Darum denke ich, muss man den Raum auch lassen und das ist auch eine lange Tradition dort. Danke vielmals.

Präsident: Gibt es zu diesem Geschäft weitere Voten aus dem Rat? Das ist nicht der Fall, dann hat der Gemeinderat das Wort als erstes Marieke Kruit. Sie teilt sich das Votum mit Ursina Anderegg.

Marieke Kruit, Stadtpräsidentin: Ich spreche kurz zu den baulichen Massnahmen. Meine Gemeinderatskollegin wird dann noch zum Betrieb und Nutzen des Bades sprechen.

Das Freibad Lorraine ist eines der ersten Flussbäder in der Schweiz. Es wurde, wie schon erwähnt, 1892 gebaut. Seither fanden keine grösseren und umfassenderen Sanierungen von diesem, man kann schon sagen, Bichou statt. Nun ist es aber definitiv an der Zeit, um eine grössere Sanierung an die Hand zu nehmen. Die Referentin hat bereits bestens ausgeführt, wo grösserer Sanierungsbedarf besteht. Ich kann mich also nur auf einzelne Punkte beschränken. Aber eben auf einen Punkt da gehe ich gerne nochmals kurz ein, und zwar auf die Lehnkonstruktion des Dammes. Dieser Damm zur Aare hin weist grössere Mängel auf und stellt zunehmend wirklich auch ein Sicherheitsrisiko dar. Wir müssten immer wieder überprüfen, ob wir es noch verantworten können, ihn weiter offen zu lassen. Natürlich ist das keine exakte Wissenschaft, aber wenn ein grösseres Hochwasser kommt, kann es kritisch werden. Eine weitere Verzögerung der Sanierung empfehlen wir daher nicht. Wir müssen nun handeln, sonst gehen wir wirklich ein Risiko ein, und zwar, dass wir das Bad während der Saison vielleicht schliessen müssten, und das möchten wir absolut verhindern. Ja, was haben wir vor? Wir wollen das Schwimmbecken wieder mit der Aare verbinden, so dass das Flusswasser durch das Becken fliessen kann. Dies behebt dann auch gleich die Qualitätsprobleme des Beckenwassers. Wir planen auch mehr Bäume zu pflanzen und es soll auch ein neuer Kinderbadebereich geben. Es wird also eine deutliche Aufwertung des Flussbades geben, ohne den Charme und den unverwechselbaren Charakter dieser erhaltenswerten Anlage zu beeinträchtigen. Zu den Kosten: 22,3 Mio. Franken wird diese Sanierung kosten. Es ist ein hoher Betrag, aber diese Sanierung ist eben auch sehr komplex. Die Baustellenerschliessung ist wegen der fehlenden Zufahrt aufwendig und teuer. Wir müssen eine provisorische Baupiste erstellen, zudem muss der Zugangsweg von der Lorraine zum Bad ebenfalls dringend saniert werden. Wir machen dies gleichzeitig, damit wir Synergien nutzen können. Diese Arbeiten sind dann auch im Baukredit enthalten. Dann noch kurz ein paar Worte zur Revitalisierung des Aareufers. Der Gemeinderat hat dazu einen Projektierungskredit von 150'000 Franken gesprochen und die TVS kann dann in einem separaten Projekt mit der Projektierung von ebenso Renaturierungsmassnahmen auf der südlichen vorgelagerten Liegewiese beauftragt werden. Die Sanierung des Lorrainebades ist damit kompatibel. Und dann komme ich schon zu den Anträgen. Zum Rückweisungsantrag: Leider wurde es vor vielen Jahren verpasst, die Sanierung des Bades und die Renaturierung gleichzeitig anzugehen. Ein Zuwarten der Sanierung des Bades birgt nun aber, wie ich schon gesagt habe, zu hohe Risiken und deshalb gehen wir nun in Etappen vor. Ich bitte Sie, diesen Rückweisungsantrag abzulehnen. Zu den restlichen Anträgen, die direkten den Bau betreffen, nehme ich gerne Kurzstellung. Zu den Anträgen, die den Nutzen des Bades zum Thema haben, wird dann Ursina Anderegg kurz die Haltung des Gemeinderats vertreten. PVS-Anträge: Im Rahmen des nachfolgenden Renaturierungsprojektes kann eine Änderung des Belages gerne geprüft werden. Wir werden einen solchen Belag bereits testen beim neuen Aareweg zwischen Gaswerkareal und Schönau. Schauen wir mal, wie dieser Belag ankommt bei der Bevölkerung. Ich komme zum Schluss: Bitte stimmen Sie diesem Sanierungskredit zuhanden der Stimmbevölkerung zu. Das beliebte Flussbad wird deutlich an Attraktivität gewinnen und auch die Umgebung wird ökologisch aufgewertet. Jetzt noch eine kurze Info: Da wir in der PVS eine zweite Lesung benötigt haben, werden wir Verzögerungen in Kauf nehmen müssen. Eine Verschiebung um ein Jahr ist wahrscheinlich.

Präsident: Im zweiten Teil des Votums des Gemeinderats hat das Wort Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Das Lorraine-Bad ist flächenmässig eines der kleinsten Berner Freibäder, aber mit einer sehr grossen Vielfalt an unterschiedlichen Nutzungsbedürfnissen und diesen wollen wir möglichst weit entsprechen. Ich bin überzeugt, dass wir im Rahmen dieses Projektes dies auch gut hinkriegen und Lösungen finden werden. Gerne möchte ich auch nochmals auf den Zeitplan hinweisen. Das Lorraine-Bad ist aktuell wirklich sehr marode und wir sind sehr froh, wenn wir die Sanierung, so wie sie derzeit geplant ist, nun in Angriff nehmen können. Das Projekt ist komplex und herausfordernd und hat sich darum auch immer wieder verzögert und solange wir auf die Rundum-Sanierung warten, flicken wir immer nur das Nötigste und das müssen wir auch weiter, wenn es eben jetzt noch zu Verzögerungen kommt. Das macht übrigens auch unter dem Strich die Sache nicht unbedingt billiger. Gleichzeitig steigt die Nutzung des Bades stetig an. Wir wollen dem Quartier möglichst bald ein saniertes Freibad zur Verfügung stellen und ich bitte euch deshalb, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Danke für die Unterstützung des Geschäftes, damit wir in drei Jahren eine frische neue Lorraine-Badi haben. Und danke schon mal jetzt für das Vertrauen. Dann noch kurz zu den Anträgen 3 und 4 aus der PVS. Ich teile die Einschätzung Nicolas, dass wir auf alle Altersgruppen eingehen müssen. Leider sind die Liegeflächen im Lorrainebad, wie schon gesagt, sehr knapp, um eine Fläche fürs Fussballspielen, wie es in der Diskussion angetönt worden ist, freizumachen. Aber wir möchten gerne mit den Jugendlichen und älteren Kindern vor Ort schauen, was sie brauchen und wollen. Wir haben auch schon verschiedene Spielanlagen eingeplant. Möglich wäre beispielsweise ein Pingpong Tisch oder Basketballkorb oder irgendetwas in diese Richtung und darum nehmen wir diesen PVS-Antrag 3 gerne entgegen. Dann zum Antrag 4, die Diskussion rund um den FKK-Bereich und den Bedarf an FLINTA-Schutzraum. Den FKK-Bereich, den gibt es in der Lorraine-Badi schon sehr lange und der wird auch nach der Sanierung weiterbestehen. Ich persönlich finde es auch sehr wichtig, dass wir immer dort, wo sie gefordert sind, auch Schutzräume für verschiedene Personengruppen mitdenken, gerade auch für FLINTA-Personen. Und Thomas, wir sind leider gesellschaftlich eben noch lange nicht am Ziel und so weit, dass sich alle FLINTA-Personen, die repräsentieren immerhin mehr als die Hälfte der Bevölkerung, gleich frei und sicher auch in einer Badi bewegen können. Und Schutzräume, die kommen immer vom Bedarf von den Nutzenden her, von den Leuten, die sich in diesen Räumen bewegen. Und wenn dieser Bedarf angemeldet wird, dann ist es wichtig, dass wir den mitdenken, auch mit den Leuten vor Ort selbstverständlich. Für uns ist es durchaus denkbar, dass wir hier eine gute Möglichkeit finden, den FKK-Bereich- und den FLINTA-Schutzraumbedarf zusammenzudenken und hier irgendeine Lösung zu finden, dass es sich eben nicht gegenseitig ausschliesst, sondern dass wir beide Bedürfnisse abdecken können. Wir sind sehr bereit, dies im Sinne eines Prüfauftrags entgegenzunehmen und schauen uns das sehr gerne an. Vielen Dank fürs Zuhören.

Präsident: Wir kommen somit zur Abstimmung. Zuerst über die Anträge gemäss der Antragsliste, die ihr vor euch habt. Wir stimmen als erstes ab über Antrag Nummer 1, den Rückweisungsantrag der GFL.

Antrag 1

GFL

Rückweisung:

Das Geschäft wird an den Gemeinderat mit der Auflage zurückgewiesen, die Sanierung des Lorrainebads so zu planen, dass sie gemeinsam mit der Sanierung oder Renaturierung der südlich angrenzenden Aareuferzone («Südwiese») erfolgt. Ziel ist es, Dop-

pelspurigkeiten bei Planung, Baustellenerschliessung und Kosten zu vermeiden, Synergien bei Eingriffen in Naturraum und Infrastruktur zu nutzen und eine mehrfache Sperrung des Uferwegs für die Bevölkerung innerhalb weniger Jahre zu verhindern.

Abstimmung Nr. 002

2017.PRD.000097: Antrag 1

Ablehnung

Ja	11
Nein	59
Enthalten	0

Verbal: Judith Schenk stimmte fälschlicherweise beim Platz von Nora Krummen ab. Korrekt ist: Judith Schenk: Nein; Nora Krummen: Abwesend.

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir stimmen ab über Antrag 2, PVS.

Antrag 2

PVS

Der Gemeinderat prüft im nachgelagerten Renaturierungsprojekt, ob eine Änderung des Belags nach dem Baustellenbetrieb der Sanierung Lorrainebad im Baustellenperimeter sinnvoll ist.

Abstimmung Nr. 003

2017.PRD.000097: Antrag 2

Annahme

Ja	42
Nein	28
Enthalten	0

Verbal: Judith Schenk stimmte fälschlicherweise beim Platz von Nora Krummen ab. Korrekt ist: Judith Schenk: Ja; Nora Krummen: Abwesend.

Präsident: Ihr habt diesen Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 3, PVS.

Antrag 3

PVS

Der Gemeinderat wird beauftragt, gemeinsam mit dem Quartier und insbesondere mit Jugendlichen zu prüfen, wie im Rahmen der Sanierung des Lorrainebads geeigneter Raum für ältere Kinder und Jugendliche geschaffen werden kann. Ziel ist es, ihnen eine Möglichkeit zu bieten, sich zu bewegen, zu spielen oder einfach frei zu sein – auch wenn der Platz vor Ort begrenzt ist.

Abstimmung Nr. 004

2017.PRD.000097: Antrag 3

Annahme

Ja	53
----	----

Nein	17
Enthalten	0

*Verbal: Judith Schenk stimmte fälschlicherweise beim Platz von Nora Krummen ab.
Korrekt ist: Judith Schenk: Ja; Nora Krummen: Abwesend.*

Präsident: Ihr habt diesen Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 4, PVS.

Antrag 4

PVS

Der Gemeinderat wird beauftragt, gemeinsam mit den Nutzenden des Lorrainebads sowie dem Quartier zu prüfen, wie der bestehende FKK-Bereich am äusseren Rand der nördlichen Liegewiese weiterentwickelt werden kann. Dabei soll insbesondere abgeklärt werden, wie eine inklusive Nutzung durch FKK-Interessierte und FLINTA+ Personen möglich ist. Es ist ausdrücklich festzuhalten, dass FKK und FLINTA+ sich nicht gegenseitig ausschliessen, sondern gemeinsam berücksichtigt werden sollen.

Abstimmung Nr. 005

2017.PRD.000097: Antrag 4

Annahme

Ja	42
Nein	28
Enthalten	0

*Verbal: Judith Schenk stimmte fälschlicherweise beim Platz von Nora Krummen ab.
Korrekt ist: Judith Schenk: Ja; Nora Krummen: Abwesend.*

Präsident: Ihr habt diesen Antrag angenommen. Wir kommen zur Abstimmung über die so bereinigte Vorlage des Gemeinderats. Wenn ihr die Vorlage genehmigen wollt und zuhänden der Stimmberechtigten verabschiedet, stimmt ihr Grün, ansonsten Rot.

Abstimmung Nr. 006

2017.PRD.000097: bereinigte Vorlage

Annahme

Ja	64
Nein	6
Enthalten	0

*Verbal: Judith Schenk stimmte fälschlicherweise beim Platz von Nora Krummen ab.
Korrekt ist: Judith Schenk: Ja; Nora Krummen: Abwesend.*

Präsident: Ihr habt dieser Vorlage zugestimmt. Wir stimmen noch über die Abstimmungsbotschaft ab.

Abstimmung Nr. 007

2017.PRD.000097: Abstimmungsbotschaft

Annahme	
Ja	66
Nein	4
Enthalten	0

*Verbal: Judith Schenk stimmte fälschlicherweise beim Platz von Nora Krummen ab.
Korrekt ist: Judith Schenk: Ja; Nora Krummen: Abwesend.*

Präsident: Ihr habt die Abstimmungsbotschaft genehmigt.

2025.PRD.0026

13 Volksschule Sulgenbach: Gesamtanierung und Erweiterung; Projektierungskredit

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 13. Es ist ein Sachgeschäft mit fakultativem Referendum. Es geht um die Volksschule Sulgenbach: "Gesamtanierung und Erweiterung; Projektierungskredit." Auch hier erteile ich das Wort für die vorberatende Kommission PVS, Tanja Miljanovic.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Kommission: Ich versuche es auch hier möglichst kurz zu machen. Es geht um verschiedene Gebäude auf diesem Perimeter. Es geht einerseits um das Hauptschulgebäude aus dem Jahr 1870. Es ist schützenswert und es ist aus Sandstein und Massivbauweise. Dann gibt es eine Turnhalle, mit Jahrgang 1947, eingetragen als beachtenswert, auch Massivbauweise. Dann einen Mehrzweckpavillon von 2005. Da sind eine Sanierung und Erweiterung notwendig. Dann gibt es aus dem Jahr 2015 einen Erweiterungsbau und einen Holzschopf für den Zyklus 1. Und ab 2028 – das ist einfach generell wichtig für das Geschäft –, wird es eine Entlastung in Bezug auf die SuS (Schülerinnen und Schüler) durch das neue Volksschulhaus Weissenbühl geben. Die Tagesbetreuung soll ins Areal zurück integriert werden und grundsätzlich sollen Zyklus 1 und 2 dort beherbergt werden. Der Projektumfang ist die Gesamtanierung des Hauptschulgebäudes und der Turnhalle, Ausbau Unter- und Dachgeschoss. Dann soll die Turnhalle barrierefrei, energetisch und statisch aufgerüstet werden. In den Mehrzweckpavillon kommen die Tagesschule und Mehrzweckräume rein. Qualitätsvolle Architektur soll bewahrt werden, die Aussenräume werden naturnah und biodivers gestaltet und innen ist auch eine hohe Flexibilität zwischen und innerhalb der bestehenden Gebäudestrukturen erwünscht. Also nicht eine klassische Atelierunterrichtsgestaltung, sondern wirklich, dass man die verschiedenen Räume unterschiedlich nutzen kann, zum Beispiel auch von der Tagesschule oder so. Zu den Schulklassen muss ich nicht viel sagen: Heute gibt es zwölf Klassen, später wird es neun Klassen plus eine Reserve geben. Aber das geht trotzdem auf, weil man eben das Schulhaus Weissenbühl hat. Es wird neue Fachunterrichts- und Gemeinschaftsräume geben, viele Spezialunterrichtsräume und auch Betriebsräume für den Gebäude- und Gastrobetrieb, also die Regenerationsküche.

Die Ziele sind immer die gleichen: Langfristiger Weiterbetrieb, neue pädagogische Konzepte ermöglichen – also diesen Zusammenschluss zwischen Bildung und Betreuung –, dann natürlich immer die Denkmalpflege, Biodiversität, Aufenthaltsqualität, Schulwegsicherheit, hindernisfreier Zugang. Und eben die Atelierschule ist in diesen Räumen weder möglich noch notwendig, weil sie sich eigentlich vor allem auf den Zyklus 3

bezieht, der gar nicht in diesem Perimeter unterrichtet wird. Bezüglich Nachhaltigkeit und Klima: Minergie-ECO beim Bestand, Minergie-P-ECO bei Ersatzneubau, Fernwärmenetz ab 2027, Photovoltaik auf Turnhalle und Pavillon, Begrünungen auf der Fassade, Biodiversität und Stadtklima. Es wurde also versucht, das Beste aus diesen Räumen herauszuholen, die auf ganz verschiedene Arten beansprucht werden. Die Diskussion in der Kommission drehte sich zum einen ganz stark um das Thema Hitzeschutz und auch die Frage, inwiefern eine Isolation notwendig oder machbar wäre. Das aktuelle Problem ist, dass es in den Innenräumen, also in den Klassenzimmern, im Sommer zu einer sehr starken Überhitzung kommt. Das Gebäude liegt an einem Hitzebrennpunkt. Wir haben gesehen, dass es diesen Sommer oft erst nach Mitternacht auf 29 Grad abgekühlt ist. Bei der Begehung vor Ort waren es um 10 Uhr morgens ebenfalls circa 28 Grad. In jedem Klassenzimmer gab es so einen HandFan, einen Handventilator, der da gedreht hat, aber eigentlich keine Abkühlung bringen konnte. Und deswegen gab es dann auch den Antrag, eine Innenisolierung zu prüfen. Die Antwort ist, dass es technisch schwierig ist wegen dem Denkmalschutz. Man könnte auch hier eine Aussenisolierung machen, was dann noch schwieriger ist. Im Innenbereich geht es um einen Flächenverlust und Mehrkosten. Beim Flächenverlust wurde mir bei der Begehung gesagt, dass die neuen Isolationen einfach so 2-3 cm sind und ich habe das so auf ein Zimmer hochgerechnet. Das gibt dann tatsächlich einen Flächenverlust, aber der hält sich im Bereich von einem Quadratmeter. Dann ist einfach wieder das Abwägen, ob man auf diesen Quadratmeter verzichtet oder ob man halt in einem Klassenzimmer lernen und unterrichten muss der um die 30 Grad hat. Die Mehrkosten wurden geschätzt, denn die konnten nicht genau beziffert werden. Die Schätzung lag bei Zusatzausgaben von 10 bis 15 %, also 0,8 bis 1,3 Mio. Franken. Die Fenster sind aktuell manuell bedienbar, teils auch automatisch an der Eigerstrasse. Das ist die eine Diskussion und daraus ergeben sich dann eben spätere Anträge.

Die andere Diskussion betraf die Turnhallensanierung, ob man die jetzt sanieren soll, ob das wirtschaftlich ist oder ob man nicht einen Neubau machen müsste. Und vor allem, ob man nicht einen viel grösseren Neubau machen müsste. Die Verwaltung lehnt eine Doppeltturnhalle ab. Einerseits, weil sie sagt, dass es einfach nicht genug Platz dafür hat, wenn man sie nebeneinander stellt. Dann wäre die zweite Turnhalle einfach im Gebäude, im Schulhaus, im Bestand. Wenn man es oben aufstapeln würde, dann geht es mit diesen 13 Metern nicht, die vom Ortsbild zugelassen sind. Wenn man die Turnhalle in den Boden versetzen würde, dann wollen wir das eigentlich auch nicht, weil das extrem teuer ist. Es geht sehr viel graue Energie verloren. Wenn der Ersatzneubau in einer gleichen Grösse – also quasi die billigste Variante – machen würde, würde das immer noch 4,5 Mio. Franken mehr kosten als eine Gesamtsanierung. Die Einhaltung der BASPO-Norm (Planungsgrundlage für Sporthallen), die wir ja gerne hätten als Norm bei den Turnhallen, das geht sowieso nicht. Genau darum wurden dann diese Anträge eigentlich verworfen. Insgesamt geht es bei der Grobkostenschätzung um 18 bis 24 Mio. Franken für die Gesamtsanierung und die Erweiterung. Darunter sind 200'000 Franken für die Hindernisfreiheit, vor allem in der Turnhalle. Der Projektierungskredit ist 3,7 Mio. Franken. Das andere ist nicht so relevant. Zeitplan: Wichtig finde ich hier, dass der Baubeginn 2029 ist und der Bezug im Sommer 2031.

Dann kommen wir zum Fazit und Antrag: Die Sanierung und die Erweiterung soll man aus der Sicht der PVS sichern. Die Verbesserungen an Energieeffizienz, Nachhaltigkeit und Barrierefreiheit begrüssen wir. Und auch die Optimierung der Tagesbetreuung, des Unterrichts und des Aussenraums. Zu der Turnhalle ist ausserdem zu sagen, dass es in der Nähe eine weitere Turnhalle gibt, die von den älteren Kindern benutzt werden kann. Das macht es erträglicher, dass die Kleinen die zu kleine Turnhalle nutzen müs-

sen. Also es war so ein Dealen in der Kommission. Anträge der PVS: Die versiegelten Flächen sollen auf das Minimum beschränkt werden. Da waren wir uns einig. Und wir sind uns auch einig geworden, dass die Bedürfnisse der Schüler*innen und Lehrer*innen, also im Sinne der sozialen Nachhaltigkeit, über den Interessen der Denkmalpflege stehen sollen. Und das bezieht sich natürlich auf alle möglichen Bereiche. Also jetzt zum Beispiel auf die Innenisolierung, aber eben auch, wenn es darum geht, die Turnhalle zu bewerten oder den Aussenraum. Man argumentiert immer sehr viel mit dem Denkmalschutz, aber wir sprechen ja über einen Schulraum und nicht über ein Museum. In der Kommission haben wir einfach ein bisschen das Gefühl, dass hier manchmal nicht richtig priorisiert wird. Und das ist an sich ein grosses Warnsignal, wenn sich die Linke und die Rechte einig sind in Bezug auf den Denkmalschutz. Dann sollte er sich warm anziehen und vielleicht auch mal überprüfen, ob man nicht doch ein paar Konzessionen machen könnte. Die Empfehlung von mir als Referentin ist, den Kredit von 3,7 Mio. Franken unter Berücksichtigung der PVS-Anträge anzunehmen.

Präsident: Gut, dann kannst du jetzt das Fraktionsvotum der Fraktion GFL anhängen. Weitere Fraktionssprechende können sich jetzt anmelden.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Fraktion: Ich sage einfach noch ein bisschen etwas zu den Anträgen der GFL. Ich habe die alle schon in der Kommission gestellt und die hatten überhaupt keine Chance. Normalerweise stellen wir die dann nicht noch einmal im Rat, weil das einfach, wie so eine Wiederholung oder ein Müssiggang ist. Aber in diesem Fall fanden wir doch, dass wir das eigentlich öffentlich auch ansprechen möchten. Denn es gibt verschiedene Punkte, aber vor allem die Hitzeproblematik scheint uns extrem dringend. Es war auch diesen Sommer in Lyss – wenn ich mich richtig erinnere –, diese Schule, wo die Kinder dann für den Unterricht in die Kellerräume runter mussten, weil einfach ein normaler Unterricht in den eigentlichen Schulräumen nicht mehr gegeben war. Und bei meiner Begehung damals habe ich auch eine Lehrperson, die per Zufall vorbeikam, gefragt, wie das Raumklima dort so ist. Dann hat sie sofort gesagt, dass es der Horror ist. Und wenn aus diesem Horror dann ein kleiner Horror wird, dann reicht es nicht. Das ist dort, wo die neue Generation heranwächst. Das ist der Ort, an dem Lehrkräfte, die ohnehin schon ausgelaugt sind, bei Hitze unterrichten müssen. Ich weiss nicht, aber ich hätte die Nerven nicht. Auf jeden Fall, was wir wollen, ist diese öffentliche und unentgeltliche Toilette, zum Beispiel im Mehrzweckraum. Dort könnte es Platz haben. Denn wir haben das als Stadtrat so beschlossen, dass wir öffentliche Toiletten bei den Schulen haben möchten. Warum man das hier jetzt nicht umsetzen möchte, ist das Argument mit dem Platz. Aber eben wir haben es beschlossen, wir haben das vereinbart und die Bevölkerung braucht es und wünscht es auch. Das ist halt auch ein Argument. Wir haben gesagt, dass wir gerne smarte Fenster und automatisches Nachtlüften prüfen möchten, auch weil wir natürlich wissen, dass diese Isolation schwierig ist, dass manchmal auch die Hitze eingefangen werden kann. Aber wenn man einfach so lüftet, wie man es heute macht, das heisst man kommt um 8 Uhr dort an und öffnet die Fenster. Das ist der Eigerplatz. Um 8 Uhr sind es dann schon über 20 Grad. Da kommt es gar nie zu einer Kühlung. Da müsste man irgendwann zwischen 3 Uhr und 7 Uhr früh lüften und nicht später. Das geht nur, wenn man smarte Fenster hat, die man anpassen kann an die Lage der Schule. Und wir haben auch gesagt, nur in den oberen Stockwerken wegen der Einbrüche. Und dann für uns ganz wichtig, wir möchten gerne, dass es eine Option bei der Präsentation des Baugeschäfts gibt, wo man einfach sehen kann, wie viel denn eine Innenisolierung tatsächlich kosten würde. Denn wir haben jetzt schon mehrere Schulen gehabt, die wir weder aussen noch innen ge-

dämmt haben, da wir immer gesagt haben, das wird zu teuer, aber wir haben nie die Zahl bekommen. Wir wissen eigentlich gar nicht, wie teuer es dann werden würde. Ich würde das gerne ausgewiesen bekommen. Es wurde so dagegen argumentiert, dass man dann zwei vollständig neue Bauprojekte haben möchte. Das kann ich mir nicht vorstellen. Wenn ich ein Bad mehr oder weniger haben möchte, bekomme ich einfach das Bauprojekt mit einem Bad mehr oder weniger oder eben mit der Option Isolation oder nicht. Ich finde, darüber müsste man mindestens in der Kommission bestimmen dürfen oder mindestens sehen, was es eigentlich kostet, das, was wir denken, dass man haben müsste. Wir finden einfach grundsätzlich, wir brauchen mehr Fakten, um sachliche Entscheidungen fällen zu können und dort fehlt auch der Antrag mit der Innentemperatur. Wir messen die Temperatur gar nicht. Wir beschliessen jetzt einfach eine Sanierung, ohne zu wissen, wie stark das Problem vor Ort überhaupt ist. Deswegen finde ich, spricht überhaupt nichts dagegen, einfach irgendwie drei Thermometer aufzustellen, die in drei Stockwerken einfach ein Jahr lang die Temperatur messen, bevor wir dann anfangen, wirklich ein Bauprojekt umzusetzen.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion GLP-EVP, Corina Liebi.

Corina Liebi (JGLP) für die Fraktion: Ich mache es kurz, wir werden das Geschäft in der vorliegenden Form unterstützen. Wir finden auch die Kosten-Nutzen-Abwägung in Bezug auf die Turnhalle sinnvoll, die gemacht wurde, und werden dementsprechend den Rückweisungsantrag der FDP nicht unterstützen. Auch die Anträge der PVS sowie der GFL, ausser Nummer 6, werden wir ablehnen. Nummer 6 zu den smarten Fenstern können wir unterstützen, weil es ein Prüfungsauftrag ist. Wir sind gespannt, was die Ergebnisse dort sind, das heisst aber noch nicht, dass wir auch einen Einbau dieser Fenster unterstützen würden. Wir sind aber der Meinung, dass eine Prüfung durchaus wünschenswert ist. Alle anderen Anträge werden wir entsprechend ablehnen.

Präsident: Für die Fraktion SP-JUSO, Timur Akçasayar.

Timur Akçasayar (SP) für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion unterstützt den Projektierungskredit für die Volksschule Sulgenbach. Die geplante Sanierung steht exemplarisch für die Herausforderungen und Chancen einer modernen, sozialen und nachhaltigen Bildungsinfrastruktur. Den Rückweisungsantrag der FDP werden wir ablehnen. Die Abtrennung der Turnhalle in ein separates Projekt finden wir nicht sinnvoll. Eine solche Aufsplittung würde den Planungsprozess verzögern, Synergien verhindern und unnötige Projektierungskosten verursachen. Die integrale Betrachtung der Anlage ist zentral für eine pädagogisch und betrieblich sinnvolle Lösung. Die Anträge 2 und 3 der PVS werden wir annehmen. Wie bereits bei früheren Bauprojekten setzen wir uns auch hier für die Reduktion versiegelter Flächen auf das funktionale Minimum ein. Auch steht für uns die soziale Nachhaltigkeit im Zentrum, nicht der Denkmalschutz. Ein Schulhaus ist in erster Linie ein Lern- und Lebensort. Die Anträge 4 bis 7 der GFL werden wir ablehnen. Zur öffentlichen Toilette: Die Forderung ist grundsätzlich richtig, aber bei so einer kleinen Anlage nicht zielführend. Sie würde zulasten des bereits rege genutzten Aussenraums gehen oder spezielle Konflikte mit dem Mehrzweckraum bringen. Wir erwarten jedoch, dass der Gemeinderat die gemachten Versprechen aus der überwiesenen Motion endlich einlöst und auch entsprechende Lösungen präsentiert. Zu den Anträgen 5 und 6, zur Innenisolierung und smarte Fenster: Diese Anträge greifen zu tief in die operative Planung ein. Die Projektierung soll sich an die strategischen Nachhaltigkeitszielen orientieren. Technische Lösungen wie die Innenisolierung oder smarte Fenster

gehören in die Fachplanung und können bei einem vorliegenden Bauprojekt in der Kommission diskutiert werden. Dort wird der Stadtbaumeister die vorgeschlagene Lösung begründen und auch transparent darlegen, weshalb sie gewählt wurde, wie es eigentlich bei allen Projekten bisher der Fall war. Zwei Varianten auf Vorrat auszuarbeiten, verursacht unnötige Kosten und bindet Ressourcen, ob man das glaubt oder nicht, spielt hier jetzt keine Rolle, es ist so. Das lehnen wir als Fraktion auch entschieden ab. Antrag 7, Temperaturmessung: Die Forderung nach einer solchen Temperaturmessung ist an diesem Objekt übertrieben. Es existieren bereits ausreichende Messdaten aus anderen Schulhäusern der Stadt. Die Fachleute sind in der Lage, klimatische Herausforderungen zu beurteilen und geeignete Massnahmen vorzuschlagen.

Präsident: Als nächstes, für die Fraktion FDP, Thomas Hofstetter.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Für die Fraktion FDP ist Bildung die unabdingbare Voraussetzung für eine zukunftsfähige und resiliente Gesellschaft, deshalb unterstützt die FDP die Sanierung der Volksschule Sulgenbach und wünscht sich, dass die Sanierung im geplanten Zeithorizont abgeschlossen werden kann. Trotzdem haben wir einen Rückweisungsantrag eingereicht. Damit wollen wir nicht das Geschäft verhindern oder verzögern, nein, wir wollen dem Gemeinderat die Möglichkeit geben, sich zu profilieren und einen Teil des Geschäftes signifikant zu verbessern. Trotz des Rückweisungsantrags möchte ich im Namen der FDP ein paar Dinge zur eigentlichen Sanierung des Schulhauses sagen. So finden wir es sehr weitsichtig und intelligent, dass während der Sanierungsphase des Schulhauses das Schulraum Provisorium, welches im Zusammenhang mit der Sanierung der Schule im Kirchenfeld aufgestellt wurde, genutzt wird. Weiter unterstützen wir grundsätzlich alle im Projekt aufgeführten Projektziele. Einzig bei den Biodiversitätszielen haben wir Vorbehalte, denn wir sanieren eine Schule und dabei stehen die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler und auch das Lehrpersonals im Vordergrund. Der Fokus muss auf die Benützenden gelegt werden. Für uns ist wichtig, dass der Aussenraum für Sport und Spiel genutzt werden kann, und zwar bei jeder Jahreszeit. Es darf nicht sein, dass wegen Biodiversitätsmassnahmen kein Basketball mehr gespielt werden kann, weil der Ball nicht geprellt werden kann oder dass bei schlechtem Wetter die Kinder nicht draussen spielen können. Den Projektierungskredit über 3,7 Millionen finden wir unglaublich hoch, so wird das Ziel des Gemeinderates günstiger zu bauen unmöglich erreicht. Für unsere Fraktion ist aber auch der Sport für alle und die Verdichtung nach innen wichtig, deshalb haben wir den Rückweisungsantrag gestellt, damit die Sanierung der Turnhalle und die Sanierung des Schulhauses in zwei unterschiedlichen Projekten abgehandelt werden. Die Sanierung der Turnhalle soll aus dem bestehenden Geschäft entfernt und in einem eigenen Machbarkeitsprojekt behandelt werden. Die eigentliche Sanierung des Schulhauses soll ohne Einschränkungen weiterlaufen. Bei der Machbarkeitsstudie zur Turnhalle sollen verschiedene Varianten geprüft werden, wobei eine qualitative Besser- und Mehrnutzung der Turnhalle im Vordergrund steht. Warum wollen wir das? Die Stadt Bern ist eine Sportstadt. "Bern bewegt" ist der stolze Slogan. Jetzt bietet sich die historische Chance, diese Sportkultur zu stärken und zu vervielfältigen. Das Projekt "Gesamtsanierung der Volksschule Sulgenbach" könnte ein wunderbares Beispiel sein, wie in der Stadt Bern gross, nachhaltig und weitsichtig geplant und das Potenzial der Turnhalle sorgfältig abgeklärt wird. Folgende Aussage von einer betroffenen Lernperson sollte dabei als Leitlinie genutzt werden. Ich zitiere: "Den formulierten pädagogischen und räumlichen Anforderungen kann nur entsprochen werden, wenn die Turnhalle durch einen multifunktionalen Ersatzbau – mit Turnhalle, Garderoben, Werkräumen, Schulräumen – und

der Pavillon durch einen besser nutzbaren, eventuell zweistöckigen Neubau ersetzt werden." Deutlicher können Direktbetroffene ihr Bedürfnis nach einer neuen Turnhalle nicht formulieren. Es kann nicht sein, dass gutes Geld in eine marode, untaugliche und viel zu kleine Turnhalle gesteckt wird, welche den heutigen Anforderungen an Pädagogik, Technik und Betrieb nicht mehr entspricht. Es muss alles unternommen werden, um die Sportinfrastruktur nachhaltig zu verbessern, auch in Anbetracht dessen, dass in der Stadt Bern signifikant zu wenig Turnhallen zur Verfügung stehen und insbesondere in diesem Schulkreis ein grosser Bedarf an gedecktem und zeitgemäsem Sportraum besteht. Deshalb braucht es mehr Mut und nicht den Weg des geringsten Widerstandes. Die Gesundheit der Bevölkerung, die Integrationsmöglichkeiten durch Sport und das Möglichmachen für mehr Frauen- und Mädchensport muss höher gewichtet werden als elitäre, städtebauliche und denkmalpflegerische Überlegungen. Und wenn man die graue Energie dynamisch statt nur statisch betrachtet, dann ist dies auch kein Argument gegen einen Neubau. Wenn ich Projektverantwortlicher wäre, würde ich mich über diesen Antrag sehr freuen, denn die Herausforderung, diese Turnhalle mit viel Kreativität und unkonventionellen Ideen zu planen, wäre fantastisch. Natürlich sind die Platzverhältnisse eng, aber bei der Innenverdichtung muss man Kompromisse machen und nach Lösungen suchen. Wir müssen gegen innen verdichten, statt nur davon zu reden und auch mehr Turnhallenkapazitäten zur Verfügung stellen und auch die Bedürfnisse der Direktbetroffenen berücksichtigen. Deshalb, wer unseren Antrag unterstützt, der oder die will Bern vorwärtsbringen statt nur verwalten. Wenn unser Antrag nicht durchkommt, werden wir uns enthalten. Merci.

Präsident: Für die Fraktion Mitte, Nicolas Lutz.

Nicolas Lutz (Mitte) für die Fraktion: Wir merken es ein bisschen bei diesem Projekt, man muss die Schule sanieren, aber man merkt auch, die Schule ist halt nicht optimal. Es ist ein altes Gebäude, es ist zu heiss und man verliert Platz. Die Turnhalle ist auch nicht optimal. Von dem her stehen wir halt jetzt hier vor der Aufgabe, das so gut zu sanieren, wie möglich. Was mir ein bisschen in der langfristigen Planung gefehlt hat, ist, dass man vielleicht auch ganz andere Lösungen gesucht hätte. Nämlich neue Standorte zu suchen und das Gebäude oder den Platz auch anders zu nutzen. Denn wir merken, optimal ist das nicht. Da es den Schulraum braucht, muss man dort jetzt wahrscheinlich sanieren, weil es sonst zeitlich nicht mehr reicht. Wir werden den Antrag der FDP unterstützen, auch mit den Argumenten, die jetzt schon dargelegt wurden. Denn es kann nicht sein, dass man viel Geld in ein schlechtes Produkt hineintut und nachher wieder mit dem Denkmalschutz kommt. Eben wenn man kreativ bauen will, muss man dort auch gewisse Kompromisse eingehen. Den Anträgen 2 und 3 werden wir zustimmen. Wobei ich bei Antrag 3 wichtiger finde, dass man eben vor allem schaut, dass der Schulraum für die Schüler*innen da ist und für ihre Bedürfnisse. Die anderen Anträge werden wir ablehnen. Insgesamt gehen sie eben zu viel ins Operative hinein. Es ist nicht an uns Details zu definieren, sondern wirklich kreative Lösungen zu suchen. Und wenn man dann wirklich ehrlich ist, müssen wir auch teilweise sogar über Klimaanlage reden, denn wir können natürlich nicht meinen, wir sanieren alte Gebäude und die werden dann plötzlich irgendwie kühl. Sondern das muss man wirklich offenlassen. Am Schluss geht es darum, dass die Kinder dort gut lernen können und die Temperaturen dort in Ordnung sind. Wie das nachher hinzubekommen ist, ist, glaube ich, nicht unsere Entscheidung als Stadtrat, sondern die des Projekts, damit es dort nachher optimal ist.

Präsident: Gibt es weitere Voten aus dem Saal? Als Einzelsprecher Thomas Hofstetter.

Thomas Hofstetter (FDP), Einzelvotum: Nur etwas Kurzes: Ich bin sicher, die Gemeinderätin wird dann sagen, dass es nicht möglich ist, einen Neubau auf diesen Platz dort hinzustellen. Das ist möglich, denn ich habe das Kroki mit einem Architekten angeschaut und wenn man will, könnte man es. Also dieses Argument zieht nicht.

Präsident: Gibt es noch weitere Voten aus dem Saal? Das ist nicht der Fall, dann hat der Gemeinderat das Wort. Auch hier gibt es ein geteiltes Votum. Ich erteile als erstes das Wort Marieke Kruit

Marieke Kruit, Stadtpräsidentin: Ursina Anderegg und ich teilen uns auch hier das Votum. Ich sage gerne kurz etwas zu den baulichen Aspekten. Die Schulanlage Sulgenbach entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen an Pädagogik, Technik, Hindernisfreiheit und Betrieb. Sie muss umfassend saniert und energetisch modernisiert werden. Für die Gesamtsanierung und Erweiterung wird ein offener, einstufiger Projektwettbewerb für Planungsteams ausgeschrieben. Die Fertigstellung der Anlage ist für das Jahr 2031 geplant. Was haben wir konkret vor? Das Hauptgebäude und die Einfachturnhalle werden gesamtsaniert, der Mehrzweckpavillon soll saniert und erweitert oder gegebenenfalls ersetzt werden, die Tagesbetreuung soll zudem wieder in die Schulanlage Sulgenbach integriert werden. Die Sanierung soll auch gleichzeitig genutzt werden, um den Aussenraum naturnaher und biodiverser auszugestalten, um für mehr Kühlung zu sorgen und um die Aufenthaltsqualität im Sommer zu verbessern, sind Entsiegelungen und zusätzliche Biodiversitätsflächen geplant. Weiter soll im Wettbewerbsverfahren geprüft werden, wie die Nutzung der Sonnenenergie optimal mit einer wirkungsvollen Gebäudebegrünung von Dach und Fassade kombiniert werden kann. Kurz und gut, die Schülerinnen und Schüler sollen genügend Schulraum und ein modernes, zeitgemässes Lernumfeld erhalten. Und dazu gebe ich jetzt dann gleich das Wort an Ursina Anderegg, ich nehme aber vorher noch kurz Stellung zu den Anträgen. Zur Rückweisung: Ich bitte Sie, diese abzulehnen. Der Bedarf einer Turnhalle ist unbestritten, allerdings ist es aus feuerpolizeilichen Gründen kaum möglich, eine Turnhalle nach BASPO-Norm zu erstellen, da die geforderten Gebäudeabstände nicht eingehalten werden können. Also es hat nichts mit dem Denkmalschutz zu tun oder mit schöngestem Städtebau. Und ja, Thomas, wir haben natürlich auch mit Architekten gesprochen und die sehen das ein bisschen anders als der Architekt, den du anscheinend konsultiert hast. Man könnte fast sagen, zwei Architekten, drei Meinungen. Zum PVS-Antrag zur Entsiegelung: Als Ziel ist im Wettbewerb vorgegeben, dass die Versiegelung auf das funktionale Minimum zu reduzieren ist. Von den Teams müssen Aussagen zum Versiegelungsanteil gemacht werden. Zudem muss der Anteil an ökologisch besonders wertvollen Flächen mit Vernetzungsfunktion erhalten und möglichst erweitert werden. Wir tragen dem also Rechnung, diesem Antrag der PVS. Und dann noch zu den erwähnten Interessenskonflikten zwischen den Bedürfnissen der Lernenden und der Denkmalpflege. Ich kann so viel dazu sagen, dass die schulischen Bedürfnisse bei dieser Sanierung sehr hoch gewichtet werden, gleichzeitig werden wir aber auch die gesetzlichen Vorgaben im Bereich der Nachhaltigkeit einhalten, wie zum Beispiel jene des kantonalen Denkmalpflegegesetzes. Denn am Schluss brauchen wir ein bewilligungsfähiges Projekt. Es ist nicht zielführend, das eine oder das andere gegeneinander auszuspielen. Hier braucht es ein Miteinander und dies ist bei dieser Vorlage der Fall. Dann noch zu den Anträgen der GFL: Zum Zeitpunkt der Beantragung des Baukredits muss die

Konstruktion eines Bauvorhabens längst festgelegt sein. Ein Variantenentscheid zu dem Konzept würde es verunmöglichen, vorher beispielsweise eine bauliche Eingabe zu machen, eine Gebäudetechnikplanung vorzunehmen oder eine Ausschreibung vorzubereiten. Bitte lehnen Sie deshalb diesen Antrag ab. Auch die beiden weiteren Anträge bitte ich, abzulehnen, hier geht es um wirklich sehr operative Fragen und ich bin wirklich froh, wenn ihr diese Entscheide den Baufachorganen überlässt.

Präsident: Für den zweiten Teil hat das Wort, Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Ja, wir haben es schon gehört, die Schulanlage Sulgenbach soll umfassend saniert werden. Diese Sanierung ist notwendig, damit die Gebäude wieder den heutigen Anforderungen an Pädagogik, Technik und den Betrieb entsprechen. In den Gebäuden der Volksschule Sulgenbach sollen neue pädagogische Konzepte für Unterricht und Betreuung entwickelt werden. Die Ausgestaltung der Sanierung basiert auf dem aktuellen Raumprogramm, das ist ein strategisches Instrument. Nach der Sanierung soll die Tagesbetreuung auf dem Schulareal integriert werden, um die Verzahnung von Unterricht und Betreuung entsprechend der aktuellen Bildungsstrategie weiter voranzutreiben und vielfältige pädagogische Konzepte wie zum Beispiel die Ganztagestrukturen, das haben wir ja auch erst letzthin diskutiert, zu ermöglichen. Die räumliche Nähe von Unterricht und Betreuung sowie die gemeinsame Nutzung von Räumlichkeiten auf einem Schulareal sind wesentliche Faktoren für die Synergie und Mehrfachnutzungen. Für Schüler*innen, Lehrpersonen und Mitarbeitende der Tagesbetreuung wird damit ein Ort des Miteinanders geschaffen. Im Schulhaus sollen jeweils zwei Klassen mit Gruppen, Betreuungs- und Förderraum in einem Cluster angeordnet werden. Die Kinder bewegen sich innerhalb dieser Einheit in einem übersichtlichen und familiären Rahmen. Ein grosszügiger Mehrzweckraum im Schulhaus soll ausserhalb der Unterrichtszeiten dazu noch vermietet werden können und so auch dem Quartier für Versammlungen und Anlässe zur Verfügung stehen. Ich denke, das ist ein Projekt, das eben genau die Stossrichtung, die wir allgemein weitergehen wollen, sehr schön abbildet.

Dann komme ich zum Aussenraum: Im Aussenraum wird ein Angebot an verschiedenen Aufenthaltsqualitäten und vielfältige Spielmöglichkeiten entstehen, welches sowohl der Schule wie auch dem Quartier als wertvoller Treffpunkt für Spiel und Freizeit zur Verfügung stehen wird. Wir haben es gehört, dieser Aussenraum ist bei diesem Areal allerdings sehr knapp und klein, darum äussere ich mich gerne noch zum Antrag hinsichtlich der öffentlichen Toiletten. Da bitte ich euch auch, diesen abzulehnen. Wir haben es gehört und nehmen das gerne mit in den Gesamtgemeinderat, dass es vorwärtsgehen muss mit dem gesamtstädtischen WC-Konzept und dass man hier Lösungen jetzt bringen muss. Aber in diesem Raum wäre es wirklich auch nicht im Sinne von insbesondere den Schüler*innen, dass wir dort von diesem Aussenraum nun noch mehr abschneiden. Dann zur Hitzethematik: Das ist ein sehr wichtiges Thema. Das war jetzt auch bei diesem Geschäft ein grosses Thema. Es wird ein Thema sein, was uns noch sehr lange beschäftigen wird, einerseits bei Sanierungsprojekten und andererseits auch bei Neubauten. Wie viele andere hinken auch wir hinterher. Die Entwicklung wird zunehmen, dass wir sehr viel mehr Hitzetage haben werden, und in den Schulen ist das bereits ein sehr grosses Thema. Insbesondere nach den Schulferien sind teilweise die Gebäude wirklich sehr stark erhitzt. Das Thema wird in diesem Projekt und in der Planung eine hohe Priorität haben. Da kann ich euch versichern, das ist hier auch für uns als Nutzungsseite ein wichtiges Thema. Die Frage ist, wie wir diese Priorität dann ausdrücken. Es ist eine operative Geschichte, wie wir das dann wirklich baulich umsetzen,

denn man braucht einen Strauss an Massnahmen. Ich bin der Meinung, dass die allerbeste Kühlvariante vor allem ist, wenn die Aussenräume möglichst entsiegelst daherkommen. Das weiss man auch, das ist auch so erwiesen, dass sich die Gebäude gar nicht so stark erhitzen.

Es ist geplant, dass die Entsiegelungsflächen und die bereits erwähnten Biodiversitätsflächen dort eingeplant werden. Letztere haben nebst der Förderung der Biodiversität, was ein sehr wichtiges Anliegen ist, eben auch den Effekt, dass es auch zu Kühlungseffekten kommen kann. Vielleicht ist es noch hier zu erwähnen, dass ein Pilotprojekt mit ausgewählten Schulhäusern am Laufen ist. In der Stadtverwaltung ist man hier dran, sich zu koordinieren und in diesem Thema vorwärtzumachen, auch unter anderem mit Temperaturmessungen. Das ist eine Methodik und da sind wir bereits schon dran. Dann noch zur Turnhallendiskussion: Auch hier komme ich jetzt mit diesem Argument der Fläche. Wenn wir einen Neubau machen wollen, dann wäre es dort auf diesem Areal wirklich sehr herausfordernd. Vermutlich müsste man sogar unterirdisch diese Turnhalle einbauen. Bei einem Neubau müssten wir nach BASPO hier grösser bauen. Aus Nutzungsperspektive kann es nicht im Interesse sein von uns und den Schulen, hier eine Verzögerung in Kauf zu nehmen, auch von den Turnhallennutzenden diese Verzögerung in Kauf zu nehmen. Ein Absplitten aus diesem Planungsprozess würde einerseits eine Verzögerung bedeuten und andererseits wäre es im Nachgang komplexer. Ich finde es auch ein bisschen speziell, Thomas. Also diese Diskussion werden wir wahrscheinlich noch oft führen. Ich bin auch dafür, dass wir genug Sportinfrastruktur zur Verfügung stellen, selbstverständlich, aber jetzt hier bewegen wir uns in einer Planung von Schulraum und Sportraum und da wird immer geschaut, wo braucht es welchen Nutzen. Jetzt einfach eine grosse Halle hinzustellen, wo man sich eigentlich einig ist, dass der Bedarf, so wie er jetzt aufgegleist ist, ausreicht, finde ich ein bisschen speziell. Ich finde es auch ein bisschen speziell, was die Kosten anbelangt und auch der ökologische Nutzen. Diese Diskussion hatten wir ja auch. Also abreissen, einen Neubau machen ist ökologisch nicht unbedingt nachhaltiger. Und etwas Grosses hinzubauen dort, wo man es vielleicht ja gar nicht braucht, das finde ich auch vom Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht zielführend. Das zu diesen Anträgen. Wir bitten euch, auch diesen Antrag hier abzulehnen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und die Unterstützung des Projektes.

Präsident: Wir kommen auch bei diesem Geschäft zu den Abstimmungen. Wir stimmen als erstes ab über den Antrag 1, FDP, auf Rückweisung.

Antrag 1

FDP

Rückweisung:

Die Sanierung der Turnhalle soll aus dem bestehenden Geschäft entfernt und in einem eigenen Machbarkeits-Projekt behandelt werden. Die eigentliche Sanierung des Schulhauses soll ohne Einschränkungen weiterlaufen und später in mit einem eigenen Ausführungskredit behandelt werden. Bei der Machbarkeitsstudie zur Turnhalle sollen verschiedene Varianten geprüft werden:

- Abriss der bestehenden Turnhalle und Neubau mit Aufwertung mit mehr oder weniger gleichem Grundriss
- Abriss der bestehenden Turnhalle und Neubau mit einem L-Grundriss, d.h. zwei neue Turnhallen – eine am gleichen Ort mit den gleichen Grundrissen und die andere Richtung Westen (Parallel zur Eigerstrasse) nach BASPO-Norm

- Abriss der bestehenden Turnhalle und Neubau um 45 Grad gekehrt in Richtung Westen (Parallel zur Eigerstrasse) nach BASPO-Norm
- Abriss der bestehenden Turnhalle und 2-stöckiger Neubau um 45 Grad gekehrt in Richtung Westen (Parallel zur Eigerstrasse) nach BASPO-Norm
- Abriss der bestehenden Turnhalle und 2-stöckiger Neubau nach BASPO-Norm
- Renovation der bestehenden Turnhalle.

Abstimmung Nr. 008

2025.PRD.0026: Antrag 1

Ablehnung

Ja	16
Nein	53
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 2, PVS.

Antrag 2

PVS

Im Rahmen der Projektierung sind die versiegelten Flächen auf das funktionale und betriebliche Minimum zu beschränken.

Abstimmung Nr. 009

2025.PRD.0026: Antrag 2

Annahme

Ja	46
Nein	17
Enthalten	7

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 3, PVS.

Antrag 3

PVS

Die Volksschule Sulgenbach ist eine Schule und deshalb müssen die Bedürfnisse der Schüler*innen und der Lehrer*innen (soziale Nachhaltigkeit) über den Interessen der Denkmalpflege stehen, d.h. bei einem Interessenkonflikt ist die soziale Nachhaltigkeit (Bedürfnisse der Schüler*innen und Lehrer*innen) höher zu werten als die Bedürfnisse der Denkmalpflege.

Abstimmung Nr. 010

2025.PRD.0026: Antrag 3

Annahme

Ja	47
Nein	17
Enthalten	7

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 4, GFL.

Antrag 4

GFL

Auf dem Areal soll eine öffentliche und unentgeltliche Toilette zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmung Nr. 011

2025.PRD.0026: Antrag 4

Ablehnung

Ja	20
Nein	45
Enthalten	7

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 5, GFL.

Antrag 5

GFL

Im Rahmen des Projekts wird der zuständigen Kommission und dem Stadtrat eine Option inklusive einer Innenisolierung des Hauptschulgebäudes und eine ohne dieselbe vorgelegt, sodass der finanzielle Mehraufwand für eine Isolierung des Gebäudes transparent ausgewiesen wird.

Abstimmung Nr. 012

2025.PRD.0026: Antrag 5

Ablehnung

Ja	5
Nein	59
Enthalten	8

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 6, GFL.

Antrag 6

GFL

Im Rahmen des Projekts werden zumindest auf den oberen Stockwerken smarte Fenster geprüft, die sich beispielsweise im Sommer automatisch in den kühlen Nachtstunden öffnen lassen. Die Ergebnisse der Prüfung und die geschätzten Mehrkosten werden der zuständigen Kommission als Information vor der Vorlage des Baukredits vorgelegt.

Abstimmung Nr. 013

2025.PRD.0026: Antrag 6

Ablehnung

Ja	15
Nein	49
Enthalten	8

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen abschliessend zu Antrag 7, GFL.

Antrag 7

GFL

Im Hauptschulgebäude soll während der Projektierungsphase mindestens während einem Jahr die Innentemperatur in den süd- als auch den nordseitigen Klassenzimmern aufgezeichnet und ausgewertet werden. Ebenso in der Turnhalle. Die Ergebnisse werden der zuständigen Kommission als Vorinformation vorgelegt und auch im Stadtratsvortrag ausgewiesen.

Abstimmung Nr. 014

2025.PRD.0026: Antrag 7

Ablehnung

Ja	5
Nein	60
Enthalten	7

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir stimmen somit ab über das Geschäft in der bereinigten Form. Wenn ihr dem zustimmen wollt, stimmt ihr Ja und sonst Nein.

Abstimmung Nr. 015

2025.PRD.0026: bereinigte Vorlage

Annahme

Ja	59
Nein	4
Enthalten	9

Präsident: Ihr habt dem Geschäft zugestimmt.

2025.SR.0027

14 Motion: Für eine echte Amtszeitbeschränkung für Stadtratsmitglieder: Nach 3 vollen Legislaturen ist Schluss!; Annahme

Präsident: Wir kommen zu den Traktanden Nummer 14 und 15, die wir gemeinsam behandeln. Traktandum 14, Motion: Hier geht es um das Thema für eine echte Amtszeitbeschränkung für Stadtratsmitglieder. Traktandum 15, Postulat: Hier geht es um die Prüfung der Aufhebung dieser Amtszeitbeschränkung. Beide Vorstösse sind bestritten. Als erstes haben die Einreichenden das Wort. Wir beginnen mit Traktandum Nummer 14. Für die Einreichenden der Motion, Traktandum Nummer 14, erteile ich das Wort an Mirjam Roder.

Mirjam Roder (GFL) für die Einreichenden: Die Frage der Amtszeitbeschränkung ist sicherlich nicht das drängendste Problem, da nur eine Handvoll Personen wirklich betroffen sind. Dennoch müssen wir sie klären, denn so wie es jetzt ist, funktioniert es offensichtlich nicht. Da die Einführung der Amtszeitbeschränkung auf eine Initiative des

Jungen Bern aus dem Jahr 1959 zurückgeht, betrachten wir von der GFL es als Teil unseres politischen Erbes, uns diesem Thema zu widmen. Der Wille dieser Initiative war klar. Nach drei vollen Legislaturen soll im Parlament Schluss sein. Nun weist aber der derzeitige Wortlaut in der Gemeindeordnung mit der ununterbrochenen Angehörigkeit des Rates eine offensichtliche Schwachstelle auf. Dieser Schwachstelle haben sich bekanntlich bereits einige zu Nutzen gemacht. Ich würde gerne einmal von einem "Meitschitrickli" sprechen, aber hier ist es nun wirklich ein "Buebetrickli". Eine solche Gesetzeslücke zu erkennen und zu schliessen, ist unsere Aufgabe als Legislative. Man kann für oder gegen eine Amtszeitbeschränkung sein, aber klar ist, so wie es im Moment ist, funktioniert es nicht und dann kann man es auch gleich sein lassen. Und das wollen wir mit der vorliegenden Motion ändern, indem wir eine Karenzfrist von mindestens vier Jahren für eine mögliche Wiederwahl fordern. Häufig wird angeführt, dass unser Problem nicht ist, dass die Leute zu lange im Rat bleiben, sondern zu kurz. Ich bin absolut damit einverstanden, dass das das drängendere Problem ist, aber dass es viele Rücktritte teilweise schon nach kurzer Zeit gibt, liegt, wie wir alle wissen, nicht zuletzt an der schwierigen Vereinbarkeit zwischen Politik, Beruf und Privatleben. Aber das hat doch nichts mit der Amtszeitbeschränkung zu tun. Was bringt es uns, wenn viele Leute schon früh wieder aus dem Rat ausscheiden, dafür aber einige wenige 20 Jahre bleiben. Das zieht höchstens den Schnitt nach oben, bringt uns aber in der Sache nichts. Für mich sind das auch zwei völlig unterschiedliche Dinge und heute geht es um die Amtszeitbeschränkung. Wir wissen es alle, es braucht eine gewisse Zeit, bis man sich in den Ratsbetrieb eingefunden hat und mit den Abläufen und all den "Buebe-" und "Meitschitrickli" vertraut ist. Aber Hand aufs Herz, nach 12 Jahren, 12 Budgetdebatten, 12 Casablanca-Diskussionen kommt selten noch viel Neues. Was man in 12 Jahren nicht erreichen konnte, gelingt auch in 20 Jahren nicht.

Lieber Ueli, als du das erste Mal in diesem Rat über das Budget der Stadt Bern verhandelt hast, habe ich wahrscheinlich gerade darüber verhandelt, länger mit meinen Freunden spielen zu dürfen, und zwar mit meinen Eltern, denn ich war gerade mal neun Jahre alt. Es kommt mir auch nicht so vor, als sei es gestern gewesen, denn das ist es nicht, es ist eine ziemliche Weile her. Aber ich schweife ab. Es ist natürlich wichtig und wertvoll, erfahrene Ratsmitglieder zu haben, die vielleicht auch einmal mehr der Exekutive auf die Finger klopfen können, weil sie noch wissen, was vor sechs Jahren versprochen wurde. Aber dieses Wissen muss ja nicht mit dem Rücktritt aus dem Rat verloren gehen. Da finden wir, es sind die Parteien in der Pflicht, dieses Wissen zu erhalten. Wir kontaktieren auch regelmässig immer noch unsere Altstadträt*innen und fragen sie um Rat, so können sie das Wissen immer noch einbringen und trotzdem sitzt eine neue Person im Parlament mit neuen Ideen. Oft hört man auch, es sei ohnehin schwierig, genügende Kandidierende zu finden. Das mag für kleinere Gemeinden absolut stimmen, aber wir hier in der Stadt Bern sind noch weit von Zuständen wie in der Gemeinde Wassen im Kanton Uri entfernt, wo Personen zu einem Amt gezwungen werden müssen. Und natürlich ist es für kleinere Parteien nicht immer einfach, die Liste zu füllen. Das geht uns auch so. Aber genau darin liegt auch eine Chance, nämlich neue Menschen für die Politik zu gewinnen. So bin ich beispielsweise hier gelandet. Und da hilft es sehr, wenn man einen Listenplatz und somit eine mögliche Wahl in den Stadtrat anbieten kann. Und meistens findet man doch auch noch irgendwelche Politikinteressierte, die sich zur Verfügung stellen. Obschon dieses Amt einem manchmal viel abverlangt, wir wissen es alle hier drin, ist es auch ein wahnsinniges Privileg. Ein Privileg, das möglichst vielen verschiedenen Personen offenstehen soll. Denn eine Demokratie ist umso stärker, je mehr Personen daran teilhaben können und in einer Zeit, wo überall auf der Welt versucht wird, die Demokratie abzubauen und auszuhöhlen müs-

sen wir jeden noch so winzigen Hebel nutzen, den es gibt, auch wenn es nur die konsequente Umsetzung der Amtszeitbeschränkung ist. Natürlich kann man fragen, ob sich der Aufwand für eine Gesetzesänderung lohnt, wenn nur wenige Personen betroffen sind. Aber wir wissen alle, welchen Einfluss einzelne Personen auf den Ratsbetrieb haben können. Deshalb sind wir für eine Amtszeitbeschränkung und wenn eine, dann richtig und ohne "Buebetrickli". Etwas muss ich aber zum Schluss noch sagen, weil es in der Begründung des Postulats erwähnt wird und Alex, ich hoffe, du hörst mir zu, weil du es wahrscheinlich nachher erwähnen wirst. Ja, es stimmt, dass bei uns eine Person wenige Monate vor der Wahl zurückgetreten ist und dann wieder kandidiert hat. Diese Person hat es aber nicht gemacht, um die Amtszeitbeschränkung zu umgehen, sie war auch erst sechs Jahre in diesem Rat, sondern weil diese Person dringend eine politische Auszeit gebraucht hat und zu dieser Zeit die Stellvertretungsregelung noch nicht in Kraft war. Trotzdem, es war inkonsequent und das sollte es auch bei uns künftig nicht mehr geben.

Präsident: Béatrice, du kommst später an die Reihe. Für die Einreichenden des Postulats von Traktandum 15 erteile ich das Wort Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich komme zu unserem Postulat. Ihr seht, ich habe es mir ein bisschen einfach gemacht. Wenn ihr ein paar Jahre zurück geht, hat die Mitte, die Partei, die jetzt eben die Lücke schliessen will, gerade das Gegenteil verlangt. Sie wollte nämlich die Amtszeitbeschränkung ganz aufheben. Das waren Kurt Hirsbrunner und Claudio Bühlmann, der in den Parlamentsdiensten arbeitet, die wollten also gerade das Gegenteil. Das ist einfach die Ausgangslage. Die SVP ist immer der Meinung, dass es der Stimmbürger entscheiden soll. Ihr seht, dass es x Fälle gibt, wo man die Sesselkleber nicht mehr wollte. Das hört ihr dann in dem Fraktionsvotum, aber das soll der Stimmbürger sagen. Und eines könnt ihr der SVP nicht vorwerfen: Im Gegensatz zu anderen Fraktionen, sind unsere Leute schon lange dabei. Wir haben selten vorzeitige Rücktritte. Wir haben uns eingesetzt und der Stimmbürger hat das belohnt. Es kann sein, dass wir jetzt einmal sagen, wir haben jetzt genug. Ihr seht, ich nehme hier keine Kampfposition ein. Eigentlich hat mir die Antwort sehr gefallen. Ich glaube, wir hatten damals sogar Stimmfreigabe bei diesem Vorstoss Hirsbrunner und Claudio Bühlmann beschlossen, die ja die die Amtszeitbeschränkung nicht wollten. Auf Seite 2 von unserem Vorstoss seht ihr, glaube ich, dass der Gemeinderat explizit Vor- und Nachteile einander gegenübergestellt hat. Ich will jetzt hier nicht meine Redezeit maximal ausnutzen, aber ihr seht, es gibt Gründe dafür und dagegen. Und was noch wichtig ist: Meine Abklärungen haben ergeben, dass damals, als man das Reglement gemacht hat – man kann sagen, sie haben es falsch formuliert –, es offenbar der Wille von denen war, die das gemacht haben, dass eben die Möglichkeit von dem vorzeitigen Rücktritt, um dann wieder kandidieren zu können, dass die Möglichkeit bestehen soll. So kann man nachrücken oder eben wieder mit der Chance hineingehen, solange man noch jemanden kennt. Das kann man gut oder schlecht finden. Wir sind hier nicht einmal in aller Schärfe vorgegangen. Für uns würde es auch eine Möglichkeit geben, dass wir es ähnlich machen, wie im Kanton Bern. Da hat die SVP eine freiwillige Amtszeitbeschränkung. Bei FDP habt ihr das Problem gesehen, wo eben gewisse Leute mehrere Legislaturen, vier oder fünf Legislaturen machen. Sie haben das nicht. Da ist es auch darüber diskutiert worden. Die SVP hat die freiwillige Amtszeitbeschränkung. Wir haben jetzt im Postulat auch gesagt, dass wir statt einer Lösung, die wirklich bestritten ist und nicht gut ist, vielleicht 16 Jahre machen könnten. 16 Jahre hat man noch an anderen Orten, ich glaube, das gilt ja auch für den Gemeinderat. Das wäre jetzt bei-

spielsweise etwas, bei dem ich der Meinung bin, das wäre allenfalls eine sinnvolle Lösung, die man machen könnte. Man kann darüber diskutieren, darum haben wir es in Postulatsform gemacht und wir haben wirklich keine Kampfform gewählt. Wir sagen einfach, überlegt was dafür und was dagegen spricht. Wie ich eingangs bereits sagte, hat man sich schon im alten Rom mit den Vor- und Nachteilen befasst. Ich sage immer: In all diesen Dingen, bei denen man es so oder so ansehen kann, warum wollt ihr nicht den Stimmbürgern den Entscheid überlassen? Das ist mein Hauptstandpunkt. Darum bin ich für das Postulat. Für die Fraktion wird nachher Janosch Weyermann reden. Er wird sich nachher noch detaillierter mit dieser Sache auseinandersetzen. Für mich ist einfach die Freiheit in der Wahl des Stimmbürgers wichtig, schränkt diese nicht ein. Und nachher, wenn sie Ueli und mich nicht mehr hätten wählen wollen, hätten sie uns nicht mehr gewählt. Wir haben beide gute Resultate gehabt. Es kann sein, dass ich das nächste Mal sage, jetzt haben wir es lange genug gesehen. Aber für mich ist das einfach eine Möglichkeit, wenn ich sage, überlasst es den Leuten und schränkt nicht immer ein.

Präsident: Ihr könnt euch anmelden für Fraktionsvoten. Beginnen wird für die Fraktion SP-JUSO, Szabolcs Mihályi. Und ihr könnt der Rednerliste entnehmen, dass das heute unser letztes Traktandum sein wird.

Szabolcs Mihályi (SP) für die Fraktion: Ich bin nicht nur ein vermeintlich „linksversiffter“ Stadtberner Lokalpolitiker, sondern auch Politikwissenschaftler – dank elf Semester und trotz zweier Exmatrikulationen. Deshalb habe ich durchaus einige Wahlempfehlungen an alle Wahlberechtigten, unabhängig von Ideologie und Partei. Ein Tipp, wählen sie keine Politikerinnen, die vorgeben, perfekt zu sein oder die sich noch schlimmer für unersetzlich halten. Niemand ist perfekt und wer von sich anderes behauptet, sagt bewusst oder unbewusst nicht die Wahrheit und wer nicht die Wahrheit sagt, verdient seinen Platz in der Politik nicht. Das gilt für Nicolas Sarkozy, das gilt für Sarah Wagenknecht und für Donald Trump sowieso. Wir haben hier zwei interessante Vorstösse, die entweder das eine oder genau das Gegenteil fordern. Nun zur Abschaffung der Amtszeitbeschränkung: Ich bin mit den Postulanten einig, dass ständige Wechsel für eine Fraktion nicht hilfreich sind. Das haben wir alle in der eigenen Fraktion erlebt. Dieses Argument aber ausgerechnet bei einer Amtszeitbeschränkung von 12 Jahren vorzuschieben, ist schlicht realitätsfremd. Ein personeller Wechsel nach über einem Jahrzehnt im Amt wird ja wohl noch zumutbar sein. Ich weigere mich zu glauben, dass nach solch einer Zeit in einer Partei keine personellen Alternativen vorhanden sind. Apropos, ich war seit meinem Einstieg in die Politik bis heute quasi ununterbrochen auch Parteifunktionär in leitender Funktion. Ich wüsste landesweit keine Partei, die nicht in irgendeiner Weise Personalmangel erlebt. Und doch, wenn eine Partei in zwölf Jahren keinen Generationenwechsel zustande bringt, liegt das Problem nicht bei der Amtszeitbeschränkung. Politik, gerade der Parlamentarismus, hat den Auftrag, die Bevölkerung abzubilden, ihre sozialen Schichten genauso wie alle Altersklassen, ohne personelle Wechsel verknöchern die Strukturen in der Politik. Wer es nicht glaubt, muss nur auf die Diktaturen dieser Welt schauen. Übrigens auch hier, unabhängig von jeglicher Ideologie, Diktaturen verknöchern, weil neues Personal und somit neue Ideen verhindert werden und der Bezug zur eigenen Bevölkerung sowieso. Das gilt in Moskau, Budapest, Teheran genauso wie in Havanna oder Peking. Und noch ein Argument für personelle Erneuerung: Ich habe politische Gremien erlebt, wo sich neue junge Mitglieder nicht einzubringen wagten, weil die Alteingesessenen so laut und autoritär herumschrien, dass einem die Lust an der Diskussion verging. So darf Demokratie nicht durch Alt-

eingesessene gebremst werden. Wir wissen, die Postulanten fühlten sich auch noch berufen, die US-Politik als Beispiel zu nehmen. Sehr gerne. Das Fehlen einer Amtszeitbeschränkung ist nirgends so offensichtlich wie im US-Senat, im Pendant unseres Ständerats. Die Ratsmitglieder beider Parteien sind dort nicht selten über 80 und mehreren wurde schon glaubhaft Demenz attestiert. Dianne Feinstein verdiente demokratische Senatorin aus Kalifornien, Bürgermeisterin von San Francisco starb vor zwei Jahren im Amt mit 90 Jahren. Übrigens gab es seit 2016 auch keinen US-Präsidenten mehr, dem man nicht Demenz nachgesagt hätte. Deshalb unterstützen wir als SP-JUSO-Fraktion eine echte Amtszeitbeschränkung für Stadtratsmitglieder. Ein Rücktritt soll ein Rücktritt sein und kein Schlupfloch für Politiker*innen, die sich für unersetzlich halten oder Parteien, die es nicht schaffen, genügend Menschen für ihre Ideen zu begeistern. Dies gilt insbesondere, wenn wie im letzten Wahlkampf und davor Stadtratsmitglieder kurz vor Ende der 12 Jahre zurücktreten, um sich gleichzeitig für die Wahl fünf Monate später aufzustellen. Es scheint kein Zufall zu sein, dass im Internet nicht ersichtlich ist, was bei jeder anderen Partei ersichtlich ist, wann nämlich die SVP ihre Stadtratskandidierenden 2024 nominiert hat. Vielleicht sogar schon vor dem Rücktritt des Stadtrats, der nur zur Umgehung der Amtszeitbeschränkung zurückgetreten ist, um anschliessend direkt wieder anzutreten. Das ist nicht Demokratie, sondern hintertreibt die gesetzlichen Beschränkungen. Es ist eine Irreführung der Wahlbevölkerung und zeugt einzig von fehlendem Respekt vor unserer Demokratie und ihren Regeln. Es ist ein Armutszeugnis, dass wir die Amtszeitbeschränkung mit dieser Motion von Traktandum 14 hier verschärfen müssen, weil sie ausgerechnet von vermeintlichen Verteidigern der Demokratie am rechten Rand missbraucht wird. Die SP-JUSO-Fraktion wird Traktandum 14 annehmen und Traktandum 15 ablehnen.

Präsident: Für die Fraktion GB/JA!, Seraphine Iseli.

Seraphine Iseli (GB) für die Fraktion: Amtszeitbeschränkungen sind aus Sicht der GB-JA!-Fraktion grundsätzlich etwas sehr Sinnvolles. Sie sollen systematisch vor Machtkonzentration schützen, wenn eine Einzelperson nicht selber einsieht, dass sie vielleicht mal Platz für junge Ideen machen könnte. Oft haben Parteien oder auch Sektionen eigene Amtszeitbeschränkungen, um ihren eigenen Mitgliedern die Chance zu geben, auch mal ein öffentliches Amt zu bekleiden. Und in der Stadt Bern gibt es ja eben auch eine gesamtstädtische Amtszeitbeschränkung auf drei volle Legislaturen, die in der Gemeindeordnung (GO) festgelegt ist und deshalb würde es ja eben auch eine Änderung der GO brauchen, wenn sie angepasst werden würde. Wie wir aber gehört haben, ist diese sehr leicht zu umgehen, man kann nämlich im Sommer zurücktreten und im Herbst sich in die vierte Legislatur wählen lassen. Bei uns stiess dieses grösstenteils auf Sympathie diese Revision, auch wenn es mit dieser GO-Änderung verbunden ist. Unsere Aufgabe als Parlament und als politische Stadt, der Teilhabe am Herzen liegt, ist es, Möglichkeiten zu finden, dass sich Menschen, die sich politisch einbringen wollen, dies auch tun können. Sei es für Personen, die nicht in einem Parlament sind und die sich aber gerne in den Stadtrat wählen lassen würden, die darauf angewiesen sind, dass immer wieder Sitze frei werden. Aber eben auch für gewählte Personen, die jetzt schon im Stadtrat sind, müssen wir schauen, dass das Amt mit Privat- und Berufsleben vereinbar ist. Weil – das sehen wir aktuell –, dass Stadtratsmitglieder keine ganze Legislatur im Rat bleiben, ist das akutere Problem im Moment als Ratsmitglieder, die mehr als 12 Jahre im Rat sind. Für einige aus unserer Fraktion ist deshalb die bestehende Amtszeitbeschränkung auch gut genug. Denn für die meisten Stadtratsmitglieder ist diese nachvollziehbar und es gibt keinen Grund, es hier mit einem Trick zu um-

gehen. Wegen der wenigen Personen, für die das nicht der Fall ist, eine GO-Änderung zu machen, erscheint einigen von uns etwas unverhältnismässig. Wir werden deshalb entweder zustimmen oder uns enthalten. Das Postulat der SVP-Fraktion lehnen wir aus den gleichen Gründen ab.

Präsident: Merci. Für die Fraktion FDP, Chantal Perriard.

Chantal Perriard (FDP) für die Fraktion: Die Motion für eine echte Amtszeitbeschränkung für Stadtratsmitglieder verlangt eine Revision von Artikel 42 der Gemeindeordnung der Stadt Bern. Neu soll nach drei vollen Legislaturen beziehungsweise nach einem Nachrücken und drei weiteren Legislaturen definitiv Schluss sein. Zusätzlich soll eine vierjährige Karenzfrist gelten. Damit soll das sogenannte "Buebli-Trickli" verhindert werden, bei dem Stadtratsmitglieder kurz vor Ablauf ihrer Amtszeit zurücktreten, um die bestehende Regelung zu umgehen. Die FDP-Fraktion hat das Thema der Revision von Artikel 42 der Gemeindeordnung sowie der Amtszeitbeschränkung eingehend diskutiert und sich für Stimmfreigabe entschieden, sowohl bei der Motion als auch beim Postulat der SVP-Fraktion. Ein Teil der Fraktion unterstützt die Motion. Sie erachtet die vorgeschlagene Revision der Gemeindeordnung als konsequente und faire Präzisierung einer bestehenden Bestimmung. Wenn die Gemeindeordnung eine Amtszeitbeschränkung vorsieht, sollte sie tatsächlich auch gelten und nicht durch taktische Rücktritte umgangen werden können. Die vorgeschlagene Revision würde hier Klarheit schaffen, die Glaubwürdigkeit stärken und sicherstellen, dass die Amtszeitbeschränkung tatsächlich greift. Sie würde zudem die politische Erneuerung fördern und neuen Kräften den Zugang zur kommunalen Politik erleichtern. Andere Mitglieder der Fraktion betonen hingegen, dass die Amtszeit letztlich von den Wählerinnen und Wählern bestimmt werden sollte. Eine zu starre Begrenzung könnte dazu führen, dass wertvolles Wissen und Erfahrung verloren gehen. Wie bereits erwähnt, hat unsere Fraktion Stimmfreigabe beschlossen, weil sich in der Diskussion gute Argumente für beide Positionen gezeigt haben.

Präsident: Für die Fraktion GLP/EVP, Janina Aeberhard.

Janina Aeberhard (GLP) für die Fraktion: Die Fraktion GLP-EVP wird der Motion und damit der Forderung nach einer tatsächlichen Amtszeitbeschränkung zustimmen. Erstens, weil eine Begrenzung auf drei volle Legislaturen den politischen Wandel fördert und neuen Stimmen Zugang zur parlamentarischen Arbeit ermöglicht. Das stärkt die demokratische Legitimation und kann dazu beitragen, dass eine Entfremdung zwischen Politik und Bevölkerung verhindert werden kann. Zweitens, weil damit verhindert werden kann, dass sich Macht über Jahre hinweg auf einzelne Personen konzentriert. Die Amtszeitbeschränkung sorgt für eine gesunde Rotation und trägt auch dazu bei, dass Alpha-Tiere in einer Partei nicht einfach über Jahre hinweg im Stadtrat dominieren und anderen interessierten und talentierten Personen dadurch Möglichkeiten verwehrt werden. Und drittens etwas, wofür wir uns als Fraktion ohnehin einsetzen, bringt eine regelmässige Erneuerung, neue Kompetenzen und Sichtweisen in die politische Diskussion ein, was essenziell ist für eine Stadt, die sich weiterentwickeln will und innovativ sein will. Klar, und das hat Mirjam vorhin schön ausgeführt, wir haben in Bern nicht oft den Umstand, dass Personen länger als drei Legislaturen im Stadtrat politisieren wollen. Im Gegenteil, die Fluktuation ist ja bekanntlich ziemlich hoch, aber trotzdem wurde die Regelung halt auch schon umgangen. Deshalb ist diese Motion sinnvoll, um die

demokratische Kultur zu stärken und Sesselkleberei zu verhindern und damit es künftig eben auch keine "Buebetrickli" mehr gibt.

Präsident: Für die Fraktion Mitte, Béatrice Wertli.

Béatrice Wertli (Mitte) für die Fraktion: Alex Feuz, man darf zwei Dinge nicht verwechseln: Stimmbürgerinnen und Stimmbürger einerseits und Wählerinnen und Wähler andererseits. Und wenn du willst, dass die Stimmbürger, wie du gesagt hast, entscheiden, dann ist es so, dass die Stimmbürger und Stimmbürgerinnen sich für eine Amtszeitbeschränkung ausgesprochen haben. Und die Wählerinnen und Wähler, die können tatsächlich wählen, wen sie wollen. Aber wenn man sich gegen das wehrt, was demokratisch beschlossen worden ist, dann macht man sich lächerlich und respektiert auch die Rechtsnormen nicht, die gelten. Und erfahrungsgemäss konnten sich andere ehemalige Politikerinnen und Politiker auch schon anderweitig beschäftigen am Donnerstagabend als hier im Rathaus zu sein. Gut, somit ist für die Mitte-Fraktion klar: Wir respektieren einerseits die Rechtsnormen, wir respektieren auch den Entscheid der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger für die Amtszeitbeschränkung und wir setzen es richtig um. Ich will nicht Sesselkleberei und auch nicht Mikrofonkleberei betreiben und bitte euch darum in dem Sinn auch zu entscheiden. Danke vielmals.

Präsident: Für die Fraktion SVP, Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion: Ich nehme noch kurz Stellung zur Motion vonseiten der SVP-Fraktion. Ja, wir sind klar gegen eine Amtszeitbeschränkung. Wir sind der Meinung, das ist Aufgabe der Wählerinnen und Wähler, das zu entscheiden. Aus den genannten Gründen, die bereits Alex gesagt hat. Wir sind der Meinung, das fördert die Kontinuität, das ist Vertrauen in die Wählerschaft, wenn man ihnen eben die Kompetenz gibt und das funktioniert auch. Ich schaue nach Zürich: 2015 haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger oder die Wählerinnen und Wähler drei SVP-Nationalräte, die seit über 20 Jahren im Parlament waren, abgewählt und durch neue Köpfe ersetzt. Denn sie hatten das Gefühl, die hätten jetzt wirklich den Zenit überschritten. Und ich glaube, dass so eine Amtszeitbeschränkung, wie sie jetzt hier gefordert wird, oder so eine ganz klare Amtszeitbeschränkung wirklich einfach gegen den Grundgedanken der Demokratie geht. Das ist ein Vertrauensverlust für die Wählerschaft und ich glaube, es ist ja auch gesagt worden, dass dannzumal bei der Ausgestaltung dieser Regelung das ganz klar so auch drin war. Nämlich nicht, dass man es umgehen kann, aber dass es eben nicht ganz so starr ist. Und ich möchte dem Sprecher der SP-Fraktion sagen, dass wir ganz klar nicht irgendwie die Wähler täuschen wollten oder so. Es war immer klar, es war sogar in den Medien, dass Alex wieder kandidiert. Also da möchte ich mich ganz klar dagegen wehren von Seiten der SVP, dass wir irgendwie die Wähler täuschen oder verarschen. Und vielleicht noch zur Sprecherin der Mitte: Es sind genau eure Parteien oder Fraktionsmitglieder gewesen, die vor 10 Jahren genau das gleiche gefordert haben wie wir jetzt. Also von dem her vielleicht noch einmal mit denen zusammensitzen. Und darum bitte ich euch doch hier, unser Postulat entsprechend anzunehmen und die Motion abzulehnen. Besten Dank.

Präsident: Gibt es weitere Voten aus dem Saal? Das ist der Fall, dann hat für ein Einzelvotum das Wort, Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Ich habe etwa vor 2 Jahren einmal gehört, man müsse so etwas einführen, vor allem wegen Alexander Feuz: "Der Feuz ist zu lange im Parlament, den haben wir jetzt langsam gesehen. Man müsse irgendwie schauen, dass der nicht mehr kommt. Wir hoffen, dass er nicht mehr gewählt wird." Das sind Tatsachen, die wir gehört haben. Und ich muss sagen, es ist für mich schon ein bisschen diskriminierend, wenn man solche Aussagen macht. Es ist auch diskriminierend, wenn man nachher nur wegen dem Feuz das ganze Reglement ändern oder abschaffen oder umändern will. Es gibt auf 80 Teilnehmern vielleicht einmal einen Feuz, von der rechten Seite, von der SVP. Vielleicht in den nächsten 10 Jahren gibt es dann einmal einen von den Linken. Aber wir müssen hier klar differenzieren, dass wir nicht Leute diskriminieren dürfen. Es geht nicht um Köpfe, es geht wirklich nicht um Köpfe, es geht um das System und wir sind ein Milizparlament und das Milizparlament hat nicht immer genügend Leute. In dem Sinn ist es ganz klar, dass es ein Wählerwille ist. Und jetzt jemand, der schon jahrelang hier im Parlament ist und abgewählt wird, das kann es ja auch geben, dann soll er abgewählt werden. Aber wir haben, glaube ich, andere Probleme, als dass man den Parteien vorschreiben muss, wer sie bringen soll und wie lange.

Präsident: Also weitere Einzelsprecherin, Laura Curau.

Laura Curau (Mitte), Einzelvotum: Da die Mitte gerade mehrfach angesprochen wurde und damals noch zwei andere Namen hatte, möchte ich sagen, dass wir es in unserer Fraktion geschafft haben, uns in dieser Zeit zu erneuern und zu verjüngen. Und dann wird man vielleicht sogar ein bisschen gescheiter. Ich empfehle es euch auch einmal auszuprobieren.

Präsident: Gibt es weitere Voten aus dem Rat? Ursula Stöckli.

Ursula Stöckli (FDP), Einzelvotum: Nur ganz kurz: Alle schauen immer ein bisschen zur SVP rüber. Der, der ziemlich lange da war, war nämlich der Luzi Theiler von eurer Seite, über den noch nie jemand etwas gesagt hat. Nur so als Zusatzinfo. Merci.

Präsident: Szabolcs Mihályi als nächster Einzelredner.

Szabolcs Mihályi (SP), Einzelvotum: Also zum Thema: "von unserer Seite". Die Partei ist spätestens seit dieser Legislaturperiode nicht mehr im Stadtrat vertreten.

Präsident: Gut, dann gebe ich jetzt das Wort dem Gemeinderat. Für den Gemeinderat Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Stadtpräsidentin: Ich werde es kurz machen: Amtszeitbeschränkungen, die haben Vor- und die haben Nachteile, diese halten sich in etwa in der Waage. Ob Amtszeitbeschränkungen erwünscht sind oder nicht, ist letztlich wirklich eine politische Frage. Entscheidet sich eine politische Mehrheit nach Abwägung von Vor- und Nachteilen für eine Amtszeitbeschränkung, soll diese so ausgestaltet sein, dass sie eben nicht umgangen werden kann. Dies ist mit der heutigen Regelung nicht der Fall, was verschiedene Beispiele aus der Vergangenheit zeigen. Deshalb empfiehlt euch der Gemeinderat, die Motion auch erheblich zu erklären. Dann wirklich nur ganz kurz noch zum Postulat der Fraktion SVP. Der Stadtrat hat in der Vergangenheit alle Vorstösse, welche eine Abschaffung der Amtszeitbeschränkung forderten, abgelehnt. Eine vertiefte Überprüfung der aktuellen Regelung lehnte der Stadtrat 2017 ebenfalls ab. Neue Ar-

gumente, welche für eine Aufhebung sprechen, sind nicht wirklich erkennbar. Der Gemeinderat beantragt auch deshalb dem Stadtrat, das Postulat abzulehnen.

Präsident: Da Luzius Theiler selig sich nicht mehr selber wehren kann, erlaube ich mir kurz etwas richtigzustellen. Luzius Theiler hat nie das "Buebetrickli" angewendet. Er liess sich zwar insgesamt drei Mal in den Rat wählen, es waren aber immer mindestens neun Jahre Pause dazwischen. Das erlaube ich mir an dieser Stelle noch kurz festzuhalten. Wir stimmen jetzt somit darüber ab. Als erstes über die Motion, Traktandum 14: Das Geschäft wurde nicht gewandelt. Wer die Motion erheblich erklären möchte, stimmt Grün, wer dagegen ist Rot.

Abstimmung Nr. 016

2025.SR.0027: Motion

Annahme

Ja	50
Nein	10
Enthalten	11

Präsident: Ihr habt die Motion erheblich erklärt.

2025.SR.0056

15 Postulat: Fraktion SVP (Glauser, Jaisli, Feuz): Prüfung der Aufhebung der Amtsdauerbeschränkung für Mitglieder des Stadtrates und des Gemeinderates: Änderung der Gemeindeordnung der Stadt Bern; Ablehnung

Gemeinsame Beratung der Traktanden 14 und 15: siehe Traktandum 14.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über das Postulat, Traktandum 15. Wenn ihr das Postulat erheblich erklären wollt, stimmt ihr Grün, sonst Rot.

Abstimmung Nr. 017

2025.SR.0027: Postulat

Ablehnung

Ja	7
Nein	62
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt das Postulat abgelehnt. Wir kommen somit ans Ende der heutigen Sitzung. Ich danke euch fürs Mitmachen. Bitte denkt daran – die, die es noch nicht getan haben –, dass ihr noch die Karte vorne für Denise Mäder und ihre Familie unterschreibt. Und auch die, die eine allfällige Spende noch nicht abgegeben haben, bitte macht das doch auf dem Weg nach draussen, Ich werde euch dann voraussichtlich in 14 Tagen das Ergebnis dieser Spendenaktion bekanntgeben. Merci vielmals für das Mitmachen und einen schönen Abend.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

Traktandum: 16 | 2021.SUE.000039

Energie Wasser Bern: Leistungsauftragsbericht 2024

Traktandum 17 | 2024.SUE.0050

IN245-001013 (alt: I2500053), Fr. 500 000.00, Abteilung Schutz und Rettung Bern: Beschaffung von zwei Mehrzweckfahrzeugen für die Milizfeuerwehr der Stadt Bern; Kreditabrechnung

Traktandum 18 | 2022.TVS.000064

Leistungsauftragsbericht BERNMOBIL 2024

Traktandum 19 | 2025.TVS.0099

Hirschenpark: generelle Planung; Kredit

Traktandum 20 | 2025.BSS.0032

Zweijähriger Leistungsvertrag 2026 - 2027 mit dem Mütterzentrum Bern West (MüZe); Verpflichtungskredit

Traktandum 21 | 2025.BSS.0045

Schaffung einer zusätzlichen allgemeinen Notschlafstelle und einer Notschlafstelle für FLINTA*: Leistungsvertrag 2025 mit der Stiftung Heilsarmee; Nachkredit zum Globalkredit 2025 des Sozialamts

Traktandum 22 | 2025.SR.0040

Motion: Erhalt des Saunabetriebs im Hallenbad Weyermannshaus; Ablehnung

Traktandum 23 | 2018.FPI.000031

Erwerb von Liegenschaften; Verlängerung Rahmenkredit

Traktandum 24 | 2025.SR.0022

Motion: Belpmoos Solar – Solaranlagen auf der Fluglandebahn um die Biodiversität zu schützen!; Fristverlängerung

Traktandum 25 | 2025.SR.0020

Interfraktionelle Motion: Keine Anpassung der Baurechts- und Pachtverträge für die Freiflächen-Photovoltaikanlage "Belpmoos Solar"; Fristverlängerung

Traktandum 26 | 2025.SR.0023

Motion: Energiewende und Biodiversität gehen Hand in Hand: Ökologisch wertvolle Flächen in Belpmoos stärken; Fristverlängerung

Eingereichte Vorstösse

Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

https://stadtrat.bern.ch/de/aktuelles/meldungen/5630661891.php#anchor_a1d61389

2025.SR.0320 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Umsetzung Verordnung verkehrsorientierte Strassen

2025.SR.0317 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser): Deeskalationsstrategie: trial and error? Hat sich die Deeskalationsstrategie in den vergangenen Jahren wirklich bewährt? Soll Reithalle auch in Zukunft als Bereitschaftsraum und Rückzugsort für gewalttätige Demonstranten dienen?

2025.SR.0324 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Unbürokratische Entschädigung für Gewerbetreibende bei Umsatzverlusten bei unbewilligten und gewalttätigen Demonstrationen

2025.SR.0321 | Motion | Eingereicht

Motion: Neue Weiche am Helvetiaplatz und Konzept bei Störung des Verkehrs in der Innenstadt

2025.SR.0316 | Motion | Eingereicht

Motion: Verursacherprinzip bei unbewilligter Demonstration vom 11. Oktober anwenden

2025.SR.0325 | Motion | Eingereicht

Motion: Fraktion SP/JUSO: Stärkung der Quartierzentren und der Gemeinwesenarbeit in der Stadt Bern. Quartierleben stärken - soziale Infrastruktur für eine Stadt Bern für alle

2025.SR.0326 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser): Unbewilligte linksextreme antisemitische Demonstration vom 11.10.2025 Höhe Schäden? Ungedekte Schäden? Hilfe für Geschädigte?

2025.SR.0322 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Fragen zu den Ausschreitungen vom Samstag, 11. Oktober 2025 in Bern

2025.SR.0319 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser): Soll Reithalle auch in Zukunft als Bereitschaftsraum und Rückzugsort für gewalttätige Demonstranten dienen?

2025.SR.0318 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser): Hat sich die De-eskalationsstrategie am 11.10.2025 bewährt?

2025.SR.0313 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: (Provisorisches) Sicherheitsnetz Lorrainebrücke: Wie lange ist der Bevölkerung und den Besuchenden der Stadt eine solche «Hochsicherheitskorridor» zumutbar?

2025.SR.0327 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Wie begegnet die Bundesstadt (links)extremer Gewalt?

2025.SR.0323 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Klimagerechte und inklusive Ernährung in städtischen Betreuungseinrichtungen

2025.SR.0315 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Begegnungszone Centralweg: Nachbarschaftliches Engagement für die Galerie?

2025.SR.0314 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Kritische Fragen zum Polizeieinsatz bei der Palästina-Demo am 11. Oktober 2025

Schluss der Sitzung: 22.29 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

16.01.2026

X 

Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

für das Protokoll

30.06.2026

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Clara Rüsi